

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Hermann Weber

Herausbildung und Entwicklung des Parteiensystems  
der SBZ/DDR

Werner Müller

Die Gründung der SED

Zwangsvereinigung, Demokratieprinzip und gesamtdeutscher Anspruch

Stephan Zeidler

Entstehung und Entwicklung der Ost-CDU  
1945 – 1989

Zum Wandlungs- und Gleichschaltungsprozeß einer Blockpartei

Siegfried Suckut

Die LDP(D) in der DDR

Eine zeitgeschichtliche Skizze

B 16–17/96

12. April 1996

Hermann Weber, Dr. phil., geb. 1928; emer. ord. Professor für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim; Leiter des Forschungsschwerpunkts DDR-Geschichte im Arbeitsbereich IV des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung; Sachverst.-Mitglied der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur“ des Deutschen Bundestages.

Veröffentlichungen u. a.: Die Wandlung des deutschen Kommunismus, 2 Bde., Frankfurt/M. 1969; Geschichte der DDR, München 1985; Aufbau und Fall einer Diktatur, Köln 1991; Das Prinzip links, Berlin 1992; Die Gründung der KPD, Berlin 1993; Die DDR 1945–1990, München 1993; (Hrsg. zus. mit Bernd Faulenbach und Markus Meckel) Die Partei hatte immer recht. Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur, Essen 1994; (Mithrsg.) Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 1993 ff.

Werner Müller, Dr. phil., seit 1994 Professor für Zeitgeschichte nach 1945 an der Universität Rostock.

Veröffentlichungen zur Geschichte der KPD, der DDR und der Gewerkschaftsgeschichte u. a.: Die KPD und die „Einheit der Arbeiterklasse“, Frankfurt/M. – New York 1979; Lohnkampf – Massenstreik – Sowjetmacht, Köln 1988; Artikel „KPD“, „SPD“, „SED“, „FDGB“ in Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.): SBZ-Handbuch, München 1993<sup>2</sup>.

Stephan Zeidler, M. A., geb. 1969; Studium der Mittelalterlichen und Neueren Geschichte, Politischen Wissenschaft und des Staatsrechts an der Universität Bonn; seit 1995 Doktorand an der Universität Bonn mit einer Studie über die Ost-CDU in den Jahren 1953–1961; seit 1992 Mitarbeiter des Archivs für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin.

Siegfried Suckut, Dr. rer. pol., geb. 1945; Studium der Politischen Wissenschaft an der FU Berlin und der TU Hannover; 1978–1992 wiss. Mitarbeiter am Arbeitsbereich Geschichte und Politik der DDR, Universität Mannheim; seit 1992 Fachbereichsleiter und stellv. Abteilungsleiter in der Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, Berlin.

Veröffentlichungen vor allem zur Betriebsrätebewegung in der SBZ (1945–1948), zur Entwicklung der Parteien und des Parteiensystems in der SBZ/DDR sowie zur Geschichte des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

# Herausbildung und Entwicklung des Parteiensystems der SBZ/DDR

Das politische System der DDR, die Diktatur der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ – der kommunistischen SED – entstand durch die Übertragung des sowjetischen Modells des Stalinismus auf die SBZ/DDR. Der formale Unterschied lag im Parteiensystem: Anstelle des reinen kommunistischen Einparteiensystems der UdSSR (das auch in Rumänien und Ungarn existierte) gab es in der SBZ/DDR fünf Parteien. Da jedoch die vier nichtkommunistischen Parteien im „sozialistischen Mehrparteiensystem“ die Führung der SED anerkannten und in der Praxis die gleiche Transmissionsrolle spielten wie die Massenorganisationen<sup>1</sup>, unterschied sich das Parteiensystem der DDR in der Realität nicht prinzipiell von dem der UdSSR. Die historische Entwicklung des Parteiensystems in der DDR beließ den vier „befreundeten“ Parteien ein größeres Gewicht, beispielsweise in den Parlamenten (Volkskammer, Bezirkstagen), als den nichtkommunistischen Parteien in Polen oder der Tschechoslowakei. Bei der Gestaltung der realen Politik war ihr Einfluß aber ebenfalls gering.

Doch auch wenn die Politik der DDR (in Übereinkunft mit der UdSSR) von der SED bestimmt wurde, hatten die Blockparteien immerhin eine wichtige Funktion als Stütze der SED-Diktatur. Dies war das Ergebnis einer Transformation des 1945 geschaffenen Parteiensystems in der SBZ/DDR<sup>2</sup>. Entscheidend war dabei der Prozeß der Machterringung und Herrschaftssicherung der SED im Parteiensystem sowie die Gleichschaltung der Blockparteien<sup>3</sup>. Im folgenden werden dazu einige Aspekte erörtert.

1 Vgl. Peter Joachim Lapp, Die „befreundeten Parteien“ der SED. DDR-Blockparteien heute, Köln 1988; Autorenkollektiv (Helene Fiedler u. a.), Gemeinsam zum Sozialismus. Zur Geschichte der Bündnispolitik der SED, Berlin (Ost) 1969; Autorenkollektiv (Ltg. Heinz Hümmeler), Bündnispolitik im Sozialismus, Berlin (Ost) 1981.

2 Vgl. u. a. Hermann Weber (Hrsg.), Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen der SBZ/DDR 1945–1950, Köln 1982; Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der SBZ 1945–1949, München 1990, 2. Aufl. 1993.

3 Die „Elemente und Etappen“ der Prozesse sind schon vor längerer Zeit skizziert worden, vgl. Manfred Koch/Werner

## I. Entstehung des Parteiensystems

Am 9. Juni 1945 hatte sich als oberstes Machtorgan der SBZ die Sowjetische Militäradministration, die SMAD, konstituiert. Sie genehmigte mit ihrem „Befehl Nr. 2“ bereits am 10. Juni die Schaffung von „antifaschistisch-demokratischen Parteien“. Nur einen Tag später, am 11. Juni, bildete sich daraufhin als erste Partei im Nachkriegsdeutschland die Kommunistische Partei Deutschlands. Die KPD hatte sich in den zwanziger Jahren aus einer linksradikalen Arbeiterpartei zum außenpolitischen Instrument der UdSSR Stalins entwickelt. Wie die gesamte Arbeiterbewegung, so war auch die KPD 1933 durch das NS-Regime zerschlagen und ihre Anhänger verfolgt worden. Folgerichtig hatte die sowjetische Besatzungsmacht die deutschen Kommunisten als ihre wichtigsten Helfer angesehen. Wegen ihrer identischen politischen und weltanschaulichen Vorstellungen galten letztlich nur sie den Sowjets als „echte“ Antifaschisten. Die meisten deutschen Kommunisten ihrerseits waren dem Sowjetstaat ergeben.

Der Gründungsauftrag der KPD vom 11. Juni 1945 wirkte in vielen Teilen wie eine Abkehr von den Traditionen der Partei. Die KPD lehnte ausdrücklich die Einführung des Sowjetsystems ab und befürwortete statt dessen eine „parlamentarisch-demokratische Republik“. Sie forderte sogar die „völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative“<sup>4</sup>.

Die KPD-Führung (das Sekretariat mit Pieck, Ulbricht, Dahlem und Ackermann) wollte zunächst ein linientreues Funktionärskorps bilden und die Mitglieder auf die vorbehaltlose Unterstützung Stalins einchwören. Denn der KPD-Vorsitzende Wilhelm Pieck hatte noch nach der KPD-Gründung am 21. Juni 1945 in Moskau erklärt:

Müller, Transformationsprozeß des Parteiensystems der SBZ/DDR zum „sozialistischen Mehrparteiensystem“ 1945 bis 1950, in: Deutschland Archiv, Sonderheft, Köln 1979, S. 27 ff.

4 Hermann Weber (Hrsg.), Der deutsche Kommunismus, Dokumente, Köln 1963, S. 431 ff.

„Wir – unsere Partei – hat für ihre Arbeit einen großen Lehrmeister – die KPdSU und ihren Führer Stalin.“<sup>5</sup> Eine einheitliche Arbeiterpartei, die nach der Niederschlagung der NS-Diktatur breite Kreise erwarteten, eine Verschmelzung von SPD und KPD, lehnte die KPD-Spitze damals ab, sie war aber für eine „Aktionseinheit“ mit der SPD.

Die SPD entstand nur wenige Tage später am 15. Juni 1945 mit einem Berliner Zentralaussschuß unter Grotewohl, Fechner und Gniffke. In ihrem Aufruf forderte sie Demokratie in Staat und Gemeinde sowie Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Voraussetzungen dafür sahen die Berliner SPD-Führer in der Einheit der Arbeiterbewegung, also auch in der Schaffung einer Einheitspartei. Vor allem das Bekenntnis der KPD zur parlamentarischen Demokratie, die gemeinsame antifaschistische Grundeinstellung und die Erfahrungen unter Hitler schienen frühere Gegensätze verwischt zu haben. Zudem glaubten viele Sozialdemokraten, aufgrund ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit die Einheitspartei dominieren zu können. Doch nachdem die SPD im Westen unter Kurt Schumacher jede Verschmelzung mit der KPD strikt ablehnte und schon bald ein Vormachtanspruch der Kommunisten zu erkennen war, machte sich bei den Sozialdemokraten in der SBZ zunehmend Skepsis breit.

Um aus der spürbaren Isolierung herauszukommen, trat die KPD-Führung im Herbst überraschend für eine schnelle Vereinigung beider Parteien ein. Unter dem Druck der SMAD mußte die Ost-SPD nachgeben und die Zwangsvereinigung zur SED im April 1946 mitmachen. Die Gründung der SED war die erste einschneidende Veränderung des Parteiensystems, denn nun war die wichtigste Konkurrenz der Kommunisten, die SPD, beseitigt.

Nach der KPD und der SPD hatte die SMAD auch zwei „bürgerliche“ Parteien zugelassen: die Christlich-Demokratische Union und die Liberal-Demokratische Partei<sup>6</sup>. Am 26. Juni 1945 war die CDU mit einem Gründungsauftrag an die Öffentlichkeit getreten. Dem Kern der neuen Partei gehörten bekannte Politiker des früheren Zentrums, des protestantisch-konservativen Lagers und der ehemaligen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) an, unter ihnen Hermes, Kaiser,

Lesmer, Friedensburg und Nuschke. Die CDU trat ein für christliche, demokratische und soziale Politik, sie bejahte das Privateigentum, war aber für Verstaatlichung der Bodenschätze und Schlüsselunternehmen<sup>7</sup>.

Als vierte Partei konstituierte sich am 5. Juli 1945 in Berlin die Liberal-Demokratische Partei (LDP). Koch, Schiffer und Külz (früher alle DDP) standen an der Spitze der neuen Partei, die die Erhaltung des Privateigentums, freie Wirtschaft, unabhängiges Richtertum, aber auch die Beseitigung von Faschismus und Militarismus forderte.

Ähnlich wie KPD und SPD führten CDU und LDP programmatisch und personell die Tradition des deutschen Parteiensystems fort. Die Zulassung des Parteienpluralismus (außer der Rechten) deutete sowohl auf die Möglichkeit einer gesamtdeutschen Entwicklung wie auf Ansätze eines parlamentarischen Parteienstaates hin.

Allerdings beschlossen die vier Parteien in der SBZ bereits am 14. Juli 1945, einen „Block“ zu bilden, der sich zunächst „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ nannte. Die Parteiführer wollten die deutsche Nation durch Schaffung einer „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ gemeinsam „unter gegenseitiger Anerkennung ihrer Selbständigkeit“ retten. Ein Ausschuß (je fünf Vertreter aller vier Parteien) konnte als Führung des „Antifa-Blocks“ Beschlüsse fassen, aber „auf dem Wege der Vereinbarungen, somit nicht durch Abstimmungen“<sup>8</sup>. Da sich der Block zum Potsdamer Abkommen der Alliierten bekannte, war es der SMAD (und auch der KPD/SED) leicht möglich, unter Berufung auf diese Konferenz die Blockparteien in die jeweils gewünschte Richtung zu nötigen. Der Block wurde zu einem brauchbaren Instrument bei der Formung des Parteiensystems. Die Kommunisten wollten zunächst mit dem Block jede Koalitionsbildung ohne oder gar gegen die KPD ausschließen, später diente er ihnen zur Beherrschung des Parteiensystems. Der Antifa-Block war aber nicht nur ein zentrales Spitzengremium, sondern er konstituierte sich auch auf Landes-, Kreis- und Ortsebene<sup>9</sup>. Hier gelang es den Kommunisten mit Hilfe der SMAD, ihre Vormachtstellung auszubauen.

7 Vgl. Michael Richter, *Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung*, Düsseldorf 1990, 2., korr. Aufl. 1991.

8 Siegfried Suckut, *Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfrontausschusses*. Quellenedition, Köln 1986, S. 64.

9 Vgl. Fritz Reinert (Hrsg.), *Protokoll des Landesblockausschusses der antifaschistisch-demokratischen Parteien Brandenburgs 1945–1950*, Weimar 1994.

5 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO), Zentrales Parteiarchiv (ZPA), NL36, 421, Bl. 255.

6 Vgl. Jürgen Frölich (Hrsg.), „Bürgerliche Parteien“ in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDPD, DBD und NDPD 1945–1953, Köln 1995.

Immerhin mußte die KPD bzw. ab 1946 die SED das von der SMAD zugelassene Parteiensystem akzeptieren, eine Alleinherrschaft war noch nicht möglich. Die Kommunisten bekämpften deshalb zunächst diejenigen Parteiführer von CDU und LDP, die auf eine traditionelle parlamentarische Demokratie drängten. Die beiden Parteien gerieten in Schwierigkeiten mit den Besatzungsbehörden, weil diese die SED unterstützten. Sie mußten Zugeständnisse machen, um selbst unter einer kommunistischen Besatzung ihre Autonomie bewahren zu können. Da alle Parteien zur antifaschistischen und demokratischen Politik verpflichtet waren, wurden diese Begriffe instrumentalisiert, konnten SMAD und SED „progressive“ Gruppen in den Parteiführungen gegen „reaktionäre“ ausspielen, wobei die Bezeichnungen der jeweiligen Situation entsprechend verwendet wurden.

Die SMAD setzte z. B. bereits im Dezember 1945 die CDU-Vorsitzenden Hermes und Schreiber ab, weil beide gegen die Durchführung der Bodenreform auftraten. Ihre Nachfolger Kaiser und Lemmer einten die CDU auf der Basis des „christlichen Sozialismus“. Die CDU, die bei den Landtagswahlen in der SBZ im Oktober 1946 etwa ein Viertel der Stimmen gewinnen konnte, versuchte in Landtagen und Landesregierungen, die SED-Vorherrschaft zu verhindern. Auch die LDP (die etwa ebenso stark wie die CDU war) sah es als ihre Aufgabe an, die Veränderungen in der SBZ in Grenzen zu halten. Zwar verwarf sie als einzige Partei jede Form von Sozialismus, mußte aber die Maßnahmen der SMAD akzeptieren. Hinzu kam, daß der Konkurrenzkampf mit der CDU und innere Auseinandersetzungen ihren Aktionsradius einengten.

Eine Besonderheit des politischen Regimes der SBZ/DDR wurde die Einbeziehung sogenannter Massenorganisationen in das Parteiensystem. Die 1945 bis 1947 von der SMAD zugelassenen Gewerkschaften (FDGB) und Verbände der Jugend, Frauen, Künstler, Bauern usw. boten alle ein ähnliches Bild: Sie galten zunächst als überparteilich, wurden jedoch rasch von der KPD bzw. der SED dominiert. Für ihren jeweiligen Bereich erhielten sie – im Gegensatz zur Tradition des deutschen Verbandswesens – das Organisationsmonopol.

Direkt ins Parteiensystem einbezogen (durch Aufnahme in den „Block“ und später mit eigenen Fraktionen in der Volkskammer) wurden der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund, die 1946 gegründete Freie Deutsche Jugend (FDJ), der 1945 geschaf-

fene Kulturbund, der 1947 gegründete Demokratische Frauenbund (DFD) sowie die 1945 gebildete Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe<sup>10</sup>.

Schrittweise erfolgte bis 1949 die Umwandlung dieser Verbände in Massenorganisationen. Alle wesentlichen Funktionen hatten SED-Funktionäre inne, die in erster Linie der „Parteidisziplin“ unterworfen waren, also die Politik der Einheitspartei auf ihre Organisation übertrugen. Damit konnten die Massenorganisationen als Hilfsmittel der SED bei der Transformation des Parteiensystems mitwirken. Allerdings mußte zunächst die SED selbst einer Wandlung unterzogen werden, um sich als stalinistische Partei die Hegemonie im Parteiensystem zu verschaffen und ihre Diktatur in Staat und Gesellschaft ausüben zu können.

---

## II. Die Entwicklung der SED zur „Partei neuen Typus“

---

Die Gründung der SED erfolgte unter vielerlei Zwang, aber zugleich hatten die Kommunisten auch Versprechungen gemacht (die sich ab 1948 als Betrug erwiesen). Die SED trat 1946 für den Aufbau einer parlamentarischen Demokratie in Deutschland ein, berief sich auf den Marxismus, aber nicht auf den Leninismus, und proklamierte anstelle des sowjetischen Modells einen „deutschen“ und „demokratischen Weg“ zum Sozialismus. In der Organisation galt das Prinzip „paritätischer“ Funktionsbesetzung mit ehemaligen SPD- und KPD-Mitgliedern.

Mit der offiziellen Umwandlung der SED in eine „Partei neuen Typus“ stalinistischen Charakters 1948/49 wurde die „Parität“ aufgehoben, der „besondere deutsche Weg“ zum Sozialismus verworfen und nun ein Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus, zu „Marx, Engels, Lenin und Stalin“ abgelegt. Bei der Umgestaltung der Partei spielte der „Kampf“ gegen den „Sozialdemokratismus“ und „Trotzkismus“ eine wesentliche Rolle; durch „Säuberungen“ wurden „Abweichler“ aus der

---

<sup>10</sup> Vgl. zu den einzelnen Organisationen die Darstellung im SBZ-Handbuch (Anm. 2), S. 621 ff.; ferner Ulrich Gill, *Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB)*, Opladen 1989; Ulrich Mählert, *Die Freie Deutsche Jugend 1945–1949*, Paderborn u. a. 1995; Magdalena Heider, *Politik, Kultur, Kulturbund. Zur Gründungs- und Frühgeschichte des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung 1945–1954 in der SBZ/DDR*, Köln 1993; Bernhard Wernet-Tietz, *Bauernverband und Bauernpartei in der DDR. Die VdgB und die DBD 1945–1952*, Köln 1984.

SED entfernt und verfolgt. Um ihre „führende“ Rolle im Parteiensystem auszubauen und zu sichern, haben die deutschen und sowjetischen Kommunisten die Einheitspartei mit den gleichen Mitteln umgeformt, die sie im politischen System anwandten: Repressalien mit der Absicht, durch verbreitete Angst Konformität zu erreichen.

In der Praxis haben die Kommunisten zwar von Anfang an in der SED den Ton angegeben, doch die Umwandlung in eine offen stalinistische Partei erfolgte nur schrittweise. Programmatisch hielt der II. Parteitag im September 1947 offiziell am „deutschen Weg“ und am Ziel einer „demokratischen Republik“ fest. Aber bereits zwei Monate später forderte Ulbricht eine Partei neuen Typus, geleitet von der „Theorie von Marx, Engels, Lenin und Stalin“<sup>11</sup>. Doch erst seit dem Bruch zwischen Stalin und Tito 1948 bekannte sich die SED 1948/49 ausdrücklich zum Modell Sowjetunion, trat ein für den Leninismus und das Stalin-Regime. Rasch forcierte sie den Personenkult: „Aus Stalins Leben und Werk schöpfen wir Wissen, Zuversicht, neue Kraft im Kampf.“<sup>12</sup>

Den jetzt zugänglichen Quellen ist zu entnehmen, daß die Vergötzung Stalins intern bereits erheblich früher begann. Im Januar 1947 hatte z. B. die 8. Tagung des Parteivorstandes der SED feierlich des 23. Todestages Lenins gedacht und sich dabei auf Stalin berufen<sup>13</sup>. Die SED als „Partei neuen Typus“ unterwarf sich kritiklos der Ideologie und Politik Stalins. Ebenso wurde die Organisationsstruktur nach dem Modell der KPdSU verändert. Obwohl der Terminus „demokratischer Zentralismus“ zunächst umgangen wurde, war die SED in der Praxis eine zentralistisch aufgebaute Partei. Noch vorhandene Ansätze innerparteilicher Demokratie wurden rasch getilgt.

Die 1. Parteikonferenz im Januar 1949 zeigte die SED bereits als eine kommunistische Partei stalinistischen Typus. Nun galt der „demokratische Zentralismus“ – eine verlogene und logisch widersinnige Propagandaformel für die strikte Unterordnung aller Organe unter die jeweils übergeordnete Führung sowie unbedingte Parteidisziplin – als verbindliches Organisations- und Leitungsprinzip. Das Bekenntnis zur KPdSU und zur Person Stalins sowie zur „führenden Rolle“ der Sowjetunion wurde für alle SED-Mitglieder verpflichtend.

Als eine Art innerparteiliche Polizei überwachten Partei-Kontrollkommissionen das Verhalten der Funktionäre und Mitglieder. Verhaftungen sogenannter Agenten (vor allem des Ostbüros der SPD und von „Trotzkisten“) schufen selbst unter den Parteimitgliedern eine Atmosphäre der Furcht. Schließlich hat die SED die Führungsinstanzen der KPdSU kopiert: Im Januar 1949 wurde ein Politbüro eingerichtet, das mit Sekretariat und ZK-Apparat den zentralistischen und hierarchischen Aufbau der Organisation zu gewährleisten hatte. Zugleich wurde das „Nomenklatur“-System eingeführt; das bedeutete, daß allein die jeweils übergeordnete Leitung für die Besetzung der Funktionen, den Einsatz und die Karriere der Kader zuständig war. Ebenso rückte nun der Generalsekretär als dominierende Person an die Spitze der Partei – diese Funktion erhielt Walter Ulbricht, über den es in einer sowjetischen Geheiminformation vom Dezember 1945 allerdings noch geheißen hatte: „Ulbricht ist ein guter Organisator, sehr initiativ, aber er hat viele Fehler.“<sup>14</sup>

Unter Stalins Anleitung war die deutsche Parteiführung bemüht, Konformismus und Zentralisierung der SED einerseits durch Indoktrination und andererseits durch Einschüchterung der eigenen Funktionäre zu sichern. Sie sollten so diszipliniert werden, daß sie ohne „Schwankungen“ jeden Befehl der Führung befolgten. Insbesondere Sozialdemokraten und frühere kommunistische „Abweichler“ gerieten ab 1948 und vermehrt seit 1950/51 als Opfer in die Mühlen der Säuberungen. Nach dem Schauprozeß mit Todesurteilen gegen Rajk und andere führende Kommunisten in Budapest (September 1949) wurden die Säuberungen in der SED auch gegen Kommunisten forciert. Das „Kleine Sekretariat“ beschloß am 21. Oktober 1949, die „feindliche Agententätigkeit in Partei und Staatsapparat“ sei ebenso zu enthüllen wie der „Objektivismus“ als „Waffe der feindlichen Agenturen“<sup>15</sup>. Der Schnüffelei und Intoleranz in der SED waren Tür und Tor geöffnet.

Den Auftakt für eine umfassende Parteisäuberung gab schließlich der III. SED-Parteitag im Juli 1950. Er forderte den „Kampf gegen Spione und Agenten“, vor allem gegen das Ostbüro der SPD, die „Tito-Clique“ und die „Trotzkisten“; sie waren zu „entlarven und auszumerzen“<sup>16</sup>. Nach einer Über-

11 Walter Ulbricht, Die große Lehre, in: Einheit, 2 (1947) 11, S. 1075.

12 Zirkel zum Studium der Biographie J. W. Stalins. Methodische Anleitung für Propagandisten, Hrsg. ZK der SED, Berlin 1950, S. 22.

13 Vgl. SAPMO, ZPA, IV 2/1/7.

14 Archiv des russischen Außenministeriums, Fonds 457 a/1/1/1, Bl. 37 ff. (Den Hinweis auf das Dokument verdanke ich Dr. Jan Foitzik.)

15 SAPMO, ZPA, IV 2/3/58.

16 Protokoll der Verhandlungen des III. Parteitages der SED, Berlin (Ost) 1951, Bd. 2, S. 250 ff.

prüfung durch die Partei-Kontrollkommissionen wurden 1950/51 über 150 000 Mitglieder aus der SED ausgeschlossen<sup>17</sup>. Die Veränderungen von Ideologie, Organisationsstruktur und personeller Zusammensetzung des Funktionärskorps der SED begannen, wie heute zugängliche Quellen zeigen, bereits vor 1948, und sie waren bis 1951 weitgehend abgeschlossen<sup>18</sup>.

Mit den Säuberungen und dem gleichzeitig bis zum Exzeß gesteigerten Personenkult um Stalin – vor allem ab seinem 70. Geburtstag im Dezember 1949 – wurde deutlich, daß damals nicht nur der Stalinismus als gesellschaftspolitisches System – der Machtkonzentration bei der Führung, der straffen, allumfassenden Diktatur der SED – auf die SBZ/DDR übertragen wurde, sondern auch der Stalinismus im engeren Sinne mit Repressalien gegen die Bevölkerung, Säuberungen in den Reihen der SED und Personenkult.

---

### III. Transformation der „Blockparteien“

---

Von der Stalin-Führung angeordnet, ist die Umwandlung der Einheitspartei von den meisten deutschen Kommunisten bereitwillig befolgt worden. Ziel war es, aus der SED eine stalinhörige Kopie der KPdSU zu machen und die Partei zugleich auf ihre Rolle als Staatspartei in der DDR ab 1949 vorzubereiten. Dazu war das Parteiensystem so zu verändern, daß es von der SED völlig beherrscht werden konnte. Das gelang mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsbehörden, die bis 1949 die absolute Macht ausübten und dafür sorgten, daß CDU und LDP von eigenständigen Parteien zu Blockparteien transformiert wurden. Auch hierbei verschleierten die Kommunisten zunächst ihre tatsächlichen Ziele. Auf dem Grün-

17 Vgl. Neuer Weg, (1952) 10, S. 5; abgedruckt in Hermann Weber, DDR. Dokumente zur Geschichte der DDR 1945 bis 1985, München 1987<sup>3</sup>, S. 187; Bericht über den Stand der Überprüfungen, SAPMO, ZPA, IV 2/4/47; Danach waren bis Juli 1952 von 1,3 Millionen Mitgliedern und Kandidaten 37 000 „gestrichen“, 30 000 ausgeschlossen, 28 000 ausgetreten, und 30 000 hatten die Überprüfung verweigert. Dies wären 125 000 Personen, so daß bis Frühjahr 1952 noch weitere 25 000 Mitglieder ausgeschlossen worden sind, obwohl die „Überprüfung“ offiziell im Oktober 1951 für „beendet“ erklärt wurde.

18 Vgl. Hermann Weber, Die Geschichte der frühen SED. Überlegungen gestern und heute, in: Gisela Helwig (Hrsg.), Rückblicke auf die DDR. Festschrift für Ilse Spittmann-Rühle, Köln 1995, S. 17 ff.

dungsparteitag der SED 1946 hatte Wilhelm Pieck versichert, die neue Partei werde keineswegs die „Diktatur des Einparteiensystems aufrichten“<sup>19</sup>. Noch im September 1947 hatte der II. Parteitag der SED in seiner Entschließung behauptet: „Entgegen allen Verdächtigungen lehnt die SED jede Alleinherrschaft ab.“<sup>20</sup>

Solange die Deutschlandpolitik der Sowjetunion eine gesamtdeutsche Variante berücksichtigte, blieben die deutschen Kommunisten nach außen bei ihrer „demokratischen“ Tarnung. Ihr Hegemoniestreben hat die SED zunächst nur intern den eigenen Funktionären angedeutet, unter sich haben sie ihren Führungsanspruch früh thematisiert und sofort erhoben. Bereits auf der 2. Tagung des Parteivorstandes der SED am 14./15. Mai 1946 betonte Franz Dahlem, der SED als „staatsaufbauender Partei“ gehöre „als Partei der Arbeiterklasse die Führung beim demokratischen Neuaufbau Deutschlands auf allen Gebieten: in der Politik, der Selbstverwaltung, der Wirtschaft und in der kulturellen Entwicklung des Landes“<sup>21</sup>. Die Rede dieses Spitzenfunktionärs wurde aber damals nicht veröffentlicht.

Die eigentliche Veränderung des Parteiensystems und die endgültige Schwächung von CDU und LDP erreichte die SED 1948, und zwar zum einen durch die Bildung von zwei neuen Parteien und zum anderen durch die „gleichberechtigte“ Einbeziehung von Massenorganisationen in den Block. Im Juni 1948 ließ die SMAD die Nationaldemokratische Partei Deutschlands zu. Die NDPD unter der faktischen Leitung von Bolz (der vor 1933 Mitglied der KPD war) organisierte ehemalige Offiziere und NSDAP-Mitglieder sowie bürgerliche Schichten. Welche taktischen Freiheiten der NDPD gestattet wurden, zeigte eines ihrer Gründungsplakate mit der Losung „Gegen Marxismus – für die Demokratie“. Natürlich war der Text „mit Genehmigung der SMAD“ gedruckt worden und entsprach deren Intentionen. Die andere Neugründung war die Demokratische Bauernpartei Deutschlands. Der DBD-Vorsitzende Goldenbaum, der vor 1933 für die KPD dem Mecklenburger Landtag angehört hatte, war nun für diese Tätigkeit in die Bauernpartei „delegiert“

19 Protokoll des Vereinigungsparteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) am 21. und 22. April 1946 im „Admiralspalast“ in Berlin, Berlin 1946, S. 12.

20 Protokoll der Verhandlungen des II. Parteitages der SED, 20.–24. September 1947 in Berlin, Berlin 1947, S. 531.

21 Vgl. Hermann Weber, Geschichte der DDR, München 1985, S. 133 ff.

worden. Von Anfang an wirkten die beiden neuen Parteien als Satellitenorganisationen der SED.

Der Volksrat, ein vom II. Deutschen Volkskongreß im März 1948 geschaffenes und von der SED gelenktes ständiges Gremium, nahm die beiden neuen Parteien sofort auf. Nachdem der Widerstand von CDU und LDP gebrochen war, konnte die DBD im August 1948 und die NDPD im September 1948 auch dem Antifa-Block beitreten. Nach und nach kamen dann sogar Massenorganisationen in den Block, der FDGB als erster bereits im August 1948. Sie waren nun ebenfalls integrierte Bestandteile des Parteiensystems.

Den nichtkommunistischen Parteien kam im Parteiensystem eine spezifische Bedeutung zu. Sie hatten eine Alibifunktion (Verschleierung der kommunistischen Einparteienherrschaft und Vortäuschung demokratischer Verhältnisse), eine gesamtdeutsche Funktion (Kontakte zum Westen) sowie eine Transmissionsfunktion (Verbreitung der Vorstellungen der SED in anderen Bevölkerungsgruppen, z. B. durch die CDU in christlichen Kreisen). Vermutlich aus diesen Gründen wurden die vier Parteien in der Periode nach 1949 nicht aufgelöst (also das sowjetische Modell nicht bis in alle Einzelheiten nachgeahmt), sondern das sogenannte sozialistische Mehrparteiensystem geschaffen. Damit war zugleich neben dem „Antifaschismus“ und der Berufung auf die Ideologie und Geschichte („Die Partei hat immer recht“) ein weiteres Instrument der Legitimation der Herrschaft gefunden<sup>22</sup>.

Bereits im Juni 1949 war der Antifa-Block in „Demokratischer Block“ umbenannt worden. Während einer Sitzung der zentralen Leitung des Blocks am 19. August 1949 verpflichteten sich alle Parteien nochmals auf die Verteidigung der „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“; nun sollten Beschlüsse des zentralen Gremiums verbindlich für die unteren Block-Organen sein<sup>23</sup>. Auf diesem Weg konnte die SED ihre Vormachtstellung nicht nur im zentralen Block, sondern auch in nachgeordneten Instanzen festigen. Bei Gründung der DDR hatte es allerdings auch Widerstände von seiten einiger Vertreter der CDU und LDP gegeben, weil diese beiden Parteien noch nicht restlos angepaßt waren. Die Gleichschaltung des Parteiensystems 1949/50 erreichte die SED durch drei Maßnahmen: die erweiterte Einbeziehung von NDPD, DBD und Massenorganisationen in den Block, die Bildung der Nationalen Front und

vor allem die Entfernung und Verfolgung widerstrebender CDU- und LDP-Funktionäre.

Gleichzeitig mit der Staatsgründung der DDR im Oktober 1949 schlossen sich alle Parteien und Massenorganisationen in der Nationalen Front als Dachorganisation zusammen. Von Anfang an beherrschte die SED deren „Büros“ (d. h. Sekretariate) und konnte die anderen Parteien und die Massenorganisationen dadurch unmittelbar lenken und besser kontrollieren. Bei den Wahlen ab 1950 zur Volkskammer legte die Nationale Front die Einheitslisten mit genauer Sitzverteilung vor. Mit Hilfe der Nationalen Front wollte die SED die ihr genehmen Funktionäre von CDU und LDP fester ins Parteiensystem einspannen und gleichzeitig diese Parteien von Gegnern der SED säubern.

Nachdem die SMAD bereits 1948 Kaiser und Lemmer von der CDU-Führung abgesetzt hatte, wurden nach der Staatsgründung alle oppositionellen Kräfte ausgeschaltet. Hingegen erhielten Nuschke und Steidle von der CDU oder Loch von der LDP nicht nur Ministerposten in der ersten DDR-Regierung, sie waren auch aktiv bei der Anpassung ihrer Parteien. Es kam zu (von der SED organisierten) Massendemonstrationen gegen oppositionelle bürgerliche Politiker. Die meisten von ihnen verloren – wie der 2. Vorsitzende der CDU Hickmann – schon im Frühjahr 1950 ihre Ämter. Die Verhaftung und Verfolgung zahlreicher Funktionäre dieser Parteien<sup>24</sup>, darunter Spitzenpolitiker wie z. B. Minister Hamann von der LDP 1952 oder der Außenminister und CDU-Generalsekretär Dertinger 1954, sorgten für Einschüchterungen und beschleunigten die Gleichschaltung dieser Parteien.

Sie schwenkten ein auf vollständige Anerkennung der Führungsrolle der SED. Der Hauptvorstand der CDU erkannte im Juli 1952 die „führende Rolle der SED als Partei der Arbeiterklasse vorbehaltlos an“<sup>25</sup>, und die LDP bekannte sich 1953 in einer neuen Parteisatzung ebenfalls zur SED. Beide Parteien hatten ihre Tradition und ihr politisches Selbstverständnis über Bord geworfen, ihre Transmissionsrolle für die SED akzeptiert und damit ihren Status als selbständige Parteien aufgegeben. Wie NDPD und DBD von Anfang an übten nun auch sie im Parteiensystem die gleiche Funktion aus wie die Massenorganisationen. Indem sie den Ausbau der SED-Diktatur unter-

22 Vgl. Sigrid Meuschel, *Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR*, Frankfurt/M. 1992.

23 Vgl. S. Suckut (Anm. 8), S. 505 ff.

24 Vgl. Karl Wilhelm Fricke, *Opposition und Widerstand in der DDR*, Köln 1984, S. 47 ff.; Brigitte Kaff (Hrsg.), „Gefährliche politische Gegner“. Widerstand und Verfolgung in der sowjetischen Zone/DDR, Düsseldorf 1995.

25 „Neue Zeit“ vom 26. Juli 1952.

stützten und legitimierten, verloren sie nicht nur viele Mitglieder und Funktionäre, sie waren zu von der SED gelenkten Massenorganisationen geworden. Diese selbst hatten die „führende Rolle“ der SED in ihren Statuten natürlich auch anerkannt, der FDGB ebenso wie die FDJ, die die „führende Rolle der großen SED auf allen Gebieten“ 1952 in ihrer „Verfassung“ fest schrieb<sup>26</sup>. Damit war seit 1952/54 auch formal das Parteiensystem der DDR in der Gestalt geschaffen, die dann 35 Jahre bis zum Ende der Diktatur 1989 existierte: Es gab im Parteiensystem keine Opposition; die SED als Führungspartei konnte sich jederzeit der vollen Unterstützung der vier „befreundeten“ Parteien und der Massenorganisationen sicher sein.

---

#### IV. Die Funktionsweise des Parteiensystems

---

In der ersten DDR-Verfassung von 1949 waren – in Anlehnung an die Weimarer Verfassung – Parteien nicht positiv erwähnt<sup>27</sup>. Es gab in der DDR auch nie ein Parteiengesetz, obwohl seit Zulassung von Parteien durch die SMAD 1945 bzw. 1948 offiziell ein Parteiensystem bestand<sup>28</sup>. Erst die Verfassung von 1968 bzw. 1974 hat dann den Führungsanspruch der SED festgeschrieben: In Art. 1 hieß es, die DDR sei ein Staat „unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei“, also der SED. Genannt wurde (in Art. 3) auch die Nationale Front, zu der „die Parteien und Massenorganisationen alle Kräfte des Volkes“ vereinigen<sup>29</sup>. Die SED hat Verfassungsnormen nicht als Grundlage von Politik, sondern als Instrument ihrer Macht benutzt. Gestützt auf Artikel 1 konnte sie das Parteiensystem, ja alle Bereiche der Gesellschaft dirigieren. Bis zum Zusammenbruch der Diktatur galt als Axiom, die SED leitet „einheitlich das gesamte gesellschaftliche Leben der Republik“ und ist für den „gesamten Komplex der

politischen, ideologischen, wissenschaftlichen, technischen, ökonomischen und kulturellen Arbeit verantwortlich“<sup>30</sup>. Dieser totalitäre Absolutheitsanspruch kommunistischer Regime wurde von der SED mit dikatorischem Zentralismus durchgesetzt. Die Macht der Führung beruhte dabei auf dem Apparat, der freiwilligen Disziplin und der Kaderauswahl. Charakteristisch für die Struktur war ein straff hierarchischer Aufbau, sämtliche Befehlsstränge liefen strikt von oben nach unten. Dies galt für alle „Apparate“, mit denen die Führung die Herrschaft ausübte; diese waren:

- der eigene Parteiapparat (mit seinen hauptamtlichen Funktionären und ehrenamtlichen Helfern);
- der Staatsapparat (Regierung, Verwaltung, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft, Armee, Medien);
- die Justizorgane und vor allem das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) zur Überwachung und Verfolgung;
- die Blockparteien und Massenorganisationen, insbesondere deren haupt- und ehrenamtliche Funktionäre.

Die Richtlinienkompetenz lag ebenso wie die Beschlußkontrolle bei der SED-Führung. Das Sekretariat des ZK der SED leitete mit seinem umfangreichen eigenen Apparat, in Abteilungen gegliedert, die einzelnen Bereiche. Beispielsweise war für die Blockparteien die Abteilung „Befreundete Parteien“ beim ZK der SED zuständig, ohne die keine wichtige Personal- oder Sachentscheidung getroffen werden durfte. Dasselbe galt für die Bezirks- und Kreisebene, wo die SED-Leitungen gleichfalls zuständig waren. Über die Zuweisung von Funktionen und Positionen in Regierung und Verwaltung auf zentraler wie regionaler und lokaler Ebene bestimmte ebenfalls die SED. Da auch in den Blockparteien der „demokratische Zentralismus“ eingeführt worden war – also die Befehlsstränge von oben nach unten liefen –, bestand überall ein engmaschiges Netz der Kontrolle, das kaum zu durchbrechen war. Seit den fünfziger Jahren waren Möglichkeiten und Grenzen der Blockparteien so eindeutig von den Funktionären eingeübt, daß diese ihre Satellitenrolle kaum mehr in Frage stellten. Deutlich ablesbar war dies in den von der SED beherrschten Medien. Die Blockparteien verfügten – ebenso wie die großen Massenorganisationen FDGB und

26 Dokumente zur Geschichte der FDJ, Bd. 2, Berlin (Ost) 1960, S. 405.

27 Wie in der Reichsverfassung hieß es lediglich (Art. 39), die „im öffentlichen Dienst Tätigen sind Diener der Gesamtheit und nicht einer Partei“. Die Verfassung der DDR. Mit einer Einleitung von Otto Grotewohl, Berlin 1949, S. 14.

28 Inzwischen ist bekannt, daß 1945 einige Anträge auf weitere Parteizulassungen abgelehnt wurden. Vgl. Gerhard Keiderling, Gruppe Ulbricht in Berlin April bis Juni 1945, Berlin 1993, S. 97.

29 Vgl. Klaus Sorgenicht u. a. (Hrsg.), Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Dokumente, Kommentar, Bd. 1, Berlin (Ost) 1969, S. 215 ff., 265 ff.

30 Horst Dohls, Der demokratische Zentralismus, Berlin (Ost) 1965, S. 6.

FDJ – über Tageszeitungen. Doch diese verbreiteten die Themen und die Propaganda mit gleicher Sprachregelung wie die SED-Medien. Auch hierin zeigte sich für jedermann die Mitmacherrolle der „befreundeten“, und das hieß gleichgeschalteten Parteien und Massenorganisationen.

Die Strukturen waren eindeutig: Nur die SED-Führung konnte durch Weisungen und Beschlüsse den Apparaten den Kurs vorgeben und so die Durchführung kontrollieren. Zudem sicherte ihr das Nomenklatur-System, daß nur sie über die Funktionsbesetzungen in allen Bereichen und auf jeder Ebene zu entscheiden hatte. Auf diese Weise ist es der Parteiführung gelungen, mit dem Kern ihrer zwei Millionen Mitglieder, den über 300 000 Nomenklaturkadern des ZK, der Bezirks- und Kreisleitungen, ihre Diktatur umfassend auszuüben<sup>31</sup>.

Von den Massenorganisationen wie den Blockparteien – mit grundsätzlich den gleichen Aufgaben zur Stärkung des Regimes betraut – wurde die „führende Rolle“ der SED oder deren Politik nie kritisiert oder gar abgelehnt. Obwohl die „befreundeten Parteien“ unter Honecker etwas aufgewertet wurden, stützte sich die SED doch stärker auf die Massenorganisationen. Das lag einmal daran, daß die Millionenverbände FDGB, FDJ oder DFD weit mehr Menschen erfaßten als die Blockparteien (mit 1987 zusammen 469 000 Mitgliedern). Zum anderen konnte dort mit Hilfe der Parteigruppen der SED und bei Personalunion der Funktionäre der Einfluß der Einheitspartei einfacher durchgesetzt werden.

Mit welchen Methoden die SED die Massenorganisationen anleitete, wurde früher in der DDR so beschrieben: 1. über „die Ausarbeitung der politischen Generallinie“, 2. durch „die Auswahl, den Einsatz und die Erziehung von Kadern der Partei in den Organisationen“, 3. durch „das Wirken von Parteiorganisationen bzw. Parteigruppen sowie der Parteimitglieder“ in den Massenorganisationen, 4. gemeinsame Beschlüsse von Partei, Staat und Organisationen „auf zentraler und örtlicher Ebene“ und schließlich 5. durch „spezielle Beschlüsse, Direktiven“<sup>32</sup>.

Dennoch gab es auch ein Spannungsverhältnis innerhalb der Massenorganisationen, insbesondere im FDGB. Der Widerspruch, als scheinbare Interessenvertretung der Arbeiter im Betrieb zu fungie-

ren und gleichzeitig seiner Verpflichtung als Massenorganisation der SED zu dienen, schuf Konflikte. Dabei blieb der FDGB in erster Linie ein Instrument der SED, es gab keine Interessenvertretung der Arbeiter. Ähnlich sah es bei der FDJ aus. Die sollte zwar die Jugendpolitik der SED als „Helfer und Kampfesreserve der Partei“ verwirklichen, mußte aber zugleich jugendgemäße Formen finden. Heute ist unumstritten, daß die Massenorganisationen ihre Rolle im Sinne der SED spielten, systemstabilisierend wirkten, ohne das Leben der Bevölkerungsmehrheit wirklich tiefgreifend prägen zu können.

Im Parteiensystem hatten sie gemeinsam mit den Blockparteien die Linie der SED auch nach außen zu vertreten, etwa in den Pseudoparlamenten. Gerade am Beispiel der Volkskammer, des angeblich „obersten staatlichen Machtorgans“, ist der Widerspruch zwischen Verfassung und Realität der DDR abzulesen und die reine Alibifunktion des „Parlamentarismus“ ebenso zu erkennen wie die Rolle von Blockparteien und Massenorganisationen im Parteiensystem:

- Sämtliche Abgeordnete erhielten ihr Mandat über die Einheitsliste; es gab keine Alternativen, so kam es bei meist „Offener Abstimmung“ zu 99 Prozent „Ja-Stimmen“.
- Auch die Sitzverteilung der einzelnen Fraktionen war seit Jahrzehnten widerspruchslos festgelegt und durch „Wählervotum“ nicht veränderbar.
- In den Parlamenten hatte die SED formell keine absolute Mehrheit, ihre Volkskammerfraktion (127 Abgeordnete) weniger Mitglieder als die vier Fraktionen der „Blockparteien“ (jeweils 52 Abgeordnete). Mit Hilfe der vier Fraktionen der Massenorganisationen verfügte die SED aber doch über die Majorität, weil deren Mandatsträger fast alle der Einheitspartei angehörten, also deren Parteidisziplin unterstanden.
- Ohnehin wurden in vierzig Jahren DDR-„Parlamentarismus“ alle Beschlüsse, Gesetze, Wirtschaftspläne, Verordnungen usw. stets einstimmig verabschiedet (bis auf die Änderung des Abtreibungsparagraphen 218 im Jahre 1972).
- Die Volkskammer tagte in der Regel viermal im Jahr und blieb bloßes Akklamationsforum.

Da aber alle Abgeordneten der Blockparteien und Massenorganisationen in der Volkskammer bis 1989 jedes Gesetz und sämtliche Verordnungen mittrugen, immer „ja“ sagten, ist ihre Verantwortung größer, als heute oft zugegeben. Auch wenn

31 Vgl. H. Weber (Anm. 21), S. 483 ff.

32 Handbuch gesellschaftlicher Organisationen in der DDR. Massenorganisationen, Verbände, Vereinigungen, Gesellschaften, Genossenschaften, Komitees, Ligen, Berlin (Ost) 1985, S. 15.

die Blockparteien ihrer Transmissionsaufgabe nur ungenügend gerecht geworden sind, waren sie doch Stützen des SED-Regimes. Alle ihre Parteitage (die letzten fanden 1987 statt) legten immer wieder Ergebnisadressen zur SED-Politik ab. Zwar wurde ihnen nicht nur die Politik, sondern auch die Klientel von der SED vorgeschrieben, konnten sie in Sicherheitsbereichen nicht tätig werden, dennoch hatten sie auch Posten und Privilegien zu vergeben. Für viele ihrer Mitglieder erfüllten die Blockparteien zwar auch eine „politische Nischenfunktion“, sie förderten aber ebenso berufliche Karrieren und konnten staatliche Positionen verschaffen. Auf dem 15. Parteitag der CDU 1982 wurde beispielsweise bekannt, daß von ihren 125 000 Mitgliedern 20 000 als „hauptamtliche Staatsfunktionäre und als Abgeordnete“ arbeiteten<sup>33</sup>. Andere wurden wohl Mitglied, um auf diese Weise Distanz zur SED zu halten, ohne in direkte Gegnerschaft zum System zu geraten.

Allerdings wurde schon 1974 hervorgehoben, es sei „charakteristisch für die Stellung aller vier nichtkommunistischer Parteien“ zur SED, daß sie die „Grundsatzforderung an jedes ihrer Mitglieder“ stellten, nämlich die „volle Anerkennung des Führungsanspruchs der SED“ und „das entscheidende Bekenntnis zur Sowjetunion“<sup>34</sup>. Wurde das schon von den Mitgliedern verlangt, so ist klar, wie „linientreu“ die Funktionäre zu sein hatten. Schließlich halfen die Blockparteien durch eine umfängliche Kadenschulung, regimetreue Funktionäre zu erziehen<sup>35</sup>. In diesem Rahmen haben die – wie es die SED 1982 lobend hervorhob – „über 380 000 Mitglieder zählenden Parteien DBD, CDU, LDPD und NDPD die Geschicke unserer Gesellschaft wesentlich mitbestimmt und mitgestaltet. Die mit der SED befreundeten Parteien tragen einen Teil gesamtgesellschaftlicher Verantwortung und leisten zugleich spezifische Beiträge zur weiteren gesellschaftlichen Entwicklung.“<sup>36</sup>

Die „mit der der SED verbündeten selbstständigen Parteien, die CDU, die LDPD, die DBD und die NDPD“, waren eben immer ein „wichtiger

Bestandteil des politischen Systems“ der DDR<sup>37</sup>. Dafür wurden sie mit erheblichen materiellen Ressourcen ausgestattet, verfügten über riesige Parteivermögen. Es ist heute daher unumstritten, daß die Blockparteien „unselbstständige, von der SED abhängige Organisationen“ waren<sup>38</sup>. Umstritten ist hingegen der Grad der Mitverantwortung sowie die Rolle der Funktionäre und Mitglieder. Die Minderheit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages verwies darauf, daß zwar im Laufe der Zeit die Alibi-Funktion und die gesamtdeutsche Funktion an Bedeutung verloren, auch die Mobilisierungsfunktion der Blockparteien nicht den „erwünschten Erfolg“ brachte, aber die „Einbindungs- und Disziplinierungsfunktion als dauerhafte und wichtige Aufgabe“ geblieben sei. Daraus wurde gefolgert: „Die Blockparteien waren somit – ohne Einschränkung seit Anfang der sechziger Jahre – ein Teil der SED-Diktatur mit wichtigen Stabilisierungsfunktionen. Sie tragen daher insgesamt und vor allem ihre Funktionäre Mitverantwortung für das Unrecht in 40 Jahren DDR-Geschichte.“<sup>39</sup> Denn ernsthaftes Widerstandspotential rekrutierten die Blockparteien so wenig wie die Massenorganisationen, wie sich beim Zusammenbruch der SED-Diktatur zeigte.

Das Parteiensystem der DDR verschwand nach der friedlichen Revolution 1989/90. Die „Führungspartei“ SED wandelte sich mit der PDS zu einer Oppositionspartei. Im Verlauf des deutschen Einigungsprozesses wurde nicht nur die Ost-CDU, sondern auch der SED-Ableger DBD ein Teil der CDU, während LDPD und NDPD (letztere ebenfalls 1948 ein Produkt der Kommunisten) in der FDP aufgingen. Die SED-Massenorganisationen gibt es nicht mehr, oder sie blieben als kleine Restgruppen zurück, aus dem deutschen Parteiensystem sind sie wieder verschwunden. Die notwendige Aufarbeitung der Geschichte der DDR, der SED-Diktatur, setzt auch eine kritische Auseinandersetzung mit dem Kern des politischen Systems, dem DDR-Parteiensystem, voraus – nicht zuletzt, weil Teile davon im heutigen deutschen Parteiensystem aufgegangen sind.

37 Deutsche Demokratische Republik. Handbuch, Leipzig 1979, S. 262.

38 Deutscher Bundestag (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. 1, Baden-Baden 1995, S. 233. Vgl. auch Ingrun Drechsler/Bernd Faulenbach u. a., *Getrennte Vergangenheit, gemeinsame Zukunft. Ausgewählte Dokumente, Zeitzeugenberichte und Diskussionen der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“* (dtv-Dokumente), München 1996.

39 Ebd., S. 243 ff.

33 Vgl. H. Weber (Anm. 21), S. 468.

34 Rolf Stöckigt, Die Zusammenarbeit der SED mit den anderen Parteien der Nationalen Front, in: *Deutsche Außenpolitik*, 19 (1974) 1, S. 78.

35 Vgl. dazu Martin Rißmann, *Kadenschulung in der Ost-CDU 1949–1971. Zur geistigen Formierung einer Blockpartei*, Düsseldorf 1994.

36 Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (Hrsg.), *Erfolgreiche Jahre. Der Beitrag der SED zu Theorie und Politik der entwickelten sozialistischen Gesellschaft*, Berlin (Ost) 1982, S. 51.

## Die Gründung der SED

### Zwangsvereinigung, Demokratieprinzip und gesamtdeutscher Anspruch

#### I. Eine neue und doch alte Kontroverse?

Fünfzig Jahre nach der Bildung der SED im Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im April 1946 sind die Kontroversen um die Bewertung dieses tiefen Einschnittes in die deutsche Parteienlandschaft noch immer nicht verebt – die Debatte um den Begriff „Zwangsvereinigung“<sup>1</sup> dauert auch mehr als fünf Jahre nach der Öffnung der Parteiarchive an. Selbst Wolfgang Leonhard, Zeitzeuge und prominenter Kommunismusforscher, hält diesen Begriff nunmehr für untauglich – ohne jedoch Druck und Zwang, Gewalt und Einschüchterung durch massive Agitation in Abrede zu stellen<sup>2</sup>. Auf der anderen Seite lehnt die Historische Kommission der PDS diesen Begriff ab – wie „jegliche vereinfachenden, zu parteiisch aufgeladenen Kurzformeln geronnenen Wertungen“<sup>3</sup>. Auch hier wurden Überspitzungen, Fehler und Mißgriffe eingeräumt, zugleich aber auf die besondere Situation der Nachkriegszeit verwiesen.

Sollte sich parteiübergreifend eine maßvolle und mehrseitige Revision des Geschichtsbildes ergeben haben – hin zu einem möglichen neuen Konsens? Hat sich ein zentraler Streit der deutschen Nachkriegsgeschichte nunmehr „beilegen“ lassen? Gab es Irrtümer und Fehleinschätzungen auf *beiden* Seiten? Dieses Bild wird auf den ersten Blick nur dadurch getrübt, daß jedenfalls die Sozialdemokratie keinen Grund sah, von diesem Begriff abzurücken<sup>4</sup>. Damit nicht genug: Auch aus wissen-

schaftlicher Sicht gibt es gewichtige Stimmen, die keinen Grund zur Revision dieses Begriffs sehen<sup>5</sup>.

Angesichts dieser kontroversen Positionen wäre der Frage nachzugehen, ob eine Neubewertung vor dem Hintergrund neuer Fakten nötig und möglich ist<sup>6</sup>, ferner, wie weit die Bedingungen der Jahre 1945/46 einzubeziehen wären. Dabei wäre zum ersten nach dem Verständnis von Demokratie der beiden beteiligten Parteien – von KPD und SPD – ebenso zu fragen wie zum zweiten nach dem Einfluß der Besatzungsmächte in allen Zonen. Vordergründig betrachtet, bekannten sich alle vier Besatzungsmächte zur Demokratie, ebenso alle politischen Kräfte im Nachkriegsdeutschland. Nach dem Ende der NS-Diktatur schien offenkundig jede Art der Diktatur von Grund auf diskreditiert, auch die „Diktatur des Proletariats“, und eine demokratische Erneuerung unumgänglich. Schon aufgrund der Traditionen beider Parteien kann vermutet werden, daß der Begriff „Demokratie“ für Sozialdemokraten und Kommunisten unterschiedliche Inhalte hatte, also trotz des beiderseitigen Bekenntnisses zum Sozialismus höchst unterschiedliche, wenn nicht widerstreitende Prinzipien in der SED zusammengeführt wurden.

Die SED erhob von ihrer Gründung an den Anspruch, eine gesamtdeutsche Partei zu sein und in allen vier Zonen zugelassen zu werden. Diese gesamtdeutschen Bemühungen stießen naturgemäß an die Grenzen, die die Besatzungsmächte zogen, aber viel mehr noch auf den Widerstand der Sozialdemokratie in den Westzonen. Zu prüfen ist, wie weit das nicht allein der Konzeption und Politik Kurt Schumachers entsprang<sup>7</sup>, sondern

1 Vgl. Werner Müller, SED-Gründung unter Zwang – ein Streit ohne Ende? Plädoyer für den Begriff „Zwangsvereinigung“, in: Deutschland Archiv, 23 (1991) 1, S. 52–58.

2 So Wolfgang Leonhard in einem Interview mit der Rostocker Ostsee-Zeitung vom 30. 11. 1995.

3 Zum 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD. Erklärung der Historischen Kommission der PDS, in: Neues Deutschland vom 18. 12. 1995.

4 So etwa die Beiträge von Wolfgang Thierse und Manfred Rexin, Vorsitzender des Franz-Neumann-Archivs Berlin, in: Vorwärts, (1996) 2, S. 12f.

5 Vgl. Hermann Weber, Die Sowjets verboten eine Urabstimmung unter den Mitgliedern. Der umstrittene Handschlag zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten vor fünfzig Jahren, in: Frankfurter Rundschau vom 24. 1. 1996.

6 So vor allem in der umfangreichen Dokumentation von Andreas Malycha, Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ. Eine Quellenedition (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 16), Bonn 1995.

7 Die Rolle Kurt Schumachers in der Abwehr der „Einheits“-Ansprüche ist schon früh herausgestellt worden. So bei Albrecht Kaden, Einheit oder Freiheit, Hannover 1964. Auf

zugleich auch einen deutlichen Reflex auf die Umstände und das Verfahren der SED-Gründung im Osten Deutschlands darstellte – sozusagen als (sozial-)demokratische Antwort auf die Fusion zur SED im Osten zu werten ist. Von beiden Fragenkomplexen können beachtliche zusätzliche Indizien für die Antwort auf die alte Streitfrage „Zwangsvereinigung“ erwartet werden.

---

## II. Die KPD-Wiedergründung 1945 Kurs auf die hegemoniale Partei

---

Als nach dem Befehl Nr. 2 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) vom 10. Juni 1945 – nur wenig mehr als vier Wochen nach Kriegsende! – die Bildung „antifaschistischer“ Parteien und Gewerkschaften für das sowjetische Besatzungsgebiet erlaubt wurde, waren die Chancen für die beiden „Arbeiterparteien“ (so das zeitgenössische Selbstverständnis) KPD und SPD bereits ungleich verteilt.

Die KPD-Führung mit Wilhelm Pieck – der nach der Ermordung Ernst Thälmanns im KZ Buchenwald auch nominell zum Parteivorsitzenden aufgerückt war –, Walter Ulbricht, ferner dem Parteideologen Anton Ackermann und dem 1944 verstorbenen Wilhelm Florin hatte im Moskauer Exil umfangreiche Vorarbeiten für die Zeit nach Kriegsende leisten können, vielfältige Programme entworfen, vor allem aber eine große Zahl von Funktionären sammeln und für ihren Einsatz in Deutschland vorbereiten können. Dies nicht nur unter emigrierten Kommunisten, sondern auch unter deutschen Kriegsgefangenen, die mit sowjetischer Hilfe nach deren Interessen „geschult“ und in den späteren Jahren ein großes und zugleich loyales Personal-Reservoir darstellten. Im Gefolge der „Roten Armee“ kehrten drei „Initiativgruppen“ der KPD-Führung nach Deutschland zurück: die „Gruppe Ulbricht“<sup>8</sup> nach Berlin, die „Gruppe Sobottka“ nach Pommern und Mecklenburg und die „Gruppe Ackermann“ nach Sachsen. Sie leiteten erste Maßnahmen der Entnazifizierung, besetzten Verwaltungen neu und bereiteten (verdeckt) die Wiedergründung der Partei vor.

---

den häufig überzeichneten Einfluß Schumachers wird im folgenden nicht mehr eingegangen.

8 Vgl. die umfassende Dokumentation: „Gruppe Ulbricht“ in Berlin. April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiedergründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation, hrsg. und eingeleitet von Gerhard Keiderling, Berlin 1993.

Damit waren die führenden Kommunisten gegenüber allen anderen Parteivertretern vor und nach dem Kriegsende besonders privilegiert: Vergleichbare Arbeitsmöglichkeiten im Exil und die Chance, im Prozeß der militärischen Besetzung eine Vielzahl von Positionen zu besetzen, besaß niemand sonst – keine Exilgruppe verfügte zugleich über ein nur annähernd gleich großes Funktionärs-Potential. Diese personalpolitische Überlegenheit und die genutzte Chance, Schlüsselpositionen in Verwaltung und Wirtschaft zu besetzen, verschafften der KPD einen Vorteil, der nie ausgeglichen werden konnte – er wurde 1946 lediglich durch die Bildung der SED völlig verdeckt. Klagen der Sozialdemokratie – aber auch der beiden anderen Parteien – über die Bevorzugung von Kommunisten und ihrer Vertrauensleute gehörten in den folgenden Monaten zum politischen Alltag. Hermann Matern, ZK-Mitglied, sächsischer Landesleiter der KPD und enger Vertrauter Walter Ulbrichts, räumte das implizit im Januar 1946 ein, indem er umgekehrt den Sozialdemokraten vorwarf, sich in der Umbruchphase passiv verhalten zu haben: „Allerdings sitzen in einer Anzahl führender Positionen Kommunisten. Warum? Weil sie im Mai aktiv waren, und gerade die Leute, die am meisten schreien, daß sie nicht genügend berücksichtigt seien, haben ja bis in den Oktober/November hinein eine Politik gemacht, daß sie sich von öffentlichen Funktionen zurückgezogen haben, daß sie keine Ämter übernommen haben, um die Kommunisten abwirtschaften zu lassen.“<sup>9</sup>

Als die Parteiführung in Berlin mit ihrem Gründungsauftrag vom 11. Juni 1945 – mit der KPdSU und Stalin abgestimmt – als erste Partei wieder an die Öffentlichkeit treten konnte, waren somit bereits irreversible Fakten geschaffen: Die KPD trat als aktive Wiederaufbau- und Staatspartei auf, welche die „führende Rolle“ nicht einforderte, sondern nach eigenem Anspruch realisierte. Hermann Matern formulierte das vor sächsischen KPD-Funktionären: „Jetzt tun wir alles, um die Führer des Volkes zu sein, ohne es zu sagen: Durch unsere Politik, durch unsere Arbeit und durch unseren Kampf.“<sup>10</sup> Und weiter: „Deswegen sind wir und werden wir nicht Oppositionspartei sein, sondern wir werden, wo wir nur können und mit allen Kräften, überall im Staat, in der Selbst-

---

9 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO BArch), I 2/2/17, 86 (Rede auf der ersten „Reichskonferenz“ der KPD vom 8. bis 9. 1. 1946).

10 Der Weg unserer Partei. Rede des Gen. Hermann Matern vor Funktionären der KPD am 1. Juli 1945, o. O. o. J., S. 30.

verwaltung bis hin zur kleinsten Gemeinde uns einschalten und uns nicht verdrängen lassen.“<sup>11</sup>

Das neue Programm entsprach dieser Politik: Es brach radikal mit den Programmtraditionen aus den Jahren vor 1933. Die KPD-Führung propagierte unter den gegenwärtigen Bedingungen „den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“<sup>12</sup>. Der Sozialismus als Zielvorstellung kommunistischer Politik wurde in dem Aufruf ebensowenig erwähnt wie der Marxismus-Leninismus als ideologische Basis der Partei. Das „Sowjetsystem“ wurde sogar als unzeitgemäß für Deutschland bezeichnet. Dieses „gemäßigte“ Programm eröffnete der Partei weite Handlungschancen.

Die KPD beanspruchte, eine demokratische Partei unter anderen zu sein. Das ebnete ihr den Weg zu den angesprochenen „Bündnispartnern“. Die KPD sollte zu einer Volkspartei „im wahrsten Sinne des Wortes“ (so ihr „Kaderchef“ Franz Dahlem) werden, eine breite Sammlungspartei, offen für alle sozialen Schichten. Weiter noch: „Die Politik des Zusammengehens aller demokratischen, freiheitlichen Kräfte bei Entwicklung einer starken kommunistischen Partei“, so formulierte er, sei „die einzige Garantie für den nationalen Zusammenhalt und die Geburt eines erneuerten, in der Welt geachteten Deutschlands“<sup>13</sup>. Damit waren auch die zentralen Elemente des neuen Demokratie-Verständnisses der KPD umrissen: unlösbare Einheit der demokratischen Kräfte, unter ihnen die KPD als dominante Partei.

Die von Dahlem als „Volkspartei“ verstandene KPD wies jedoch tatsächlich die traditionell diktatorisch-zentralistische Parteistruktur auf. Der stalinistische Parteaufbau aus der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre stand nicht zur Disposition. Die Weisungskompetenz und die Personalhoheit des ZK funktionierten von Anbeginn an reibungslos. Die Parteiführung konnte schon seit Juli 1945 zu allen Bezirken – teilweise auch in den Westzonen – regelmäßige Verbindungen herstellen und zugleich durch die Entsendung von „Instrukteuren“ die „Einheitlichkeit“ der Partei wahren. Diese Instrukteure hatten eindeutig Anweisungen der Parteileitung durchzusetzen. Anton Switalla,

Mitglied der „Gruppe Sobottka“, betonte das: Die Erfahrungen des Jahres 1945/46 hätten gezeigt, das System der Instrukteure könne nur „funktionieren, wenn die betreffende Leitung sie fest in der Hand hat und politisch dirigiert“<sup>14</sup>. Schon im Oktober 1944 hatte Wilhelm Pieck das Prinzip innerparteilicher Demokratie weit von sich gewiesen: „Für diese Gestaltung der KPD ist uns die Partei Lenins-Stalins die einzige und beste Lehrmeisterin...“<sup>15</sup>

Führungs- und Herrschaftsanspruch, stalinistische Strukturen und – ebenfalls traditionell – die Behauptung eines Ideologie- und Wahrheitsmonopols kennzeichnen die KPD des Jahres 1945. Das im Gründungsauftrag versprochene Prinzip „Demokratie“ konnte daher nur in einer Richtung funktionieren: als Zustimmung aller übrigen Parteien zur Politik der KPD.

So konnte auch nicht verwundern, daß in diesem Konzept der Machterringung „aus eigener Kraft“ kein Platz für eine tatsächliche Einheitspartei der Linken war: Diese hätte Aufbau und Konsolidierung der KPD nach den Maximen ihrer Führung nur stören können, die Integration der angesprochenen „breiten Schichten“ in die KPD (über das Instrument der „Schulung“) verzögert sowie den starren Zentralismus und das rigide innerparteiliche Regiment gefährdet. Die KPD-Führung selbst gab „ideologische Differenzen“ als aktuelles Hindernis für eine Einheitspartei an<sup>16</sup>. Eine Einheitspartei zu diesem Zeitpunkt, so räumte Hermann Matern bereits im Februar 1946 ein, wäre „an inneren Auseinandersetzungen zersprungen“<sup>17</sup>.

Statt dessen schlug die KPD aus einer Position der Stärke den übrigen Parteien feste und unkündbare Bündnisse vor, die ihr die Eigenständigkeit sicherten, zugleich aber der KPD als aktivster Partei die Chance des Einwirkens auf die „Bündnispartner“ wahrten. Schon am 19. Juni 1945 kam es auf Initiative der KPD zu einem „Aktionseinheits-Ausschuß“ von Kommunisten und Sozialdemokraten in Berlin, am 14. Juli beschlossen die inzwischen vier Parteien in Berlin die Bildung eines „Blocks“ als Forum institutionalisierter Zusammenarbeit. Damit hatte die KPD Kooperationsformen durch-

14 So im Mai 1949 in einer Sitzung des SED-Landesvorstandes Mecklenburg-Vorpommern. SAPMO BArch NL 182/913, 8.

15 „Nach Hitler kommen wir!“ Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, hrsg. von Peter Erler, Horst Laude und Manfred Wilke, Berlin 1994, S. 275.

16 Vgl. Anton Ackermann, Fragen und Antworten, Berlin o. J.

17 SAPMO BArch NL 76/52, 77.

11 Ebd., S. 26.

12 Zuerst wiedergegeben in der ersten Ausgabe des Zentralorgans der Partei, der Deutschen Volkszeitung vom 13. 6. 1945.

13 Franz Dahlem, Wer kann Mitglied der KPD werden? in: Deutsche Volkszeitung vom 27. 7. 1945.

setzen können, die Koalitionen ohne und gegen die KPD ausschlossen. Zunächst schien diese Strategie außerordentlich erfolgreich: Die KPD verfügte erstmals in ihrer Geschichte über eine Vielzahl von Positionen im politischen Leben; die Mitgliederzahl nahm rapide zu, ihre „führende Rolle“ schien sich realisieren zu lassen.

### III. Die SPD: Tradition, Innovation und Improvisation

Diesem zentralistischen Parteaufbau der KPD – lange vorbereitet, geleitet und kontrolliert von einer „strategischen Clique“ (Peter Christian Ludz) – stand auf sozialdemokratischer Seite kein gleichwertiges Pendant gegenüber. Die erfahrenen Parteiführer fehlten; der Neuaufbau wurde getragen von Funktionären aus den Bezirken, die zumeist schon zu Ende der Weimarer Zeit auf dieser Ebene gewirkt hatten. Deutlich zeigte sich das in Berlin, wo es mehrere Gründungsinitiativen gab: einen Kreis um die früheren „Illegalen“ Otto Grotewohl und Erich W. Gniffke, die aus Braunschweig gekommen waren; einen weiteren um frühere Gewerkschaftsfunktionäre wie Carl Volmershaus, Hermann Schlimme, Bernhard Göring, Otto Meier und auch Karl Litke, der als einziger dem SPD-Parteivorstand vor 1933 angehört hatte; ferner einen Kreis um den früheren Kommunalpolitiker Max Fechner. Nach dem 11. Juni 1945 ging aus diesen drei Gruppen der „Zentralausschuß“ der SPD hervor, der sich anfangs als bloßer „Treuhand“ für die Partei verstand, aber von der Besatzungsmacht in die Rolle der Parteiführung für die sowjetische Zone gedrängt wurde. Otto Grotewohl, Erich W. Gniffke und Max Fechner fungierten als gleichberechtigte Vorsitzende.

Zunächst herrschte eine gewisse Rat- und Orientierungslosigkeit; der KPD-Aufruf „wirkte auf uns eher verwirrend als klärend“, hielt Erich W. Gniffke fest<sup>18</sup>. Es entstand in Eile ein sozialdemokratischer Gründungsaufruf, der am 15. Juni 1945 veröffentlicht werden konnte. Er hielt zwar an den SPD-Programmtraditionen fest, suchte zugleich aber einen Neuanfang gegenüber dem als falsch verstandenen Kurs der Partei vor 1933. Mit der Maxime „Demokratie in Staat und Gemeinde – Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft“ stellte sich der Zentralausschuß gegenüber der KPD als die „linkere“ Partei dar, obwohl man den „Boden

der organisatorischen Einheit der Arbeiterklasse“ für den „Kampf um die Neugestaltung“ nutzen wollte<sup>19</sup>. Eindeutig folgte jedoch das Programm in einem Punkt sozialdemokratischen Traditionen: Die parlamentarische Mehrheitsdemokratie stand nicht zur Disposition.

Das Einheitsmotiv, wiewohl hier deutlich angesprochen, war nicht durchgängig sichtbar. Insbesondere Otto Grotewohl und mehr noch Gustav Dahrendorf waren anfänglich glühende Verfechter des Einheitsgedankens – sie wurden jedoch rasch desillusioniert. In den Bezirken war die Lage uneinheitlich: In den früheren Hochburgen der Sozialdemokratie wie Magdeburg, Leipzig oder auch Rostock gab es keine Zweifel am Wiederaufbau der SPD; gleiches galt für Städte, in denen die Sozialdemokratie vor 1933 über eine größere Resonanz verfügt hatte, wie Halle oder Chemnitz. Unklar war die Haltung der SPD-Gründer in der „Diaspora“<sup>20</sup> und in Dresden<sup>21</sup> oder Görlitz. Die thüringische SPD unter Führung von Hermann Brill verfocht hingegen das Konzept einer völlig neuen Einheitspartei jenseits der beiden alten Arbeiterparteien: einen „Bund demokratischer Sozialisten“. Das – und seine Politik gegen die Kommunisten – rief bei KPD und SMAD eine derartige Ablehnung hervor, daß das KP-Sekretariat Ende Dezember 1945 erklärte, keine weitere Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit Brill zu sehen<sup>22</sup>.

Das „Einheits“-Motiv in der Sozialdemokratie der sowjetischen Zone unmittelbar nach Kriegsende darf also nicht überzeichnet werden; in keinem Falle ging es etwa in die Richtung der späteren SED. Übersehen werden darf nicht, daß der Kooperationsbereitschaft der Sozialdemokratie das Bekenntnis der Kommunisten zur Demokratie vorausgegangen war: Otto Grotewohl, der Vorsitzende des Berliner Zentralausschusses der SPD, sah damit noch im August 1945 die Hauptdifferenz zwischen SPD und KPD entfallen, das „Kriegsbeil“ begraben, das „seit der Weimarer Republik offen auf der Straße lag“<sup>23</sup>.

19 An die Arbeit! Aufruf der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 15. Juni 1945 und Begründungsrede ihres Vorsitzenden Otto Grotewohl, Berlin o. J., S. 13.

20 „Einheits-Resolutionen“ finden sich zuerst aus kleinen Orten in Mecklenburg und Thüringen. Vgl. die Beispiele in: SAPMO BArch II 2/10.

21 Vgl. Gründung der SPD im Bundesland Sachsen, Manuskript von Felix Kaden (SED-Landesvorstand Sachsen) im März 1947 an das Zentralsekretariat der SED in Berlin gesandt, in: Archiv der sozialen Demokratie (AdSD), Bonn, NL Gniffke, 11/1.

22 Vgl. SAPMO BArch I 2/5/798.

23 SAPMO BArch, NL 72/167, 52.

18 Erich W. Gniffke, Jahre mit Ulbricht. Mit einem Vorwort von Herbert Wehner, Köln 1966, S. 27.

Die mangelnde Einheitlichkeit (das „Eigenleben“ der Bezirke) erschwerte die Kommunikation (so lag Ende Juni 1945 der Berliner SPD-Aufruf den Dresdner Parteigründern noch nicht vor!), fehlendes Führungspersonal, darüber hinaus anfangs zumeist nur ehrenamtlich tätige Funktionäre<sup>24</sup> und unzulängliche Räumlichkeiten und Ressourcen schienen angesichts einer durch die Militärverwaltung besonders geförderten und begünstigten KPD die SPD tatsächlich zu einer Minderheitenrolle zu verurteilen. Zudem schien gerade in Berlin die Resonanz der SPD geringer und ihre Mitgliedschaft überaltert<sup>25</sup>. Demgegenüber plante die KPD-Führung ihr ZK-Sekretariat im Juni 1945 mit mehr als 50 Mitarbeitern – ohne das Personal der Verlage, der Zeitungsredaktionen und in den Bezirken<sup>26</sup>. Ende Juli 1945 verzeichnete man für das ZK und den Bezirk Berlin bereits über 120 Mitarbeiter<sup>27</sup>.

---

#### IV. Die Umkehrung der Einheitsforderung

---

Diese Ausgangslage im Frühsommer 1945 zeigt klar, daß die Forderung nach einer Einheitspartei von den Kommunisten aus der Position mutmaßlicher Überlegenheit zurückgewiesen wurde, zumal die Sozialdemokratie inhomogen, desorientiert und führungsschwach erschien. Was hingegen den Erfolg der KPD betraf, so schätzte Wilhelm Pieck zum 1. August die Mitgliederzahl auf 110 000 für Berlin und die sowjetische Zone<sup>28</sup>, für Ende August schon auf 150 000 und für Ende Oktober 1945 auf 260 000 Mitglieder. Damit war der zahlenmäßige Mitgliederstand von Mitte 1932 wieder erreicht und geringfügig sogar überschritten.

Die Nähe zur und die Förderung durch die Besatzungsmacht sowie eine personal- und materialintensive Organisationspolitik boten allein jedoch noch keine Gewähr für die Durchsetzung der beanspruchten „führenden Rolle“. Zugleich zeigte sich, daß die SPD nicht – entgegen manchen

Erwartungen in der KPD und auch in der eigenen Partei – eine Minderheit auf seiten der Linken darstellte. Den anfänglichen Mitgliederrückstand gegenüber der KPD konnte die SPD nach nur wenigen Monaten ausgleichen; schon im August, als die ersten verlässlichen Zahlen vorlagen, deutete sich diese Tendenz an; im Oktober 1945 hatte die SPD die KPD-„Konkurrenz“ dann überflügelt. Im gleichen Maße verlor das Ziel der Einheit für die SPD an Attraktivität. Sowohl der Vormachtsanspruch der KPD, deren enge Bindungen an die Besatzungsmacht als auch die zunehmende Gewißheit, daß sich – trotz des Bekenntnisses der Kommunisten zur Demokratie – Stil und Methoden ihrer Arbeit gegenüber den Jahren vor 1933 nicht grundlegend gewandelt hatten, überlagerten schnell in allen bedeutsamen sozialdemokratischen Gliederungen die Bereitschaft zur Kooperation wie zur Bildung einer Einheitspartei.

Zum ersten Mal hatte Otto Grotewohl, der ein Gespür für Machtverhältnisse und Kräftekonstellationen besaß, Ende August 1945 in Leipzig Kritik am Auftreten und Führungsanspruch der Kommunisten geübt und darauf verwiesen, daß die Sozialdemokraten den größeren Anhang besäßen – und verwies dazu auf die Betriebsratswahlen in den Leuna-Werken<sup>29</sup>. Dann häuften sich die Bedenken: Im gleichen Monat wurden im Berliner Führungskreis der SPD erstmals Zweifel geäußert, ob sich die kommunistische „Bruderpartei“ zur „Demokratie im klassischen Sinne“ durchgerungen habe<sup>30</sup>. Inspektionsreisen in den Bezirken brachten ein klares Bild. Gustav Dahrendorf, anfänglich Verfechter einer Einheitspartei, bilanzierte im September 1945 enttäuscht: „Es fehlen heute weit mehr die Voraussetzungen für eine Vereinigung der Arbeiterparteien, als sie im Juni gegeben waren.“<sup>31</sup> Erich W. Gniffke kam Anfang Oktober 1945 nach einer Rundreise durch alle Bezirke des sowjetischen Besatzungsgebietes zu dem Schluß, „daß die Zusammenarbeit der SPD- und KPD-Funktionäre noch viel zu wünschen übrigläßt“<sup>32</sup>. Klagen gab es unter anderem aus den Städten Halle, Leipzig, Dresden, Magdeburg, Erfurt und Rostock.

Grotewohl erhob zum ersten Mal am 14. September 1945 in einer Massenkundgebung der SPD in Berlin deren Führungsanspruch für den Neuaufbau der Demokratie in Deutschland und betonte

24 Für Dresden vgl. Anm. 21, S. 2; für Berlin die instruktive Schilderung im Manuskript der Erinnerungen Gniffkes, AdsD, NL Gniffke, 21–22. Selbst Otto Grotewohl wirkte bis zum 31. August 1945 hauptamtlich in der Bezirksverwaltung Schöneberg in Berlin.

25 Vgl. Bericht über das Verhältnis KPD–SPD in Berlin, SAPMO BArch NL 36/671, 111.

26 Vgl. SAPMO BArch NL 36/661, 36–37.

27 Vgl. SAPMO BArch NL 36/661, 47–48.

28 Vgl. SAPMO BArch NL 36/630, 20; davon sei die „Hälfte neu“

29 Vgl. Erster Bezirkstag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Bezirk Leipzig, AdsD, Ostbüro, 0394, S. 1–2.

30 AdsD, NL Gniffke, 2/2.

31 AdsD, NL Gniffke, 4/1.

32 AdsD, NL Gniffke, 11/1.

zugleich die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Sozialdemokratie. Das schloß eine klare Absage an die Einheit mit der KPD ein, spiegelte aber eindeutig die Mehrheitsmeinung der sozialdemokratischen Funktionäre wider<sup>33</sup>.

Der gleichfalls anwesende KPD-Vorsitzende Wilhelm Pieck reagierte „aufgebracht“ (so ZK-Abteilungsleiter Richard Gyptner)<sup>34</sup>, die Rede „war ein Angriff gegen die Kommunisten auf der ganzen Linie“<sup>35</sup>. Piecks offenbar improvisierte Antwort gipfelte in der Forderung nach einer Verstärkung der Zusammenarbeit und der Vereinigung der Parteien in absehbarer Frist. Er hatte damit die Position der KPD radikal umgeworfen; der Parteiapparat, noch in der Konsolidierungsphase und schwerpunktmäßig mit der Bodenreform-Kampagne, dem Aufbau eines „Schulungs“-Systems, der Gewinnung von „Neulehrern“ und der Neubesetzung der Verwaltungen beschäftigt, brauchte einige Zeit, sich den neuen Maximen zu öffnen. Noch Ende September forderte ZK-Sekretär Anton Ackermann „eine neue Offensive in der Frage der Einheit zwischen SPD und KPD“<sup>36</sup>. Walter Ulbricht stellte seiner Partei die Aufgabe, die Mitgliederzahl in kurzer Zeit zu verdoppeln.

Zwischen September und November 1945 erreichte die Sozialdemokratie im sowjetischen Besatzungsgebiet den Zenit ihrer Autonomie. Ihre Mitgliederzahlen überschritten den Vorkriegsstand; sie verfügte über eine eigene Presse, freilich unter Zensur der Militärregierung und in der Auflage wesentlich kleiner als die kommunistische. Aber sie demonstrierte Selbständigkeit, war aus dem Schatten der alles dominierenden KPD herausgetreten und erhob ihrerseits einen Führungsanspruch für ganz Deutschland. Mit der Rede Otto Grotewohls am 9. November 1945 kam das klar zum Ausdruck: Die Vereinigung könne kein Beschluß von Instanzen, auch „nicht im geringsten das Ergebnis eines äußeren Drucks oder indirekten Zwanges“ sein. Eine Vereinigung nur auf Zonenebene bedrohte nach seiner Meinung nur die Einheit Deutschlands<sup>37</sup>. Damit hatte er im

Grunde die Bildung der Einheitspartei zu einer gesamtdeutschen Frage auf der einen und des demokratischen Procedere auf der anderen Seite erhoben – und in Kenntnis der Haltung der westlichen Sozialdemokratie auf unabsehbare Zeit vertagt.

Das Argument gesamtdeutscher Rücksichtnahme wurde geradezu zum „Rettungsanker“ für die Berliner SPD-Führung bis zum Januar 1946, obwohl es seit der Konferenz von Wennigsen, dem ersten Treffen zwischen Schumacher als Beauftragtem der Westzonen-SPD und Vertretern der sowjetischen Zone Anfang Oktober 1945, eine faktische Ost-West-Teilung der SPD gab.

---

## V. Der Weg in die Einheitspartei

---

Wie gezeigt, hatten sich im September 1945 die Interessen der KPD-Führung komplett verändert. Von Oktober an entfesselte sie eine Propagandakampagne: Handlungsfreiheit und innere Autonomie der Sozialdemokratie sollten so beeinflußt werden, daß letztlich nur noch deren Zustimmung zur Einheitspartei nach „KPD-Fahrplan“ übrigblieb.

Die Mittel dazu waren vielschichtig: Zum ersten wurden bereits in dieser Phase die sowjetischen Kommandanten für die Ziele der KPD aktiv. Schon im Oktober und November 1945 wirkten sie vielfach auf SPD-Funktionäre ein, um den Zusammenschluß „notfalls auch gegen den Willen des Zentralaussschusses“ der SPD zu erreichen<sup>38</sup>. Auf Weisung der SMAD „schalteten sich Orts- und Kreiskommandanten... in den Verschmelzungsprozeß ein, erzeugten von unten nach oben den Druck für die Bereitwilligkeit einer nahen Vereinigung auf Orts-, Kreis- und Länderebene“. Einer der ersten Erfolge in dieser Richtung war eine Resolution von KPD und SPD in Kröpelin (Mecklenburg) am 9. 12. 1945 für eine Einheit „unter Führung der KPD“<sup>39</sup>.

Das zweite Moment war das „Hineinregieren“ von SMAD und KPD in die Personalhoheit der SPD. „Einheitsfeinde“ wurden aus ihren Positionen gedrängt – und letztlich nicht nur mit Drohungen und Versprechungen „bearbeitet“, sondern auch verhaftet. Selbstverständlich wurden SMAD- und KPD-genehme Nachfolger bestimmt. Das prominenteste Beispiel bot der thüringische Landesvor-

33 Die Rede konnte noch publiziert werden: Wo stehen wir – Wohin gehen wir? Der historische Auftrag der SPD, Berlin o. J.

34 Vgl. SAPMO BArch EA 0331, 136.

35 So ein KPD-Beobachter (und Stenograf), SAPMO BArch NL 72/167, 66.

36 Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Reihe 1945/46, Bd. 2: Protokolle der erweiterten Sitzungen des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD, Juli 1945 bis Februar 1946. Bearbeitet von Günter Benser und Hans-Joachim Krusch, München–New Providence–London–Paris 1994, S. 136.

37 / Text der Rede in AdsD, NL Brill, 1.

38 AdsD, NL Gniffke, 9/3.

39 AdsD, NL Gniffke, 2/4.

sitzende Hermann Brill, der, um seine persönliche Sicherheit fürchtend, Ende 1945 demissionierte. Sein Nachfolger wurde nicht der Kandidat des SPD-Landesvorstandes, sondern der der SMAD: Heinrich Hoffmann, der die Parteienfusion zu seiner Sache gemacht hatte. Zugleich stützten SMAD und KPD Parteiführer, die ihnen ergeben waren, wie den sächsischen Landesvorsitzenden Otto Buchwitz. Dieser fand sich häufiger in seiner eigenen Partei in der Minderheit, konnte das aber mit Hinweisen auf Absprachen mit seinem KPD-Pendant Hermann Matern überspielen. Buchwitz sah sich selbst in dieser Zeit als „Apostel für die Vereinigung“<sup>40</sup>.

Zum dritten griff die KPD in die Organisationsstruktur der SPD ein. Vom Oktober 1945 an „förderte“ sie die Bildung von SPD-Betriebsgruppen – parallel zur Organisation der KPD. Mit diesem dem SPD-Aufbau fremden Element wurden schon früh die Grenzen zwischen beiden Parteien fließend: Eine große Zahl von „Einheits“-Resolutionen aus dem Winter 1945/46 stammte aus diesen gemeinsamen Betriebsgruppen-Versammlungen beider Parteien; der sozialdemokratische Anteil daran dürfte fraglich sein.

Zum vierten begann von Oktober 1945 an eine Propagandakampagne, die den Befürwortern einer Fusion alles erlaubte, aber den Gegnern allein schon die Artikulation ihrer Meinung untersagen wollte. Das reichte von der Verfügung über Ressourcen über Zensur-Maßnahmen bis hin zur Diffamierung von Einheitsgegnern.

Unter diesen Auspizien war das Ende der Autonomie der SPD nur noch eine Frage der Zeit. Im Dezember mußte die SPD dem Drängen der KPD nach einer Konferenz zur Einheits-Frage nachgeben. Diese erste „Sechziger-Konferenz“ (so genannt nach der Teilnehmerzahl) am 20. und 21. Dezember 1945 zeigte zwei völlig unterschiedliche Gesichter: Am ersten Tag demonstrierte die SPD, allen voran Otto Grotewohl, Selbstbewußtsein. Sie forderte das Ende des „undemokratischen Drucks“ auf die Sozialdemokratie, drohte angesichts der Ungleichbehandlung durch die Besatzungsmacht den Rückzug der SPD-Vertreter aus den Selbstverwaltungsorganen an und erklärte, erst danach über die „Vorbereitungen“ einer Einheit zu reden. Am zweiten Tag stimmten sie dann mit drei Vorbehalten den KPD-Forderungen zu. Die Sitzung begann mit Verspätung: Die SPD-Führer hatten offenbar die Nacht mit „konstruk-

tiven Gesprächen“ bei der SMAD verbringen dürfen<sup>41</sup>. Die Vorbehalte waren: Vereinigung nur nach einem gesamtdeutschen Parteitag, nur für alle Zonen und zuvor nur Wahlen nach getrennten Parteilisten. Die drei Punkte markierten letztlich nichts anderes als die Absage an die „Einheit“ nach KPD-Vorstellungen, d. h. unmittelbar und auf paritätischer Grundlage. Wilhelm Pieck räumte nach der Konferenz in einer ZK-Sitzung auch ein, seine Partei habe zumindestens in der Frage gemeinsamer Wahllisten eine Niederlage erlitten<sup>42</sup>.

Die Vorbehalte der SPD hatten allerdings keinen Monat Bestand. Auf einer „Reichsberatung“ der KPD am 8. und 9. Januar 1946 kündigte das ZK die Konzession auf, die Vereinigung nicht auf Zonenebene allein zu betreiben<sup>43</sup>. Am 15. Januar bekräftigte sie der Berliner Zentralaussschuß der SPD zwar noch einmal; ein Rundschreiben mit diesem Inhalt durfte jedoch nicht versandt werden. Am 26. Januar mußte die SPD-Führung dann einlenken und dem Druck aus vier Richtungen zugunsten der KPD-Forderungen nachgeben: erstens dem der Besatzungsbehörden, zweitens der KPD-Führung und der von ihr entfesselten Kampagnen, drittens von seiten der Fusionswilligen in den eigenen Reihen – so vor allem um die drei Landesvorsitzenden Buchwitz (Dresden), Moltmann (Schwerin) und Hoffmann (Weimar) – und viertens von seiten der SPD-Betriebsgruppen, bei denen, wie erwähnt, die Grenzen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten dank des Wirkens der KPD fließend waren.

Die SPD-Gliederungen ihrerseits lehnten in ihrer überwältigenden Mehrheit die Fusion ab. Am klarsten kam das in Berlin zum Ausdruck<sup>44</sup>. Noch Ende Januar attestierte ein Bericht des KPD-ZK der Mehrheit der Berliner Führer und Funktionäre der SPD einen „die Einheit sabotierenden reaktionären Kurs“<sup>45</sup>.

41 Stanislaw Trabalski, SPD-Bezirksvorsitzender von Leipzig und Teilnehmer der Tagung, gab an, daß die Zentralaussschuß-Mitglieder abends zur SMAD bestellt wurden. AdSD, Interview Trabalski, 22. 11. 1973, S. 11.

42 Vgl. Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland (Anm. 36), Bd. 2, S. 365.

43 So Pieck am 8. 1. 1946, SAPMO BArch 1/2/2/17, 15–21, 192–194.

44 So bei Gustav Dahrendorf in einer Unterredung mit Martin Schmidt, SAPMO BArch NL 36/631, 107–108; ähnlich eine Vielzahl von Berichten aus SPD-Gremien in Berlin, SAPMO BArch BPA 1/2/044, vom SPD-Bezirksparteitag Berlin im November 1945, SAPMO BArch BPA 1/2/034. Auch Anton Ackermann in der KPD-Führung räumte das ein. SAPMO BArch I/2/5/40, 82–84 und 95–96.

45 SAPMO BArch NL 36/634, 121.

40 Brief an Franz Neumann, Berlin, 7. 5. 1946, in: Franz-Neumann-Archiv, Berlin, IV/7.

Die Ablehnung der Fusion konnte angesichts der realen Machtverhältnisse nicht offen geäußert werden. Erich W. Gniffke schrieb am 10. 2. 1946: „In den letzten Tagen waren Genossen aus Dresden, Leipzig, Halle und aus vielen Provinzorten Mecklenburgs, Provinz Sachsen, Land Sachsen, Brandenburgs und Thüringens hier. Unabhängig brachten sie folgendes übereinstimmend (sic!) zum Ausdruck:

a) überall wird von den sowjetischen Kommandanten auf sofortige Verschmelzung gedrängt.

b) Erklärungen, wonach die Genossen sich an die Weisungen des Zentralausschusses gebunden fühlen, werden beiseite geschoben.

c) Überall vermißt man das Eingreifen des Zentralausschusses, hofft aber noch darauf.

Fasse ich die Schilderungen zusammen, so ergibt sich eine ähnliche Situation, wie ich sie unter den Nazis im März 1933 im Lande Braunschweig erlebt habe, als überall unsere Genossen ‚freiwillig‘ aus ihren Ämtern und Stellungen schieden.“<sup>46</sup>

Einige SMAD-Kommandanten, so in Mecklenburg und Thüringen, ermunterten die Regionalverbände darüber hinaus zu „Alleingängen“; umgekehrt waren die drei genannten Landesvorsitzenden Buchwitz, Moltmann und Hoffmann auch dazu bereit. In der entscheidenden Sitzung des Zentralausschusses am 11. Februar 1946 drohten sie, sich vom Zentralauschuß loszusagen, wenn dieser sich weigere, einem Fusionstermin zuzustimmen.

---

## VI. Innerparteiliche Demokratie und Struktur-Kompromiß?

---

Im Grunde war mit der Zustimmung der Militärregierung zur Fusion die Entscheidung gefallen. Die Sowjetische Militäradministration griff damit in einer Weise in die inneren Angelegenheiten der deutschen Parteien ein, wie es keine andere Besatzungsmacht auch nur entfernt getan hat. Immerhin hat Stalin selbst seine Zustimmung zur SED-Gründung gegeben – als die Auseinandersetzung in der sowjetischen Zone längst entschieden war<sup>47</sup>. Eine offene demokratische Entscheidung konnte es

nicht geben: SMAD und KPD waren nur an einer Zustimmung zu ihrer „Einheits“-Konzeption interessiert, zugleich waren sie aber gezwungen, dieses Verfahren als ein demokratisches zu legitimieren.

Dafür erscheint geradezu paradigmatisch das wechselhafte Schicksal der Forderung nach einer Urabstimmung in der SPD. Nach den Erinnerungen Gniffkes kamen die ersten Überlegungen dazu im Dezember 1945 auf. In der KPD-Führung soll das von Ulbricht und Pieck mißbilligt, aber von Ackermann befürwortet worden sein<sup>48</sup>. Überraschenderweise publizierte die „Tägliche Rundschau“, das Blatt der SMAD, am 1. 1. 1946 einen Artikel Max Fechners, der die Haltung der SPD wiedergab: Die Vereinigung könne nur „durch den Parteitag der gesamten deutschen Sozialdemokratie“ beschlossen werden, zu der „nötigenfalls sogar eine Urabstimmung“ durchzuführen sei. Die Mitgliederversammlung der SPD Rostock forderte am 6. 1. 1946 ebenfalls eine Urabstimmung. Die Zensur unterdrückte den Bericht dazu im Mecklenburgischen Parteiblatt, jedoch nicht im Berliner SPD-Organ „Das Volk“. Dessen Chefredakteur Otto Meier handelte sich dafür heftige Vorwürfe der SMAD ein. Das Dresdner SPD-Organ berichtete am 22. 1. 1946 über die gleiche Forderung des SPD-Unterbezirks Dresden; als jedoch nur drei Tage später dasselbe Blatt die offizielle Position der SPD zur Vereinigung (und damit ihre Vorbehalte) abdruckte, ließ die sowjetische Zensur die gesamte bereits gedruckte Ausgabe wieder einstampfen<sup>49</sup>. Am 31. März 1946 kam es dann in den Westsektoren Berlins zu der bekannten Urabstimmung – von einer innerparteilichen Opposition organisiert, nachdem der SPD-Bezirksvorstand die Fronten gewechselt hatte. Rund 80 Prozent der Abstimmenden lehnten die Fusion ab, billigten aber eine gleichberechtigte Zusammenarbeit mit den Kommunisten.

Diese Haltung wurde im Grunde bestätigt mit dem Prozeß der Spaltung der SPD in Berlin: Nur rund ein Drittel der SPD-Mitglieder wechselte in die SED<sup>50</sup>.

Das Verhalten der KPD und der SMAD angesichts der Forderung nach Urabstimmung zeigt die Kontinuität ihres Demokratie-Verständnisses, das allein auf Zustimmung zum „allein Richtigen“ orientiert war. Indes gab es seitens der KPD zwei Konzessionen an die Sozialdemokratie: Zum einen schien mit Anton Ackermanns Theorie eines

46 Schreiben Erich W. Gniffke an den geschäftsführenden Vorstand der SPD, 10. 2. 1946, AdsD, NL Gniffke, 31.

47 Vgl. Rolf Badstübner/Wilfried Loth (Hrsg.), Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953, Berlin 1994, S. 68.

48 Vgl. AdsD, NL Gniffke, 2/1.

49 Vgl. AdsD, NL Gniffke, 4/1.

50 So Wille und Weg, (1947) 9/10, S. 2. Danach seien von 66 000 SPD-Mitgliedern nur 24 000 in die SED gegangen.

„besonderen deutschen Weges zum Sozialismus“ vielen Sozialdemokraten die Perspektive einer autonomen, nicht am sowjetischen Modell orientierten Entwicklung möglich. Sie wußten nicht, daß die Strategie der „nationalen Wege“ letztlich nichts anderes bedeutete als die Unterwerfung unter die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung. Darüber hinaus versprach das Gründungsprogramm der SED, ihre „Grundsätze und Ziele“, eine wichtige Konzession an das Prinzip Demokratie: „Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands erstrebt den demokratischen Weg zum Sozialismus; sie wird aber zu revolutionären Mitteln greifen, wenn die kapitalistische Klasse den Boden der Demokratie verläßt.“<sup>51</sup>

Zum zweiten enthielt das Statut der SED das Prinzip der „Parität“: Alle Vorsitzenden-Funktionen von der Ortsebene an aufwärts mußten doppelt besetzt werden, mit je einem früheren Kommunisten und Sozialdemokraten. Das erschien manchen Sozialdemokraten geradezu als institutionelle Garantie ihres Einflusses in der ungeliebten, weil ungewollten Einheitspartei und suggerierte noch erträgliche Arbeitsmöglichkeiten.

Noch vor dem Vereinigungsparteitag – auf einer Parteikonferenz der KPD im März 1946 – hatte der KPD-Vorsitzende Wilhelm Pieck diese Konzessionen im Grunde wieder aufgekündigt und zugleich das Hegemoniestreben der Kommunisten offengelegt: Er bezeichnete den „konsequenten Marxismus-Leninismus“ als „das granitene Fundament“ der Einheitspartei, forderte den „demokratischen Zentralismus und die eiserne Disziplin ihrer Mitglieder“. Daher erachtete er auch „eine intensive Schulungsarbeit unter den Mitgliedern und vor allem unter den Funktionären“ für vorrangig. Das wurde zugleich als Domäne der Kommunisten bezeichnet. Es stand für Pieck außer Frage, daß „die Partei nur dann erfolgreich wird arbeiten können, wenn an der Spitze eine vom Marxismus-Leninismus vollkommen durchdrungene Funktionärskörperschaft steht und die Mitglieder, gestützt auf diese Lehren, die großen Aufgaben erkennen, die die Partei zu lösen hat“<sup>52</sup>.

Mit dem Vereinigungsparteitag für die sowjetische Zone in Berlin am 21. und 22. April 1946 begann der Kampf um die inneren Strukturen der SED –

51 Protokoll des Vereinigungsparteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) am 21. und 22. April 1946 in der Staatsoper „Admiralspalast“ in Berlin, Berlin 1946, S. 179.

52 Wilhelm Pieck, Probleme der Vereinigung von KPD und SPD, Berlin 1946, S. 24 ff.

schließlich waren zwei völlig unterschiedliche Organisationsprinzipien zusammengefügt worden: ein hierarchischer, rigider Zentralismus und eine häufig auf ehrenamtlicher Arbeit beruhende demokratische Organisationsstruktur, von den Kommunisten häufig als „Wahlverein“ abgetan. Das Ergebnis ist bekannt: Nicht erst die Stalinisierung der SED von 1948 stellt den Wendepunkt zwischen unterschiedlichen Traditionen dar, sondern schon ihre Gründung. Die SED fußte also nicht nur von Anfang an auf Zwang (einschließlich physischer Gewalt)<sup>53</sup>, sondern auch auf dem Bruch von Vereinbarungen und bewußter Täuschung. Daß diese Art von Fusion im Nachkriegsdeutschland historisch singulär bleiben mußte, ist offenkundig. Mit der Sozialdemokratie der Westzonen war angesichts der Vorgänge in der sowjetischen Zone nicht mehr über eine Kooperation zu verhandeln<sup>54</sup>.

Die immer wieder von der SED geäußerte Zielsetzung, sich nach Westen auszudehnen und als gesamtdeutsche Partei zu wirken, mußte daher ins Leere laufen. Die Westalliierten brauchten die SED-Gründungsversuche nicht einmal zu verbieten. Sie verlangten lediglich den Nachweis, daß legitimierte Gremien beider Parteien die Fusion beschlossen hätten. Das war in keinem Fall in den Westzonen möglich. 1946 versuchten die Kommunisten noch Organisationsausschüsse für die SED ins Leben zu rufen; 1947 griff man dann auf einen Trick zurück: Man deklarierte die Vereinigung der SED im Osten mit der KPD des Westens. Die Alliierten untersagten das als bloße Umbenennung der KPD.

Die SED im Westen wäre nur im Rahmen alliierter Vereinbarungen möglich gewesen<sup>55</sup>. Sie hätte als notwendige Kompensation die Wiederzulassung der SPD in der SBZ erfordert – ein Schritt, den die SMAD im Frühjahr 1947 erwogen hat<sup>56</sup>. Der Fehlschlag der SED-Bemühungen in den

53 Karl Wilhelm Fricke verwies auf eine Rede des damaligen SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer aus dem Jahre 1961, „daß nach ganz vorsichtigen Schätzungen in der Zeit von Dezember 1945 bis zum April 1946 mindestens 20 000 Sozialdemokraten gemäßregelt, für kürzere oder auch sehr lange Zeit inhaftiert, ja sogar getötet wurden“. Zitiert in: Karl Wilhelm Fricke, Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report, Köln 1984, S. 34.

54 Vgl. im einzelnen Werner Müller, Die KPD und die „Einheit der Arbeiterklasse“, Frankfurt am Main–New York 1979.

55 Vgl. Gunther Mai, Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945–1948. Alliierte Einheit – Deutsche Teilung?, München 1995, S. 135 ff.

56 So in einer Besprechung der SED-Führer mit Stalin und Suslow am 31. I. 1947, vgl. R. Badstübner/W. Loth (Anm. 47), S. 112.

Westzonen zeigt aber, wie stark die Auseinandersetzungen um die Einheitspartei zum Ost-West-Gegensatz auf deutscher Seite beigetragen haben. Das richtete eine Mauer auf zwischen der SED und den nichtkommunistischen Parteien des Westens, die nie mehr überbrückt werden konnte. Die Spaltung der Deutschen untereinander ging also der Spaltung der Alliierten um rund ein Jahr voraus. Insofern waren Otto Grotewohls Worte vom November 1945 geradezu prophetisch: „Eine zonenmäßige Vereinigung würde vermutlich die Vereinigung im Reichsmaßstab nicht fördern, sondern nur erschweren und vielleicht das Reich zerbrechen.“<sup>57</sup>

Eine Relativierung des „Zwangsvereinigungs“-Vorwurfes, wie eingangs skizziert, erscheint daher – auch im Lichte der seit 1989 zugänglichen Quellen – nicht gerechtfertigt. Zugleich dürfte es unzulässig sein, die Verantwortung für diesen Prozeß auf die SMAD und die sowjetische Politik zu verlagern. Die Interessenidentität der deutschen kommunistischen Partei und der sowjetischen Besatzungsmacht ist einfach zu offenkundig; die Initiative der KPD-Führung dazu ebenfalls.

Auch der neuerdings erhobene Vorwurf „vorbeugender Unterwerfung“ (Manfred Wilke) geht letztlich an dem Dilemma der Sozialdemokratie auf allen Ebenen vorbei. Der zeitliche Ablauf der Vorgeschichte der SED demonstriert die vielschichtigen Versuche des Zentralausschusses der SPD, aber auch mancher Bezirksvorstände, zumindest hinhaltenden Widerstand zu leisten. Eine „vorbeugende Unterwerfung“ kann allenfalls auf wenige Einzelpersonen gemünzt sein, wie etwa die beiden Landesvorsitzenden Carl Moltmann (Schwerin) und Heinrich Hoffmann (Weimar). Letzterer räumte in Kenntnis der realen Machtverhältnisse seinen Parteifreunden gegenüber in einer

Landesvorstandssitzung offen ein, die Vereinigung sei von der SMAD befohlen worden und er betrachte es als seine Aufgabe, diesen Befehl als Willensäußerung der SPD erscheinen zu lassen.

Ablehnung, Hinhaltetaktik und Verzögerungskurs bestimmten hingegen die Politik der breiten Mehrheit der Führung und Funktionäre erstaunlich geschlossen bis in den Januar 1946 hinein. Zu Ende dieses Monats hatten die Gremien der SPD in der sowjetischen Zone und in den Bezirken ihren Handlungsspielraum völlig verloren. Das letzte Mittel einer Auflösung der SPD hätte – so Grotewohl – die sozialdemokratischen Mitglieder gegenüber dem Zugriff von SMAD und KPD völlig schutzlos gemacht<sup>58</sup>. Das und die sich schnell als Illusion erweisende Erwartung, in der ungeliebten Einheitspartei sozialdemokratische Strukturen und Verbindungen unterhalten zu können, dürften in der Tat das Maximum sozialdemokratischen Handlungsspielraums von der Jahreswende 1945/46 an gewesen sein. Das eigentliche Dilemma der Sozialdemokratie seit Beginn des Vereinigungs-“Soges“ war ein doppeltes: Zum einen war sie nicht in der Lage, die Geschlossenheit des sozialdemokratischen Lagers zu erhalten (es hatte zuvor ja schon Risse gezeigt). Das Verhalten früherer SPD-Mitglieder in der SED zeigte schon bald eine große Spannweite: von der Flucht in den Westen Deutschlands und aktiver Opposition gegen die SED/KPD bis hin zu offener Anpassung und Ausnutzung der Karrierechancen in der SED. Zum anderen erwiesen sich die sozialdemokratischen Organisationsprinzipien angesichts der stalinistischen Strukturen und Praktiken in der SED, die die Kommunisten eingebracht hatten, in der innerparteilichen Auseinandersetzung unter sowjetischer Besatzung als weitgehend unzulänglich.

57 Otto Grotewohl, Rede zum 9. November, AdsD, NL Brill, 1,5.

58 So Grotewohls Antwort auf Kurt Schumachers Forderung, die SPD in der sowjetischen Zone aufzulösen, Zusammenkunft in Braunschweig, 8. 2. 1946, AdsD J 114

Stephan Zeidler

# Entstehung und Entwicklung der Ost-CDU 1945–1989

## Zum Wandlungs- und Gleichschaltungsprozeß einer Blockpartei

Der Beitrag unternimmt den Versuch, auf einem begrenzten Raum die Entwicklungsgeschichte der sogenannten Ost-CDU nachzuzeichnen. Dabei liegt der Schwerpunkt der Darstellung auf dem frühen Zeitraum der vierziger und fünfziger Jahre, da dieser für die Geschichte der Partei am interessantesten und bedeutsamsten ist. Dies gilt vor allem, weil in dieser Zeit die Wandlung von einer christ-demokratischen zu einer von ihren Funktionären beherrschten Kaderpartei vollzogen wurde. Die spätere Entwicklung bis zum Ende der DDR und der SED-Herrschaft wird daher an einigen Stellen nur noch schlaglichtartig beleuchtet. Dies liegt vor allem an der bisherigen Forschungssituation, in der die späteren Jahre der Ost-CDU bisher fast völlig vernachlässigt wurden<sup>1</sup>.

---

### Demokratische Parteienanfänge nach der Katastrophe

---

Nachdem der Nationalsozialismus in der von ihm selbst hervorgerufenen Katastrophe des Zweiten Weltkriegs untergegangen war und ein zerstörtes Europa zurückgelassen hatte, fanden sich schon bald nach der Kapitulation vom 8. Mai 1945 Männer und Frauen unterschiedlicher politischer Ausrichtung zusammen, die den Neuanfang einer politischen Partei wagen wollten. Eine Grundidee dieser neuen Partei sollte trotz christlicher Ausrichtung die Lösung von dem alten „Zentrum“ der Vorkriegszeit sein. Man wollte vielmehr eine überkonfessionelle Partei, die vor allem der politischen Mitte eine neue Heimat bieten sollte. Nachdem bereits am 10. Juni 1945 die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) durch den

Befehl Nr. 2 die Neugründung demokratischer Parteien mit antifaschistischer Ausrichtung zugelassen hatte, war es möglich geworden, die Christlich-Demokratische Union Deutschlands (CDU) zu gründen. Mitglieder der ersten Stunde waren u. a. Jakob Kaiser, Elfriede Nebgen, Ernst Lemmer, Andreas Hermes, Heinrich Krone und viele andere mehr. Schon bald, am 26. Juni, konnte der Gründungsauftrag der Partei veröffentlicht werden, und bereits am 10. Juli erhielt die Union die notwendige Lizenzierung durch die SMAD<sup>2</sup>. Damit schien der Weg frei zu sein für eine demokratische Entwicklung der CDU und der anderen Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ).

Doch bereits wenige Wochen später kam es zum ersten ernsthaften Konflikt zwischen der CDU-Führung und der sowjetischen Besatzungsmacht, weil der neugewählte Parteiführer Andreas Hermes der angestrebten Bodenreform nicht bedingungslos zustimmen wollte. Nach seiner Ansicht sollten die Maßnahmen an ein rechtsstaatliches Verfahren gekoppelt werden und die Enteignung von Grundbesitz über 100 ha nur gegen Entschädigung erfolgen. Dies wurde jedoch von der sowjetischen Verwaltung abgelehnt.

Zum endgültigen Eklat zwischen den Beteiligten kam es Anfang Dezember, als die CDU einen Beschluß des Einheitsblocks zur Neubauernhilfe ablehnte und sich damit den Zorn der Besatzungsmacht und der KPD einhandelte<sup>3</sup>. In der Presse verstärkten sich die Angriffe gegen Hermes, der

---

1 Der Beitrag stützt sich neben der angegebenen Literatur im wesentlichen auf die Aktenbestände der ehemaligen Ost-CDU, die im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin, archiviert werden. Den Mitarbeitern des Archivs danke ich für die freundliche Unterstützung.

2 Abdruck des Gründungsauftrags u. a. bei: Siegfried Suckut, Zum Wandel von Rolle und Funktion der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDUD) im Parteiensystem der SBZ/DDR (1945–1952), in: Hermann Weber (Hrsg.), Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950, Köln 1982, S. 117–178.

3 Vgl. Siegfried Suckut, Der Konflikt um die Bodenreformpolitik in der Ost-CDU 1945. Versuch einer Neubewertung der ersten Führungskrise der Union, in: Deutschland Archiv, 15 (1982), S. 1080–1095. Vgl. auch: „An die Mitglieder des Gründungsausschusses der CDU, Berlin, den 20. 12. 1945“ (ACDP VII-010-701). Hier stellen Hermes und Schreiber ihre Absetzung vom Vortag aus ihrer Sicht dar.

nun offen als „reaktionär“ diffamiert wurde<sup>4</sup>. Beinahe zwangsläufig folgte die Absetzung von Hermes und dem zweiten Vorsitzenden Walther Schreiber. Diese Maßnahme wurde nach außen hin durch einen angeblichen Vertrauensverlust durch die Mitglieder begründet. Den Vorsitz der CDU übernahmen daraufhin Jakob Kaiser und Ernst Lemmer, die den Umwandlungsbestrebungen der Sowjets aufgeschlossener als Hermes gegenüberstanden. Kaiser versuchte in der Partei nun sein Konzept vom „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ zu verwirklichen, das einen „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus nach sowjetischem Vorbild ermöglichen sollte.

Mit diesem Wechsel an der Spitze der CDU trat vorerst eine Beruhigung in der Partei ein<sup>5</sup>. Die Partei konnte sich nunmehr auf ihre eigentliche Arbeit konzentrieren, auch wenn sie immer wieder mit Behinderungen und Angriffen von seiten der SMAD und der KPD zu kämpfen hatte. Dies sollte sich vor allem bei der Vorbereitung und Durchführung der ersten freien Wahlen im Sommer und Herbst 1946 zeigen.

---

## Die CDU und die Gründung der SED im April 1946

---

Als im April 1946 der Gründungsparteitag der SED stattfand und sich damit die deutsche Arbeiterklasse zumindest in der Sowjet-Zone zu einer gemeinsamen Partei zusammenschloß, schien man diesem Ereignis innerhalb der Führung der CDU nur wenig Bedeutung beizumessen. Weder in der Parteipresse – der „Neuen Zeit“ – noch in den Sitzungen des Vorstandes wurde dazu ausführlich Stellung genommen. Vielmehr wurde dieser Zusammenschluß als Notwendigkeit zur Aufhebung der unnatürlichen Spaltung der Arbeiterklasse angesehen und damit als ein Schritt zur Einheit Deutschlands<sup>6</sup>.

4 Dies geschah, obwohl es „Interne Vereinbarungen zwischen Herrn Dr. Hermes und Herrn Wilhelm Pieck“ (ACDP VII-010-672) vom 12. 10. 1945 gab, in denen man sich geeinigt hatte, daß keine Stellungnahmen gegen führende CDU-Politiker im KPD-Organ „Deutsche Volkszeitung“ ohne vorherige Abstimmung veröffentlicht werden sollten.

5 Vgl. Frank Dietze, Entscheidungsstrukturen und -prozesse in der Ost-CDU 1945–1952, in: Michael Richter/Martin Reißmann (Hrsg.), Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung, Weimar u. a. 1995, S. 51 f.

6 Vgl. Siegfried Suckut, Die CDU in der Sowjetisch Besetzten Zone und die Gründung der SED. Parteiinterne

Auch die Parteiführung um Kaiser nahm offensichtlich kaum Anstoß an der Gründung der SED, wie die Protokolle der Vorstandssitzungen aus den Tagen vor und nach dem Gründungsparteitag zeigen. Man nahm zwar schon zu dieser Zeit an, daß eine solche Parteigründung den Einfluß der übrigen Parteien schmälern würde, weil diese Neugründung von den Sowjets mehr unterstützt werden würde. Dies wurde aber dennoch nicht zum Anlaß genommen, sich zu diesem Zeitpunkt schon ernsthafte Gedanken um die eigene Stellung zur SED zu machen, obwohl Generalsekretär Georg Dertinger vor dem Führungsanspruch der Sozialistischen Einheitspartei gewarnt hatte<sup>7</sup>.

Auch auf der Ebene der Landesverbände nahm man wenig Notiz von der SED-Gründung, sondern beschäftigte sich auch hier recht bald mit dem zunehmenden Druck auf die Union von seiten der Kommunisten. Diese zeigten sich vor allem bei der Vergabe von Ämtern und hohen Posten in der Verwaltung wenig kooperativ und mißachteten damit die Grundsätze der gemeinsamen Blockpolitik<sup>8</sup>. Dies war aber erst der Anfang einer massiven Kampagne gegen die CDU, wie sich bei den folgenden Wahlen zeigen sollte.

---

## Die Union zwischen Stabilisierung und wachsendem Druck

---

Bereits die ersten freien Wahlen in der Sowjet-Zone nach dem Krieg im Sommer 1946 standen unter dem Vorzeichen der zunehmenden Benachteiligung der bürgerlichen Parteien CDU und Liberal-Demokratische Partei (LDP). Auch wenn die Parteien das Ergebnis der SED von rund 50 Prozent nicht erreichen konnten, so hatte die CDU mit 15–20 Prozent bei den Gemeindewahlen und ca. 20–25 Prozent bei den Landtagswahlen doch überraschend gut abgeschnitten, obwohl

Wertungen und Reaktionen, in: Deutschland Archiv, 20 (1987) 6, S. 612–623.

7 Vgl. Protokoll der Vorstandssitzung am 17. April 1946 (ACDP VII-010-2179). Hier auch die Vorstandsprotokolle der vorherigen und folgenden Sitzungen. Schon in der Sitzung vom 2. und 3. April war auf eine große Zahl von Benachteiligungen von Mitgliedern bei der Neugründung und Zulassung von Ortsgruppen hingewiesen worden. Alle diese Einzelfälle sollten an die Parteizentrale nach Berlin gemeldet werden, um in besonders schweren Fällen bei der sowjetischen Kommandantur in Karlshorst zu intervenieren.

8 Vgl. z.B.: Protokoll über die Vorstandssitzung am 29. 5. 1946 (ACDP III-031-001/1, Landesverband Sachsen-Anhalt). Hierin beschwerte man sich, daß die Union bei der Postenvergabe benachteiligt werde.

sie in vielen Gemeinden nicht antreten durfte, weil hier keine Ortsgruppen registriert waren<sup>9</sup>. Schon frühzeitig gab es Klagen darüber, daß die Wahlen nicht ganz korrekt abgelaufen seien und daß mancherorts viele Stimmen trotz Ungültigkeit der SED zugeschlagen worden waren<sup>10</sup>.

Wie die Wahl ohne die Eingriffe von SED und SMAD ausgegangen wäre, zeigte sich indes bei den Wahlen in Berlin, wo die SED nicht so weit eingreifen konnte. Dort erreichte die CDU beinahe die absolute Mehrheit<sup>11</sup>. Zwar konnte sich die CDU nicht als die entscheidende Volkspartei etablieren, die sie ihrem Anspruch nach gerne gewesen wäre, aber die Wahlerfolge zeigten, daß die Partei unter freien Bedingungen in der Lage war, größere Wählerschichten anzusprechen. Schon aus diesem Grund wurde die CDU als Gefahr für die Machtposition der SED aufgefaßt und entsprechend bekämpft. Immer wieder wurde die Union von SED-Mitgliedern der unteren Ebenen als „Sammelbecken der Reaktionäre und Faschisten“<sup>12</sup> angegriffen. Auch wurde versucht, die beiden bürgerlichen Parteien CDU und LDP gegeneinander auszuspielen, um ein gemeinsames Vorgehen gegen die Politik der SED zu verhindern<sup>13</sup>.

Trotz aller Behinderungen durch die SED-Angriffe und der Militärverwaltung gelang der Union in den Jahren 1946/47 die Stabilisierung des innerparteilichen Aufbaus. Es bildete sich der Hauptvorstand als wichtigstes Entscheidungsgremium, das durch einen Erweiterten Vorstand, der sich aus Mitgliedern der Landesverbände zusammensetzte, ergänzt wurde. Auch die Mitgliederzahlen stiegen kontinuierlich, so daß man innerhalb der Partei von einer positiven Entwicklung und Bedeutung ausgehen konnte.

In diesen beiden Jahren fanden die ersten zwei Parteitage statt, auf denen Jakob Kaiser als Partei-

führer gewählt und bestätigt wurde. Mit ihm stand damit ein Mann an der Spitze, der zunächst besser als sein Vorgänger Hermes mit der SMAD zurechtkam und manche Erleichterung für die CDU erreichen konnte<sup>14</sup>.

Kaiser war es auch, der als Vorsitzender die ideologische Ausrichtung seiner Partei in dieser Zeit prägte. Auf dem Parteitag vom Juni 1946 konnte er erstmals einem größeren Kreis sein politisches Konzept des „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ vorstellen. Ihm und seinen Mitstreitern, die sich durchaus als Sozialisten empfanden, ging es darum, eine Verfassung in Deutschland zu schaffen, die den Menschen in den Mittelpunkt vor allem der Wirtschaftspolitik stellen sollte. Man wollte die Kluft zwischen atheistischem, klassenkämpferischem Marxismus und dem ausufernden Kapitalismus überwinden, indem man wichtige Schlüsselindustrien verstaatlichte, ohne dabei die Privatinitiative zu zerstören. Auch die von der SED angestrebte Diktatur des Proletariats lehnte Kaiser als menschenverachtend ab<sup>15</sup>. Kaiser und die Mitglieder des Hauptvorstandes konnten dabei auf eine große Unterstützung von seiten der Parteimitglieder bauen, die das angestrebte Programm weithin befürworteten.

---

## Die Absetzung Kaisers und der beginnende Gleichschaltungsprozeß

---

Trotz der recht vielversprechenden Anfänge und der besseren Kontakte zur SMAD konnte sich auch Jakob Kaiser nicht lange als Parteivorsitzender halten und wurde, wie seine Vorgänger Hermes und Schreiber, zusammen mit seinem Stellvertreter Ernst Lemmer von den Sowjets zum Rücktritt gezwungen. Ausgangspunkt für die Entmachtung war Kaisers Ablehnung der Teilnahme an dem von der SED einberufenen „1. Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden“ in Berlin. Dieser Kongreß war als Gremium zur Schaffung einer gesamtdeutschen Repräsentation gedacht, hatte aber das entscheidende Manko, daß führende westdeutsche Politiker wie Konrad Adenauer oder Kurt Schumacher die Teilnahme ablehnten, weil sie nicht mit der SED-Führung zusammenarbeiten wollten, obwohl sie generell

9 Vgl. Manfred Agethen, Die CDU in der SBZ/DDR 1945–1953, in: Jürgen Frölich (Hrsg.), Bürgerliche Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945–1953, Köln 1994, S. 51 f.

10 Vgl. Protokoll über die Vorstandssitzung am 17. 9. 1946 (ACDP VII-010-1326). Hier berichtet Hugo Hickmann über Unregelmäßigkeiten bei den Gemeindewahlen.

11 Vgl. Manfred Agethen, Der Widerstand der demokratischen Kräfte in der CDU gegen den Gleichschaltungsdruck von sowjetischer Besatzungsmacht und SED 1945–1952, in: Alexander Fischer/Manfred Agethen, Die CDU in der sowjetisch besetzten Zone/DDR 1945–1952, Sankt Augustin 1994, S. 24 f.

12 „Tagesordnung für die Vorstandssitzung am 14. 5. 1946“ (ACDP III-031-001/1, Landesverband Sachsen-Anhalt).

13 Vgl. ebd.

14 Vgl. F. Dietze (Anm. 5), S. 52 f.

15 Vgl. M. Agethen (Anm. 11), S. 25 f.

die Schaffung einer solchen Repräsentation befürworteten<sup>16</sup>.

Kaiser, von dem eigentlich die Idee zur Schaffung einer „Nationalen Repräsentation“ ausgegangen war, geriet dabei in eine schwierige Entscheidungssituation, denn einerseits befürwortete er die Zusammenkunft, andererseits sah er, daß der Kongreß der demokratischen Legitimation entbehrte<sup>17</sup>. Vor allem aber bestand die Gefahr, daß der Kongreß mehr zur Spaltung als zur Einigung Deutschlands beitragen würde, weil in ihm nur die ostdeutschen Parteien und die KPD vertreten sein würden.

Kaiser blieb nichts anderes übrig, als durch den Hauptvorstand beschließen zu lassen, daß CDU-Mitglieder, die z. T. schon gewählt waren, nur als Privatpersonen, nicht aber als Vertreter der Union teilnehmen durften. Trotz dieser Anweisung nahmen knapp 200 CDU-Mitglieder an dem Kongreß teil, der Anfang Dezember 1947 in Berlin abgehalten wurde<sup>18</sup>. Die Sowjets reagierten auf Kaisers Ablehnung wie in dem Konflikt um die Bodenreform und entzogen Kaiser und Lemmer das Vertrauen, so daß diese am 19. Dezember 1947 zurücktreten mußten. Als neues Leitungsgremium setzten die Sowjets einen Koordinierungsausschuß ein, weil sie keinen neuen Parteitag einberufen lassen wollten, durch den Kaiser vermutlich erneut bestätigt worden wäre<sup>19</sup>.

An die Spitze traten nun Männer wie Otto Nuschke, Hugo Hickmann, Georg Dertinger u. a., die zwar keine demokratische Legitimation besaßen, die aber – und das war entscheidender – ein besseres Verhältnis zur SMAD pflegten und deren Anweisungen bereitwilliger ausführten, als es Kaiser getan hatte<sup>20</sup>.

---

## Die Partei unter Otto Nuschke

---

Der 3. CDU-Parteitag wählte im September 1948 Otto Nuschke zum neuen Vorsitzenden. Damit

16 Vgl. Siegfried Suckut, Christlich-Demokratische Union Deutschlands CDU(D), in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1990, S. 524 f.

17 Vgl. Michael Richter, Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung, Düsseldorf 1991<sup>2</sup>, S. 32.

18 Vgl. M. Agethen (Anm. 11), S. 27 f.

19 Vgl. M. Richter (Anm. 17), S. 42 f.

20 Vgl. ebd., S. 43 f.

kam ein Mann an die Spitze, der der Politik von SED und SMAD grundsätzlich positiver gegenüberstand. Zwar lehnte auch er den dogmatischen Marxismus als Staatsform ab, war aber dennoch willens, dem von den Sowjets vorgegebenen Kurs zu folgen, weil er noch immer hoffte, daß es zu freien Wahlen kommen würde. Unter dieser Bedingung war Nuschke auch bereit, der Staatsgründung der DDR im Oktober 1949 zuzustimmen, weil man versprochen hatte, im nächsten Jahr freie Wahlen ohne Einheitslisten durchzuführen. Diese hätten der CDU wahrscheinlich einen hohen Wahlsieg gebracht<sup>21</sup>.

Allerdings hatte Nuschke bei der Zustimmung zur Staatsgründung keineswegs die Unterstützung der Mitgliedschaft, die noch immer auf eine Wiedervereinigung unter westlichem Vorzeichen hoffte. Vor allem von seiten der unteren Funktionärserebenen wurde gegen die Staatsgründung protestiert, jedoch wurden diese Proteste von der Parteiführung abgefangen, damit die Union nicht noch mehr Mißstimmung bei den Sowjets verursachte<sup>22</sup>. Insbesondere die Verschiebung der Wahlen und die unrechtmäßige Verlängerung der Legislaturperioden der Landtage riefen die Proteste der Mitglieder hervor. Die Folge dieses Widerstands waren massive Einschüchterungen und Gewalttaten gegen CDU-Politiker, die sich nicht der SED-Herrschaft unterwerfen wollten.

---

## Widerstand und Gleichschaltung in den Jahren 1950–1952

---

Die massiven Repressionsmaßnahmen der Sowjets begannen nach der DDR-Gründung. Auch wenn es schon 1948/49 zahlreiche Verhaftungen, besonders unter den Mitgliedern der Jungen Union, gegeben hatte, ging man nun verstärkt gegen die widerstrebenden Kräfte in der CDU vor<sup>23</sup>. Gegner in den Augen der Sowjets und der SED war, wer nicht bedingungslos den eingeschlagenen Weg der Kommunisten befürwortete. Vor allem mittels Personalpolitik griff die SED – in Verbindung mit der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) – in die Führungsgremien der CDU ein und schleuste

21 Vgl. M. Agethen (Anm. 9), S. 56 f.

22 Vgl. M. Richter (Anm. 17), S. 190.

23 Vgl. Michael Richter, Vom Widerstand der christlichen Demokraten in der DDR, in: Brigitte Kaff (Hrsg.), „Gefährliche politische Gegner“. Widerstand und Verfolgung in der sowjetischen Zone/DDR, Düsseldorf 1995, S. 108 ff.

immer wieder prokommunistische Funktionäre sowohl in die Landesverbände als auch in den Vorstand der Gesamtpartei ein.

Wenn sich jedoch der Angegriffene zur Wehr setzte, schreckte man auch nicht vor Gewalttaten zurück oder ließ Personen unter fadenscheinigen Argumenten festnehmen<sup>24</sup>. Was folgte, waren dann zumeist die in den kommunistischen Diktaturen dieser Zeit häufig zu beobachtenden Schauprozesse gegen politische Gegner. An mehreren Orten der DDR kam es 1950 zu solchen Schauprozessen gegen CDU-Mitglieder und andere Bürger, die zumeist mit einem Todesurteil oder hohen Haftstrafen endeten<sup>25</sup>. Zwar versuchte der Parteivorsitzende Otto Nuschke in dem spektakulären „Waldheim-Prozeß“ seine Hand schützend über die CDU-Mitglieder zu legen, was aber zumeist erfolglos blieb. Dies ging sogar so weit, daß der Staatssekretär im Justizministerium, Helmut Brandt, der Nuschke über den Prozeß und die Methoden informiert hatte, nach Nuschkes Protest auf Veranlassung Walter Ulbrichts verhaftet und zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde<sup>26</sup>. Erst 1965 wurde er, von den Haftbedingungen schwer gezeichnet, entlassen.

Angesichts der Erfolglosigkeit von Nuschkes Eingreifen und seiner im Mai 1950 gegebenen Zustimmung zur Volkskammerwahl mit Einheitslisten – gegen die er sich noch Monate zuvor öffentlich ausgesprochen hatte – schwanden auch das Ansehen und der Einfluß des Vorsitzenden innerhalb der Partei. Zum führenden Mann wurde nunmehr Gerald Götting, seit 1949 Generalsekretär der CDU, dem es immer wieder gelang, die Mitgliedschaft für seine Ziele zu mobilisieren.

Durch die Einheitslistenwahlen vom 15. Oktober 1950 verlor die Union fast völlig ihren politischen Einfluß auf die Staatsführung, da die Volkskammer von kommunistischen Abgeordneten, die als Mitglieder der SED und der von ihr dominierten „Massenorganisationen“ ins Parlament gekommen waren, beherrscht wurde<sup>27</sup>. Zwar hatte die CDU noch wichtige Funktionen innerhalb der Regierung – wie z. B. das Außenministerium unter Georg Dertinger – inne, dennoch blieb ihr Einfluß sehr begrenzt. Von einer gemeinsamen Blockpolitik mit einvernehmlichen Regelungen war zu diesem Zeitpunkt nichts mehr übriggeblieben.

24 Vgl. M. Richter (Anm. 17), S. 222–241.

25 Vgl. ders. (Anm. 23), S. 112–119.

26 Vgl. ders. (Anm. 17), S. 248 f.

27 Vgl. M. Agethen (Anm. 9), S. 59.

---

## Vom „Christlichen Sozialismus“ zum „Christlichen Realismus“

---

Angesichts der zunehmenden Bedeutungslosigkeit der Partei im Staatsgefüge der DDR versuchte die CDU ab 1950/51 ihre Rolle neu zu definieren. Es galt dabei, sich vom Kaiserschen „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ zu entfernen, da dieser nunmehr verboten war. Das Ergebnis der Überlegungen war der „Christliche Realismus“, der sich im Oktober 1951 in den 22 „Meißener Thesen“<sup>28</sup> manifestierte, die fortan als offizielle Parteiideologie fungierten.

Es handelte sich dabei um eine „äußerst diffus und schillernd formulierte“ (Richter) Sammlung von philosophischen Erkenntnissen, kirchen- und profangeschichtlichen Fakten, die mit politischen Aussagen verknüpft und ohne erkennbaren Zusammenhang aneinandergereiht waren<sup>29</sup>. Allerdings waren diese Thesen keine Handlungsanweisung für ein neues, selbstbewußtes Auftreten der Ost-CDU innerhalb der sozialistischen Gesellschaft, sondern sie waren vielmehr die parteioffizielle Begründung für die zunehmende Anerkennung der führenden Rolle der SED. Begründet wurde dies mit dem Versagen der christlichen Sozialreformer und der wenig fortschrittlichen Einstellung des traditionellen Christentums. Dagegen habe der Marxismus-Leninismus den einzig gangbaren Weg für eine positive Entwicklung der Gesellschaft aufgezeigt<sup>30</sup>.

Diese Anpassung an die Ideologie der SED ging so weit, daß spätestens am Ende der fünfziger Jahre von einer eigenständigen Parteiideologie kaum mehr die Rede sein konnte. Sie unterschied sich allenfalls darin, daß statt einer marxistischen eine pseudochristliche Begründung für die Politik des Staates und der CDU geliefert wurde, was allerdings bedeutete, daß man keine selbständige Politik mehr anstrebte, sondern stets bemüht war, der SED nicht ihre führende Rolle auch nur annähernd streitig zu machen<sup>31</sup>.

28 Abdruck u. a. in: Dokumente der CDU, Zusammenge stellt durch ein Kollektiv von Mitarbeitern der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union, Berlin (Ost) 1956, S. 140–149.

29 Vgl. M. Richter (Anm. 17), S. 320.

30 Martin Reißmann, Zur Rolle der Ost-CDU im politischen System der DDR, in: Historisch-Politische Mitteilungen, 1 (1994), S. 73 ff. Zur ideologischen Entwicklung vgl. auch ders., Kaderschulung in der Ost-CDU 1949–1971. Zur geistigen Formierung einer Blockpartei, Düsseldorf 1995.

31 Vgl. ebd., S. 75 f.

## Die Aufgabe der Eigenständigkeit: die CDU auf dem Weg zum 6. Parteitag 1952

Trotz des teilweise massiven Drucks – meist in Verbindung mit körperlicher oder psychischer Gewalt – auf Mitglieder und Parteiführung erlangte die SED erst 1952 die vollständige formale Unterwerfung der CDU unter die Kommunisten. Dies war vor allem innerhalb der CDU das Werk des der SED willfährigen Generalsekretärs Gerald Götting und seiner prokommunistischen Kollegen in der Parteileitung. Für diese Gruppe war es im Sommer 1952 ohne größere Schwierigkeiten – zumeist gegen den überwiegenden Willen der anderen Mitglieder – möglich, die von der SED gewünschte Anerkennung der Führungsrolle nun auch offiziell zu verlautbaren.

Noch vor der II. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 begann Götting bereits im Juni seine Parteifreunde im Vorstand der Union auf die kommenden Veränderungen innerhalb des Staatsaufbaus der DDR aufmerksam zu machen und sie auf die sich daraus ergebenden Folgen für die CDU hinzuweisen. Noch bevor überhaupt die SED die endgültige Erlaubnis Moskaus für die geplante vollständige Sozialisierung eingeholt hatte, begann Götting seine Kollegen darauf vorzubereiten, daß es nun an der Zeit sei, „auch innerhalb unserer Partei (der CDU) die führende Rolle der SED richtig einzuschätzen“<sup>32</sup>. Dies bedeutete für ihn, die CDU solle sich jetzt endlich dazu äußern, daß sie die führende Rolle der SED nunmehr endgültig anerkenne und auch nicht mehr in Frage stelle. Eine solche Äußerung sollte laut Protokoll auf dem für Oktober geplanten 6. Parteitag erfolgen. Diese Unterordnung der CDU wie der LDPD war um so notwendiger, als die von der SED angestrebte Umstellung der Wirtschaft durch die Kollektivierung der Landwirtschaft vor allem bei den bürgerlichen Parteianhängern große Widerstände hervorrufen würde<sup>33</sup>.

Götting vermutete zu Recht, daß die DDR auf dem Weg war, in eine „neue Etappe“<sup>34</sup> einzutre-

ten. Er schien zu diesem Zeitpunkt schon sehr genau zu wissen, welche Veränderungen die Zukunft bringen würde. Dies legt die Vermutung nahe, daß Götting zumindest teilweise von seiten der SED darüber informiert war, daß die Kollektivierung unmittelbar bevorstand. Diese Vermutung wird dadurch bestärkt, daß Götting nach Aussagen eines ehemaligen Mitarbeiters der Parteileitung als ein Mann galt, der „auf Winke des ZK (der SED) sofort“<sup>35</sup> reagiere. Im übrigen griffen SED-Führungsmitglieder immer wieder in die Politik der Blockpartner ein, um sie in ihrem Sinne zu beeinflussen. Von daher läßt sich gut annehmen, daß auch hier Götting einen „Wink“ erhielt, um die CDU rechtzeitig umzustellen. Deshalb darf es auch nicht verwundern, daß es von seiten der Parteiführung bzw. des Hauptvorstandes keinerlei Proteste gegen diese neue Politik gab und somit am 22. Juli 1952 die offizielle Anerkennung des Führungsanspruchs der SED erfolgte, ohne jedoch jemals die Meinung der Mitgliederbasis dazu eingeholt zu haben<sup>36</sup>.

Die nun bereits getroffene Entscheidung sollte im Oktober auf dem 6. Parteitag abgesegnet werden. Mit einem Parteitag im westlichen Sinne hatte diese Veranstaltung allerdings nicht mehr viel gemeinsam. Es kam vor allem darauf an, durch sorgfältige Auswahl der Delegierten kritische Stimmen zu verhindern. Nicht Auseinandersetzung und Diskussion, sondern gekonnte Inszenierung und großartige Zustimmung zu den Beschlüssen waren gefragt. Mit geradezu grotesken Methoden wurde der Parteitag geplant und durchgeführt. Minutiös genau legten Götting und seine Mitarbeiter fest, wer zu welcher Uhrzeit was zu sagen hatte. Alle Beiträge mußten vorher zur Kontrolle eingereicht, bestätigt und schließlich der Sowjetischen Kontrollkommission zur letzten Annahme vorgelegt werden<sup>37</sup>.

Trotzdem gelang es nicht, alle kritischen Stimmen gänzlich auszuschalten, so daß es außerhalb des offiziellen Rahmens wiederholt zu negativen Äußerungen über die Politik der Parteiführung, aber auch der DDR insgesamt kam. Aus diesem „gegebenen Anlaß“<sup>38</sup> wollte der Generalsekretär

<sup>32</sup> Protokoll der Erweiterten Sekretariatssitzung vom 6. 6. 1952 (ACDP VII-011-1329).

<sup>33</sup> Zur angestrebten Umwandlung der Wirtschaft vgl. u. a. Elke Scherstjanoi, Die DDR im Frühjahr 1952. Sozialismuslosung und Kollektivierungsbeschuß in sowjetischer Perspektive, in: Deutschland Archiv, 27 (1994) 4, S. 354–363; Hermann Weber, Die DDR 1945–1990, München 1993<sup>2</sup>, S. 34 f.

<sup>34</sup> Protokoll der Sitzung des Hauptvorstandes vom 24. 6. 1952 (ACDP VII-010-2050).

<sup>35</sup> Ost-CDU, S. 41 (ACDP 111-013-023/1, Bestand Exil-CDU). Vgl. auch Siegfried Suckut, Die DDR-Blockparteien im Lichte neuer Quellen, in: Jürgen Weber (Hrsg.), Der SED-Staat: Neues über eine vergangene Diktatur, München 1994, S. 103.

<sup>36</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Hauptvorstandes vom 22. 7. 1952 (ACDP VII-010-2051).

<sup>37</sup> Vgl. den Zeitplan für den Parteitag in: ACDP VII-01-1011. Vgl. auch Ost-CDU (Anm. 35), S. 34.

<sup>38</sup> Protokoll der Sitzung des Sekretariats des Hauptvorstandes vom 24. 10. 1952 (ACDP VII-011-1834).

nach dem Parteitag in Verbindung mit der Staatsicherheit innerhalb der Partei aufräumen und für Ordnung sorgen. Die Folge war eine bis ins nächste Frühjahr gehende Kampagne zur Herstellung der „innerparteilichen Wachsamkeit“. Dies bedeutete, daß alle Mitglieder ausfindig gemacht werden sollten, die nicht mit der bisher verfolgten Politik einverstanden waren. Von daher darf es nicht verwundern, daß die Ost-CDU von September 1952 bis Dezember 1953 ca. 25 000 Mitglieder verlor, die entweder ausgetreten waren oder ausgeschlossen wurden. Die monatlichen Verluste überwogen dabei die Neuzugänge um ein Vielfaches<sup>39</sup>.

## Der Weg in die Krise des Jahres 1953

Angesichts der trotz der erreichten Unterwerfung der CDU unter die SED noch bestehenden Widerstände innerhalb der Mitgliederschaft gegen diese Unterordnung sah sich die SED gezwungen, noch schärfer gegen solche oppositionellen Strömungen innerhalb der Blockparteien vorzugehen. Hatte Götting bereits frühzeitig das „Aufräumen“ in seiner Partei angekündigt, so setzte diese neue Unterdrückung besonders im Winter 1952/53 ein.

Ab Mitte Dezember kam es in kurzer Folge zu drei neuen Schauprozessen gegen Mitglieder der Ost-CDU, denen man vor allem vorwarf, Spionage für das „Ost-Büro“ der westdeutschen CDU betrieben zu haben. Zwar hatten die Angeklagten des ersten Erfurter Prozesses Kontakte zum Ost-Büro, die sie auch in ihren Geständnissen zugegeben hatten, aber diese Kontakte wurden extrem überbewertet, um das Ost-Büro als „Spionageorganisation“ des Westens zu entlarven<sup>40</sup>. Insbesondere sollte mit dieser Anklage aber auch der notwendige Druck auf andere CDU-Mitglieder ausgeübt werden, um ihnen klarzumachen, daß jeder Widerstand gegen das SED-Regime mit harten Strafen geahndet würde. Das Sekretariat der Parteileitung wies daher bereits am 22. Dezember 1952, zwei Tage nach dem Prozeß, der mit Zuchthausstrafen zwischen acht und 15 Jahren geendet hatte, jede Ortsgruppe an, mit ihren Mitgliedern die Anklageschrift genauestens durchzuarbeiten<sup>41</sup>. Der Sinn einer solcher Anweisung konnte nur in

einer massiven Einschüchterung der innerparteilichen Opposition liegen. Diese hatte zwar kaum Möglichkeiten, sich in der CDU – vor allem bis in die Führungsposition hinein – zu artikulieren, denn noch war sie nicht vollständig ausgeschaltet, wie es von Götting und anderen erwünscht war.

Der nächste Schlag gegen die Ost-CDU wurde indes von der SED selbst übernommen. Ohne Vorankündigung oder politische Anklage wurde am 13. Januar 1953 der DDR-Außenminister Georg Dertinger festgenommen, der den obersten Führungsgremien der CDU angehörte. Die Gründe für seine Verhaftung sind bis heute weitgehend im Dunkeln, dürften aber wohl darin gelegen haben, daß Dertinger nach Ansicht der SED zu gute Kontakte zu westlichen Politikern hatte, obwohl er intern als „fortschrittliches“ Mitglied galt. Im übrigen trat er eher für eine Neutralisierung Deutschlands als ein geteiltes innerhalb der Blöcke ein und hatte somit Walter Ulbricht und dessen strenge Anlehnung an Moskau gegen sich<sup>42</sup>.

Die Führung der CDU unter Götting beeilte sich kurz nach Dertingers Verhaftung möglichst schnell die „Lehren aus dem Fall Dertinger“<sup>43</sup> zu ziehen und alle „Dertinger-Nester“<sup>44</sup> ausfindig zu machen. Damit war gemeint, daß man alle diejenigen in der CDU suchen sollte, die den von Dertinger propagierten Ideen des christlichen Sozialismus noch immer anhängen. Die Folge einer solchen Politik war jedoch nur eine ungeheure Unruhe innerhalb der Union, wo man nun fürchtete, daß niemand mehr sicher sei, wenn sogar der Außenminister verhaftet würde<sup>45</sup>. Auch dies verstärkte nur den inneren Widerstand der Mitglieder, die trotz aller ausgesprochenen oder unausgesprochenen Drohungen ihren Unwillen über die Parteiführung äußerten<sup>46</sup>. Von der geforderten Geschlossenheit der Partei konnte zu diesem Zeitpunkt keine Rede mehr sein. Vielmehr schien die CDU in dieser Zeit Gefahr zu laufen, völlig zu zersplittern und zu einer Partei der Funktionäre ohne Anhänger zu werden. Noch verstärkt wurde diese Tendenz durch die zu dieser Zeit besonders kirchenfeindliche Haltung der SED, die auch von den Führungskreisen der CDU mitgetragen wurde.

42 Vgl. ebd., S. 364 ff.

43 So der Titel der Entschließung des Politischen Ausschusses der CDU zu den Vorgängen. Abgedruckt in: Dokumente der CDU (Anm. 28), S. 164–169.

44 Protokoll der Sitzung des Politischen Ausschusses vom 21. 1. 1953 (ACDP VII-010-1214).

45 Vgl. Jochen Franke, Der Fall Dertinger und seine parteiinternen Auswirkungen. Eine Dokumentation, in: Deutschland Archiv, 25 (1992) 3, S. 286–298.

46 Vgl. dazu die im Frühjahr 1953 eingeholten Stimmungsberichte über den „Fall Dertinger“ (ACDP VII-011-1201).

39 Allein 1953 verlor die CDU jeden Monat zwischen 0,6 und 2,1 Prozent ihrer Mitglieder. Die Statistiken in: ACDP VII-013-707/2181.

40 Vgl. Franz-Josef Kos, Der Erfurter Schauprozess und die beiden Nachfolgeprozesse 1952/1953, in: B. Kaff (Anm. 23), S. 126 ff.

41 Vgl. M. Richter (Anm. 17), S. 286.

---

## „Kirchenkampf“ um die Jungen Gemeinden

---

Das Frühjahr 1953 wurde jedoch nicht nur von den Verhaftungen und Verurteilungen von CDU-Mitgliedern geprägt, sondern war die Zeit, in der der Kampf des SED-Staates gegen die „Jungen Gemeinden“ der evangelischen Kirchen ihren Höhepunkt erreichte. Bereits seit 1950 war die kommunistisch beherrschte Freie Deutsche Jugend (FDJ) als einzige Jugendorganisation zugelassen. Die Jungen Gemeinden konnten dieses Verbot anderer Organisationen nur dadurch umgehen, daß sie sich nicht als selbständig betrachteten, sondern als Teil der Kirchengemeinden. Dies ermöglichte die Weiterarbeit, wenn auch unter erschwerten Bedingungen, denn schon früh hatte die FDJ den Gemeinden vorgeworfen, sie würden auch politische und nicht nur religiöse Themen behandeln. So mußte es fast zwangsläufig zum Konflikt kommen<sup>47</sup>.

Auch die Ost-CDU bot als vermeintlich christliche Partei den jungen Christen keine Hilfe oder Unterstützung, da auch sie die Mitglieder der Gemeinden als „Kinder von Großbauern und der bürgerlichen Intelligenz, vor allem der kapitalistischen Reste“<sup>48</sup> diffamierte. Götting selbst sprach von „reaktionären Kirchenführern“, die versuchen würden, die Jungen Gemeinden zu Widerstandszentren auszubauen, um so gegen die DDR zu kämpfen. Damit war deutlich gemacht, daß Götting und andere sich entschieden von den Kirchen abgewandt und den Vorgaben der SED stark angenähert hatten.

Immer wieder wurden im Frühjahr 1953 Gruppen von Jungen Gemeinden durch die Staatsmacht aufgelöst, Mitglieder verhaftet und wegen staatsfeindlicher Umtriebe verurteilt<sup>49</sup>. Zwar versuchte der Parteivorsitzende Nuschke im April noch einmal, schützend seine Hand über die Gemeinden zu legen, um so ihre völlige Vernichtung auch durch die eigene Partei zu verhindern, es kam jedoch in den folgenden Wochen immer wieder zu scharfen Angriffen der Presse auf die jungen Christen<sup>50</sup>.

Eine Lösung des Konflikts zwischen den Jungen Gemeinden und dem Staat kam erst Anfang Juni zustande, nachdem sich Kirchenführung und Ministerpräsident Grotewohl zu einem klärenden Gespräch getroffen hatten. Trotz dieser Lösung blieben die Spannungen weiterhin bestehen und konnten nur mühsam unter Kontrolle gehalten werden<sup>51</sup>. In den folgenden Jahren kam es daher noch vereinzelt zu internen Auseinandersetzungen über das Verhältnis der CDU zu den Jungen Gemeinden.

---

## Die Ost-CDU und der 17. Juni 1953

---

Der durch die Erhöhung der Arbeitsnormen ausgelöste Volksaufstand vom 17. Juni ging auch an der Ost-CDU nicht spurlos vorüber. Während sich große Volksmassen in einigen hundert Orten der DDR an dem Aufstand beteiligten, läßt sich für die CDU sagen, daß ihre Mitglieder sich zumeist ruhig verhielten und nur vereinzelt an den Aktionen teilnahmen. Es war eher eine „innere Nichtbeteiligung“<sup>52</sup> zu spüren, die aber weniger mit Staatsloyalität als mit Interesselosigkeit und mangelndem Widerstandswillen zu tun hatte.

Die CDU-Parteiführung wußte indes sehr genau, wie sie den Aufstand im nachhinein zu beurteilen hatte. Entsprechend der SED-Linie wurde der 17. Juni als „faschistische Provokation“ des Westens verurteilt, ohne sich dabei weitere Gedanken über die Ursachen des Unmuts in der Bevölkerung zu machen. Dies muß um so schwerer wiegen, als die in der Zeit nach dem Aufstand eingeholten Stimmungsberichte ein klares Bild der Ablehnung von Staat, SED und der CDU-Parteiführung zeichneten<sup>53</sup>.

Die von der CDU in den Wochen nach dem Aufstand eingebrachten Vorschläge zur Erneuerung der Blockpolitik in gleichberechtigtem Sinne und Anregungen für die Wirtschaftspolitik blieben ohne Auswirkungen oder mußten sogar auf Druck der SED zurückgenommen werden<sup>54</sup>. Auch dieses

51 Vgl. H. Wentker (Anm. 47), S. 122–124.

52 Leo Haupts, „Die CDU ist die Partei, in der am stärksten der Feind arbeitet“. Die Ost-CDU im Krisenjahr 1953, in: Ilko-Sascha Kowalczyk/Armin Mitter/Stefan Wolle (Hrsg.), Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54, Berlin 1995, S. 293.

53 Vgl. Udo Wengst, Der Aufstand am 17. Juni 1953. Aus den Stimmungsberichten der Kreis- und Bezirksverbände der Ost-CDU im Juni und Juli 1953, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 41 (1993), S. 277–321.

54 Vgl. L. Haupts (Anm. 52), S. 300–310.

47 Vgl. Hermann Wentker, „Kirchenkampf“ in der DDR. Der Konflikt um die Junge Gemeinde 1950–1953, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 42 (1994), S. 97 f.

48 Vermerk „Einige Bemerkungen zu den Fragen der Jungen Gemeinde“ (ACDP VII-013-3041).

49 Vgl. H. Wentker (Anm. 47), S. 114 ff.

50 Vgl. ders., Von der Kooperation zum Konflikt: Das Verhältnis der Ost-CDU zur Jungen Gemeinde 1950–1953, in: M. Richter/M. Reißmann (Anm. 5), S. 105 f.

nach dem Parteitag in Verbindung mit der Staatsicherheit innerhalb der Partei aufräumen und für Ordnung sorgen. Die Folge war eine bis ins nächste Frühjahr gehende Kampagne zur Herstellung der „innerparteilichen Wachsamkeit“. Dies bedeutete, daß alle Mitglieder ausfindig gemacht werden sollten, die nicht mit der bisher verfolgten Politik einverstanden waren. Von daher darf es nicht verwundern, daß die Ost-CDU von September 1952 bis Dezember 1953 ca. 25 000 Mitglieder verlor, die entweder ausgetreten waren oder ausgeschlossen wurden. Die monatlichen Verluste überwogen dabei die Neuzugänge um ein Vielfaches<sup>39</sup>.

## Der Weg in die Krise des Jahres 1953

Angesichts der trotz der erreichten Unterwerfung der CDU unter die SED noch bestehenden Widerstände innerhalb der Mitgliederschaft gegen diese Unterordnung sah sich die SED gezwungen, noch schärfer gegen solche oppositionellen Strömungen innerhalb der Blockparteien vorzugehen. Hatte Götting bereits frühzeitig das „Aufräumen“ in seiner Partei angekündigt, so setzte diese neue Unterdrückung besonders im Winter 1952/53 ein.

Ab Mitte Dezember kam es in kurzer Folge zu drei neuen Schauprozessen gegen Mitglieder der Ost-CDU, denen man vor allem vorwarf, Spionage für das „Ost-Büro“ der westdeutschen CDU betrieben zu haben. Zwar hatten die Angeklagten des ersten Erfurter Prozesses Kontakte zum Ost-Büro, die sie auch in ihren Geständnissen zugegeben hatten, aber diese Kontakte wurden extrem überbewertet, um das Ost-Büro als „Spionageorganisation“ des Westens zu entlarven<sup>40</sup>. Insbesondere sollte mit dieser Anklage aber auch der notwendige Druck auf andere CDU-Mitglieder ausgeübt werden, um ihnen klarzumachen, daß jeder Widerstand gegen das SED-Regime mit harten Strafen geahndet würde. Das Sekretariat der Parteileitung wies daher bereits am 22. Dezember 1952, zwei Tage nach dem Prozeß, der mit Zuchthausstrafen zwischen acht und 15 Jahren geendet hatte, jede Ortsgruppe an, mit ihren Mitgliedern die Anklageschrift genauestens durchzuarbeiten<sup>41</sup>. Der Sinn einer solcher Anweisung konnte nur in

einer massiven Einschüchterung der innerparteilichen Opposition liegen. Diese hatte zwar kaum Möglichkeiten, sich in der CDU – vor allem bis in die Führungsposition hinein – zu artikulieren, dennoch war sie nicht vollständig ausgeschaltet, wie es von Götting und anderen erwünscht war.

Der nächste Schlag gegen die Ost-CDU wurde indes von der SED selbst übernommen. Ohne Vorankündigung oder politische Anklage wurde am 13. Januar 1953 der DDR-Außenminister Georg Dertinger festgenommen, der den obersten Führungsgremien der CDU angehörte. Die Gründe für seine Verhaftung sind bis heute weitgehend im dunkeln, dürften aber wohl darin gelegen haben, daß Dertinger nach Ansicht der SED zu gute Kontakte zu westlichen Politikern hatte, obwohl er intern als „fortschrittliches“ Mitglied galt. Im übrigen trat er eher für eine Neutralisierung Deutschlands als ein geteiltes innerhalb der Blöcke ein und hatte somit Walter Ulbricht und dessen strenge Anlehnung an Moskau gegen sich<sup>42</sup>.

Die Führung der CDU unter Götting beeilte sich, kurz nach Dertingers Verhaftung möglichst schnell die „Lehren aus dem Fall Dertinger“<sup>43</sup> zu ziehen und alle „Dertinger-Nester“<sup>44</sup> ausfindig zu machen. Damit war gemeint, daß man alle diejenigen in der CDU suchen sollte, die den von Dertinger propagierten Ideen des christlichen Sozialismus noch immer anhängen. Die Folge einer solchen Politik war jedoch nur eine ungeheure Unruhe innerhalb der Union, wo man nun fürchtete, daß niemand mehr sicher sei, wenn sogar der Außenminister verhaftet würde<sup>45</sup>. Auch dies verstärkte nur den inneren Widerstand der Mitglieder, die trotz aller ausgesprochenen oder unausgesprochenen Drohungen ihren Unwillen über die Parteiführung äußerten<sup>46</sup>. Von der geforderten Geschlossenheit der Partei konnte zu diesem Zeitpunkt keine Rede mehr sein. Vielmehr schien die CDU in dieser Zeit Gefahr zu laufen, völlig zu zersplittern und zu einer Partei der Funktionäre ohne Anhänger zu werden. Noch verstärkt wurde diese Tendenz durch die zu dieser Zeit besonders kirchenfeindliche Haltung der SED, die auch von den Führungskreisen der CDU mitgetragen wurde.

42 Vgl. ebd., S. 364 ff.

43 So der Titel der Entschließung des Politischen Ausschusses der CDU zu den Vorgängen. Abgedruckt in: Dokumente der CDU (Anm. 28), S. 164–169.

44 Protokoll der Sitzung des Politischen Ausschusses vom 21. 1. 1953 (ACDP VII-010-1214).

45 Vgl. Jochen Franke, Der Fall Dertinger und seine parteiinternen Auswirkungen. Eine Dokumentation, in: Deutschland Archiv, 25 (1992) 3, S. 286–298.

46 Vgl. dazu die im Frühjahr 1953 eingeholten Stimmungsberichte über den „Fall Dertinger“ (ACDP VII-011-1201).

39 Allein 1953 verlor die CDU jeden Monat zwischen 0,6 und 2,1 Prozent ihrer Mitglieder. Die Statistiken in: ACDP VII-013-707/2181.

40 Vgl. Franz-Josef Kos, Der Erfurter Schauprozess und die beiden Nachfolgeprozesse 1952/1953, in: B. Kaff (Anm. 23), S. 126 ff.

41 Vgl. M. Richter (Anm. 17), S. 286.

## „Kirchenkampf“ um die Jungen Gemeinden

Das Frühjahr 1953 wurde jedoch nicht nur von den Verhaftungen und Verurteilungen von CDU-Mitgliedern geprägt, sondern war die Zeit, in der der Kampf des SED-Staates gegen die „Jungen Gemeinden“ der evangelischen Kirchen ihren Höhepunkt erreichte. Bereits seit 1950 war die kommunistisch beherrschte Freie Deutsche Jugend (FDJ) als einzige Jugendorganisation zugelassen. Die Jungen Gemeinden konnten dieses Verbot anderer Organisationen nur dadurch umgehen, daß sie sich nicht als selbständig betrachteten, sondern als Teil der Kirchengemeinden. Dies ermöglichte die Weiterarbeit, wenn auch unter erschwerten Bedingungen, denn schon früh hatte die FDJ den Gemeinden vorgeworfen, sie würden auch politische und nicht nur religiöse Themen behandeln. So mußte es fast zwangsläufig zum Konflikt kommen<sup>47</sup>.

Auch die Ost-CDU bot als vermeintlich christliche Partei den jungen Christen keine Hilfe oder Unterstützung, da auch sie die Mitglieder der Gemeinden als „Kinder von Großbauern und der bürgerlichen Intelligenz, vor allem der kapitalistischen Reste“<sup>48</sup> diffamierte. Götting selbst sprach von „reaktionären Kirchenführern“, die versuchen würden, die Jungen Gemeinden zu Widerstandszentren auszubauen, um so gegen die DDR zu kämpfen. Damit war deutlich gemacht, daß Götting und andere sich entschieden von den Kirchen abgewandt und den Vorgaben der SED stark angenähert hatten.

Immer wieder wurden im Frühjahr 1953 Gruppen von Jungen Gemeinden durch die Staatsmacht aufgelöst, Mitglieder verhaftet und wegen staatsfeindlicher Umtriebe verurteilt<sup>49</sup>. Zwar versuchte der Parteivorsitzende Nuschke im April noch einmal, schützend seine Hand über die Gemeinden zu legen, um so ihre völlige Vernichtung auch durch die eigene Partei zu verhindern, es kam jedoch in den folgenden Wochen immer wieder zu scharfen Angriffen der Presse auf die jungen Christen<sup>50</sup>.

Eine Lösung des Konflikts zwischen den Jungen Gemeinden und dem Staat kam erst Anfang Juni zustande, nachdem sich Kirchenführung und Ministerpräsident Grotewohl zu einem klärenden Gespräch getroffen hatten. Trotz dieser Lösung blieben die Spannungen weiterhin bestehen und konnten nur mühsam unter Kontrolle gehalten werden<sup>51</sup>. In den folgenden Jahren kam es daher noch vereinzelt zu internen Auseinandersetzungen über das Verhältnis der CDU zu den Jungen Gemeinden.

## Die Ost-CDU und der 17. Juni 1953

Der durch die Erhöhung der Arbeitsnormen ausgelöste Volksaufstand vom 17. Juni ging auch an der Ost-CDU nicht spurlos vorüber. Während sich große Volksmassen in einigen hundert Orten der DDR an dem Aufstand beteiligten, läßt sich für die CDU sagen, daß ihre Mitglieder sich zumeist ruhig verhielten und nur vereinzelt an den Aktionen teilnahmen. Es war eher eine „innere Nichtbeteiligung“<sup>52</sup> zu spüren, die aber weniger mit Staatsloyalität als mit Interesselosigkeit und mangelndem Widerstandswillen zu tun hatte.

Die CDU-Parteiführung wußte indes sehr genau, wie sie den Aufstand im nachhinein zu beurteilen hatte. Entsprechend der SED-Linie wurde der 17. Juni als „faschistische Provokation“ des Westens verurteilt, ohne sich dabei weitere Gedanken über die Ursachen des Unmuts in der Bevölkerung zu machen. Dies muß um so schwerer wiegen, als die in der Zeit nach dem Aufstand eingeholten Stimmungsberichte ein klares Bild der Ablehnung von Staat, SED und der CDU-Parteiführung zeigten<sup>53</sup>.

Die von der CDU in den Wochen nach dem Aufstand eingebrachten Vorschläge zur Erneuerung der Blockpolitik in gleichberechtigtem Sinne und Anregungen für die Wirtschaftspolitik blieben ohne Auswirkungen oder mußten sogar auf Druck der SED zurückgenommen werden<sup>54</sup>. Auch dieses

51 Vgl. H. Wentker (Anm. 47), S. 122–124.

52 Leo Haupts, „Die CDU ist die Partei, in der am stärksten der Feind arbeitet“. Die Ost-CDU im Krisenjahr 1953, in: Ilko-Sascha Kowalczyk/Armin Mitter/Stefan Wolle (Hrsg.), Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54, Berlin 1995, S. 293.

53 Vgl. Udo Wengst, Der Aufstand am 17. Juni 1953. Aus den Stimmungsberichten der Kreis- und Bezirksverbände der Ost-CDU im Juni und Juli 1953, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 41 (1993), S. 277–321.

54 Vgl. L. Haupts (Anm. 52), S. 300–310.

47 Vgl. Hermann Wentker, „Kirchenkampf“ in der DDR. Der Konflikt um die Junge Gemeinde 1950–1953, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 42 (1994), S. 97 f.

48 Vermerk „Einige Bemerkungen zu den Fragen der Jungen Gemeinde“ (ACDP VII-013-3041).

49 Vgl. H. Wentker (Anm. 47), S. 114 ff.

50 Vgl. ders., Von der Kooperation zum Konflikt: Das Verhältnis der Ost-CDU zur Jungen Gemeinde 1950–1953, in: M. Richter/M. Reißmann (Anm. 5), S. 105 f.

Verhalten trug nicht gerade zur Stabilisierung oder Förderung des Ansehens der Ost-CDU bei.

---

## Partei ohne politische Bedeutung: die CDU bis zur Wende 1989

---

Nachdem der Aufstand nur allzu deutlich gemacht hatte, wer die Macht im Staat besaß, konnte es für die Mitglieder der Blockparteien in den folgenden Jahrzehnten nur darum gehen, sich innerhalb der DDR einzurichten. Dieser Zustand trat besonders nach dem Mauerbau 1961 ein, als klar wurde, daß ein „Entkommen“ aus der DDR kaum mehr möglich war. Die Mitgliedschaft in der CDU, aber auch in den anderen Blockparteien, wurde nun zumeist von Karriereinteresse bestimmt, da das Parteibuch als „Ausweis staatsloyaler Gesinnung“<sup>55</sup> galt. Trotz der Gleichschaltungspolitik von SED und CDU-Parteiführung war es jedoch nicht gelungen, alle Widerstände und oppositionellen Strömungen in der Union auszuschalten. Vor allem an den neuralgischen Punkten der Geschichte der DDR bzw. des Ostblocks kamen immer wieder Meinungen zum Vorschein, die darauf hinwiesen, daß nicht alle Mitglieder bedingungslos der Führung folgen wollten<sup>56</sup>. So äußerten sich z. B. Mitglieder der CDU zu dem Aufstand in Ungarn 1956 und erklärten intern, daß sie nicht entsprechend der offiziellen Propagandalinie an einen „imperialistischen Putsch“ des Westens glaubten, sondern durchaus den Freiheitskampf der Ungarn unterstützten<sup>57</sup>.

Aber auch der Mauerbau 1961 wurde nicht allgemein begrüßt, sondern rief vielfach Unverständnis hervor<sup>58</sup>. Von einer umfassenden Akzeptanz der Maßnahmen konnte also keine Rede sein. Diese Verhaltensmuster machten die CDU-Mitglieder daher stets bei den Organen der Staatssicherheit suspekt, die die Partei immer beobachtete<sup>59</sup>.

Die Parteiführung der CDU war in den Jahren nach der Gleichschaltung stets bemüht, getreu den

Vorgaben der SED zu handeln und deren Politik zu verwirklichen. Vor allem setzte man sich für die Einbindung der bürgerlichen Schichten, besonders der noch verbliebenen Privatbetriebe, ein. Diese wurden bis 1972 mit Hilfe der CDU vollends verstaatlicht und dem Planungssystem unterworfen<sup>60</sup>.

Ernsthafter Protest gegen den SED-Staat und seine Blockpolitik kam innerhalb der Ost-CDU erst am Ende der achtziger Jahre zum Vorschein, als sich an der Basis der Union Widerstand gegen die Allmacht der Parteiführung und besonders der SED regte. Damit setzte ein Prozeß ein, der sehr schnell die alten Strukturen zerstörte und neue demokratische Formen der innerparteilichen Auseinandersetzung hervorbrachte<sup>61</sup>.

---

## Fazit

---

Betrachtet man die Geschichte der Ost-CDU insgesamt, so fällt auf, daß besonders die ersten Jahre nach der Parteigründung 1945 bis Anfang der fünfziger Jahre von großen Veränderungen gekennzeichnet sind. Vor allem durch äußere Einflüsse von SMAD bzw. SKK und SED wurde die CDU zu einer den Kommunisten beinahe gänzlich hörigen Partei umgewandelt, was aber durch die Mitarbeit der prokommunistischen Funktionäre um den Generalsekretär Götting noch entschieden verstärkt wurde.

Dennoch ist es falsch zu glauben, daß auch die Union einzig eine Partei von „Blockflöten“ gewesen sei, die stets willig alles ausführten, was ihnen von der SED vorgegeben wurde. Insbesondere an der Parteibasis fanden sich immer wieder Menschen, die gerade nicht alles, was ihnen von der Führung vorgegeben wurde, für richtig erachteten. Dies waren dann auch die Mitglieder, die entscheidend an der innerparteilichen Wende 1989/90 mitgewirkt haben.

55 S. Suckut (Anm. 35), S. 114.

56 Vgl. Günter Buchstab, Widerspruch und widerständiges Verhalten der CDU der SBZ/DDR, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1995, Bd. VII/1, S. 504–539.

57 Vgl. dazu die Informationsberichte über Stimmungen in der Bevölkerung von 1956 (in: ACDP VII-011-623).

58 Vgl. dazu die Informationsberichte von 1961 (vgl. u. a. ACDP VII-011-1107/1117/1123/1255).

59 Vgl. Siegfried Suckut, Ost-CDU und LDPD aus der internen Sicht von SED und MfS, in: J. Frölich (Anm. 9), S. 103–120.

60 Vgl. Wolfgang Gudenschwager, Die Rolle der Ost-CDU bei der Gründung, Entwicklung und Liquidierung der staatsbeteiligten Betriebe in der DDR 1956 bis 1972, in: M. Richter/M. Ribmann (Anm. 5), S. 159–181.

61 Vgl. dazu Manfred Agethen, Unruhepotentiale und Reformbestrebungen an der Basis der Ost-CDU im Vorfeld der Wende. Der „Brief aus Weimar“ und der „Brief aus Neuenhagen“, in: Historisch-Politische Mitteilungen, 1 (1994), S. 89–114; Michael Richter, Zur Entwicklung der Ost-CDU im Herbst 1989, in: ebd., S. 115–133. Zur Situation in den Blockparteien vor der Wende vgl. v. a.: Peter Joachim Lapp, Die „befreundeten Parteien“ der SED. DDR-Blockparteien heute, Köln 1988.

Siegfried Suckut

## Die LDP(D) in der DDR

Eine zeitgeschichtliche Skizze

### Zur Gründungsgeschichte

Schon wenige Wochen nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft trat eine politische Strömung wieder an die Öffentlichkeit, die gegen Ende der Weimarer Republik fast versiegt schien: der politische Liberalismus in Deutschland. Rechtlich ermöglicht hatte diese rasche Wiedergeburt eine entschiedene Gegnerin liberaler Politik und Weltanschauung: die Sowjetunion. Sie hatte als erste der Siegermächte am 10. Juni 1945 mit dem Befehl Nr. 2 die Bildung von „antifaschistischen Parteien“ in ihrer Besatzungszone erlaubt. Offenbar wollte sie mit dieser frühen Initiative die Gunst der Stunde nutzen: Noch kontrollierten ihre Truppen die Reichshauptstadt allein. Was hier geschah, präjudizierte wahrscheinlich die Entwicklung in den anderen besetzten Gebieten und vielleicht auch die bevorstehenden Verhandlungen auf der Potsdamer Konferenz. Zudem lag ihr daran, den Argwohn der anderen Siegermächte, aber auch potentieller deutscher Verbündeter zu zerstreuen und eben nicht eine explizit kommunistische Diktatur, sondern eine „antifaschistisch-demokratische Ordnung“ zu errichten.

Schon am 16. Juni versammelten zwei prominente Vertreter der früheren Deutschen Demokratischen Partei (DDP) – die ehemaligen Reichsminister Wilhelm Külz und Eugen Schiffer – einen kleinen Kreis Gleichgesinnter um sich mit dem Ziel, rasch eine liberale Partei ins Leben zu rufen<sup>1</sup>. Am 5. Juli trat die „Liberal-Demokratische Partei Deutschlands“ (LDP, von Oktober 1951 bis Januar 1990: LDPD) mit ihrem Gründungsaufruf<sup>2</sup> an die Öffentlichkeit, in dem sie sich für Freiheit, Demo-

kratie und Rechtsstaatlichkeit, weltanschauliche Toleranz, den Schutz des Privateigentums und den Fortbestand des Berufsbeamtentums aussprach.

Die schließlich am 10. Juli erfolgte Lizenzierung hatte die Besatzungsmacht faktisch von der erklärten Bereitschaft abhängig gemacht, sich mit den anderen Parteien – der KPD, der SPD und der CDU – zu einem „Block“ zusammenzuschließen<sup>3</sup>. Ein, wie sich herausstellen sollte, unkündbares Bündnis – dazu erdacht, ohne oder gegen die KPD gefaßte Beschlüsse zu verhindern.

Zum ersten Vorsitzenden der LDP war der früher parteilose Wirtschaftsprüfer Waldemar Koch, Schwiegersohn von Eugen Schiffer, gewählt worden. Er trat im November 1945 zurück, als die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) damit drohte, wegen seiner ablehnenden Haltung zur Bodenreform die Lizenzierung der regionalen Parteiblätter zu verweigern. Nachfolger wurde Wilhelm Külz, der führende Kopf im liberalen Gründerkreis. Die SMAD verpflichtete alle Landesverbände, die Berliner Parteibezeichnung zu übernehmen. Für die Liberalen hatte dies den Vorteil, daß die Gefahr organisatorischer Zersplitterung gebannt war.

Im Parteienspektrum der sowjetisch besetzten Zone war die LDP am weitesten „rechts“ angesiedelt, nachdem sich Anfang 1946 die CDU unter Jakob Kaiser zu einem „christlichen Sozialismus“ bekannt hatte. So war die Abgrenzung zur CDU doch relativ deutlich, obwohl auch in der Union viele frühere Liberale leitende Positionen innehatten und es in der Gründungsphase oft nur von Zufällen abhängig gewesen war, ob sich jemand bei den christlichen oder den Liberal-Demokraten einschrieb.

Die Resonanz auf die LDP-Gründung in der Bevölkerung war sehr beachtlich – schon Anfang 1946 hatten mehr als 100 000 Frauen und Männer ihren Beitritt erklärt. Die LDP war zu einer Mitgliederpartei geworden. Das soziale Spektrum der Anhängerschaft war breit gefächert und entsprach

1 Vgl. Ekkehart Krippendorff, Die Gründung der Liberal-Demokratischen Partei in der Sowjetischen Besatzungszone 1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 8 (1960) 3, S. 290–309, hier S. 290f.; Gerhard Papke, Bislang unbekanntes Gründungsprotokoll der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands, in: Deutschland Archiv, 27 (1994) 11, S. 1179–1185.

2 Vgl. Faksimile in: Rüdiger Henkel, Im Dienste der Staatspartei. Über Parteien und Organisationen der DDR, Baden-Baden 1994, S. 146f.

3 Vgl. Siegfried Suckut (Hrsg.), Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945–1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfront-Ausschusses, Quellenedition, Köln 1986, S. 17.

dem Selbstverständnis als „Volkspartei“. Die größte Gruppe bildeten mit ca. 30 Prozent die Angestellten. Die selbständigen Handwerker und Kaufleute stellten ungefähr 15 Prozent, Angehörige freier Berufe 5 Prozent der Organisierten. Arbeiter und Bauern waren mit je 15 Prozent bzw. 13 Prozent fast gleich stark vertreten<sup>4</sup>. Besonders attraktiv war die LDP offenbar für Jugendliche. Jedes vierte Mitglied war 1948 jünger als 25 Jahre – ein Wert, den keine der anderen Parteien vorweisen konnte<sup>5</sup>.

---

## Die LDP im Parteiensystem der SBZ

---

Wie groß die Resonanz innerhalb der Bevölkerung wirklich war, mußte sich bei den ersten Wahlen zeigen, die im Herbst 1946 stattfanden. Bei den Landtagswahlen am 20. Oktober wurde die LDP mit 24,6 Prozent zur zweitstärksten Partei und übertraf knapp die CDU, die sich ganz auf die Auseinandersetzung mit der SED konzentriert („Marxismus oder Christentum“) und den Liberalismus als historisch überholt abgetan hatte. Zugleich lag dieses Resultat weit über dem, was die liberalen Parteien in den letzten Jahren der Weimarer Republik hatten erreichen können.

Wer die Partei gewählt hatte und warum, ist nicht genau rekonstruierbar. Zu vermuten ist, daß die Wähler – ähnlich wie die Mitgliederschaft – aus allen sozialen Schichten stammten mit einem Schwerpunkt bei Angehörigen des Mittelstandes. In den Städten erzielte die LDP ihre besten Ergebnisse. Sie erreichte hier 32,4 Prozent der abgegebenen Stimmen und überflügelte die Union bei weitem, die nur auf 19,8 Prozent gekommen war<sup>6</sup>. In Halle, Eisenach, Erfurt, Gotha und Weimar wählte nahezu jeder zweite LDP<sup>7</sup>. Und in Eisleben

4 Vgl. Christel Dowidat, Zur Veränderung der Mitgliederstrukturen von Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1952, in: Hermann Weber (Hrsg.), Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950, Köln 1982, S. 497–543, hier S. 519.

5 Vgl. Ekkehart Krippendorff, Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone 1945/48. Entstehung, Struktur, Politik, Düsseldorf o. J. (1961), S. 61.

6 Vgl. Günter Braun, Wahlen und Abstimmungen, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch, München 1993<sup>2</sup>, S. 381–431, hier S. 387.

7 Vgl. ebd., S. 385–415.

gewann sie mit 53,8 Prozent sogar die absolute Mehrheit<sup>8</sup>. Hier hatten sozialdemokratische Gegner einer Vereinigung mit der KPD dazu aufgerufen, den Liberalen die Stimme zu geben. Auch in anderen Kreisen dürften Wähler, die der SPD nahestanden und die Gründung der SED ablehnten, für die LDP votiert haben. Da die CDU Hauptkontrahentin der Sozialdemokraten im Westen war, hatte sie weitaus geringere Chancen, dieses Protestpotential für sich zu gewinnen.

Zwar hatten die Liberaldemokraten bis 1949 kein detailliertes Programm im formalen Sinne vorzuweisen, doch standen sie offenbar glaubhaft für undogmatisches Denken und galten als Verfechter von Freiheit und Toleranz. In Zeiten, in denen die SED übermächtig zu werden drohte, war dies in den Augen vieler ein großer Vorzug. Auch in der späteren DDR behielt die LDP(D) Reste eines solchen undogmatischen, liberalen Images, obwohl die Partei kaum weniger SED-konform agierte als die anderen Blockparteien.

Innerparteilich umstritten war, ob die Führung unter Külz sich nicht auch gegenüber den Ansprüchen der SED allzu „tolerant“ verhalten hatte. Anders als die CDU, deren Vorsitzende zweimal von der SMAD abgesetzt worden waren, hatte sie der entschädigungslosen Enteignung landwirtschaftlichen Bodens über 100 ha Ende 1945 doch noch zugestimmt und auch an der Volkskongreßbewegung teilgenommen, die Ende 1947/Anfang 1948 auf die Herausbildung separatstaatlicher Strukturen im Osten zielte. Zudem hatte sie – wie die Union – 1946 die Verstaatlichung der größeren Industriebetriebe mitgetragen. Bei keiner dieser Entscheidungen war es der Parteispitze gelungen, der Politik der SED durch eigenes Mittun die Schärfe zu nehmen.

Der Berliner Landesverband hatte die Konzessionsbereitschaft der Führungsspitze schon auf dem 2. Parteitag 1947 offen kritisiert und sich schließlich im Januar 1948 vom Zonenverband getrennt<sup>9</sup> und der FDP angeschlossen, die die Beteiligung an der Volkskongreßbewegung ebenfalls entschieden verurteilt hatte. Die erst im März 1947 begonnene Kooperation der Liberalen in der zonenübergreifenden Demokratischen Partei Deutschlands (DPD) war daraufhin von der LDP-Führung aufgekündigt worden<sup>10</sup>.

8 Vgl. ebd., S. 408.

9 Vgl. Horst Dähn, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDP), in: M. Broszat/H. Weber (Anm. 6), S. 544–573, hier S. 554 f.

10 Vgl. ebd., S. 552 f.

---

## Wachsende Widerspruchsbereitschaft im Jahre 1948

---

Erst nach dem Tode von Wilhelm Külz im April 1948 trat die LDP kritischer gegenüber der SED auf, die sich nun zu einer leninistischen „Partei neuen Typs“ zu wandeln begann und ihren Führungsanspruch nicht nur unverhohlen artikuliert, sondern – unterstützt von der Besatzungsmacht – auch durchzusetzen begann.

Die LDP kritisierte öffentlich das Streben der SED nach „Alleinherrschaft“<sup>11</sup> und weigerte sich, „Ziele zu unterstützen, die Deutschland kommunistisch gestalten sollten“<sup>12</sup>. Der kommissarische Vorsitzende Arthur Lieutenant wurde von der Besatzungsmacht abgesetzt, sein designierter Nachfolger, Alphons Gaertner, floh in den Westen. Die SMAD spielte offenbar mit dem Gedanken, die Partei aufzulösen<sup>13</sup>. Mit der von der SED und der SMAD im Frühjahr 1948 faktisch selbst gegründeten „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NDPD) wäre eine Blockpartei vorhanden gewesen, die formal das Erbe der Liberaldemokraten hätte antreten können. Daß dies nicht geschah, war vor allem auf das starke Interesse der KPdSU zurückzuführen, gesamtdeutsche Optionen nicht ganz aufzugeben und das, was in ihrer Besatzungszone verwirklicht war, als Modell für ganz Deutschland zu propagieren. Dazu war aus Legitimationsgründen die Zustimmung der ostdeutschen Pendanten zu CDU/CSU und FDP dringend erforderlich.

---

## Die Gründung der DDR und die Einheitsliste

---

Das galt insbesondere für die Gründung der DDR ohne vorherige Wahlen im Oktober 1949. Wohl nicht zuletzt in Anbetracht der in Aussicht stehenden Staatsämter stimmte die LDP-Spitze diesem Schritt zu und beteiligte sich an dem von Otto Grotewohl (SED) geleiteten Allparteienkabinett<sup>14</sup>.

11 S. Suckut (Anm. 3), S. 252.

12 „Der Morgen“ vom 21. April 1948.

13 Vgl. Gerhard Papke, Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR, in: Jürgen Frölich (Hrsg.), „Bürgerliche“ Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953, S. 38 f.

14 Vgl. Siegfried Suckut, Die Entscheidung zur Gründung der DDR. Die Protokolle der Beratungen des SED-Partei-

Die beiden gleichberechtigten LDP-Vorsitzenden Hermann Kastner und Karl Hamann waren stellvertretender Ministerpräsident bzw. Minister für Handel und Versorgung und zudem Johannes Dieckmann Präsident der Volkskammer geworden. Sie hatten dazu beigetragen, der Staatsgründung jenen Anschein von politischer Pluralität zu verschaffen, an dem der SMAD so viel gelegen war. Gleichwohl verstanden sich die Liberaldemokraten nicht als bloße Erfüllungsgehilfen der SED. Karl Hamann beschrieb ihr Selbstverständnis Anfang Dezember 1949 parteiintern mit den Sätzen: „Wir wollen das Parlament zu einer Diskussionsstätte machen, in der wir loyale Opposition treiben wollen. Ich stehe auf dem Standpunkt der Blockpolitik, aber ich bin nicht gesonnen, kommunistische Politik mit liberaler Hilfe zu machen.“<sup>15</sup>

Solch kämpferisches Selbstbewußtsein gründete vor allem in der Hoffnung, die Verfassung werde so angewandt, wie sie formuliert worden war. Daß gerade dies von den Machträgern nicht beabsichtigt war, zeigte die schon bald vorgetragene SED-Forderung, die auf den Oktober 1950 verschobenen ersten Volkskammerwahlen auf der Basis einer Einheitsliste durchzuführen und für LDP wie CDU, die sich berechnete Hoffnungen auf einen klaren Wahlsieg gemacht hatten, nur je 60 der 400 Mandate vorzusehen. Die Verfassung dagegen schrieb das Verhältniswahlrecht nach Weimarer Muster vor. Nach kurzem Zögern gaben Kastner und Hamann im März 1950 dem SED-Chef Wilhelm Pieck ihre Zustimmung<sup>16</sup> und akzeptierten damit indirekt, was sie bisher so vehement bekämpft hatten: den Führungsanspruch der Marxisten-Leninisten.

Beschleunigt hatten die Anpassungsbereitschaft die massiven – von der SED inszenierten – „Säuberungen“ in der LDP wie in der CDU. Zu Hunderten waren Anfang 1950 Funktionäre, die der Einheitspartei unzuverlässig erschienen, ihrer Ämter enthoben worden<sup>17</sup>. Wer gar Oppositionsbe-

vorstandes am 4. und 9. Oktober 1949, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 39 (1991), S. 137–141.

15 Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes der LDP vom 2. Dezember 1949, S. 24, Archiv des Deutschen Liberalismus, Gummersbach, Bestand LDPD, Akte DVd 1037.

16 Vgl. die Notizen Wilhelm Piecks zum Verlauf der Gespräche bei: Siegfried Suckut, Innenpolitische Aspekte der DDR-Gründung. Konzeptionelle Differenzen, Legitimations- und Akzeptanzprobleme, in: Deutschland Archiv, 25 (1992) 4, S. 380 ff.

17 Vgl. Wolfgang Schollwer, Potsdamer Tagebuch 1948 bis 1950. Liberale Politik unter sowjetischer Besatzung, hrsg. von Monika Faßbender, München 1988, S. 186.

reitschaft zeigte, lief Gefahr, festgenommen und zu langjähriger Zuchthausstrafe, im Extremfall gar zum Tode verurteilt zu werden. So war es liberal-demokratischen Studenten ergangen, die sich den Alleinherrschaftsbestrebungen der SED widersetzt hatten – wie Arno Esch in Rostock und Wolfgang Natonek in Leipzig<sup>18</sup>.

---

## Auf dem Wege zur Transmissionsorganisation

---

Wer bereit war, weiterhin politische Mitverantwortung zu übernehmen und die Politik der SED zu unterstützen, verlor geradezu zwangsläufig an Vertrauen unter der Mitgliedschaft, deren große Mehrheit den Wandel zu einer „Blockpartei“ im abwertenden Sinne, also zu einer SED-abhängigen Organisation, nicht mittrug. Seit Ende 1948, als nahezu 200 000 Mitglieder gezählt worden waren, gingen die Zahlen beständig zurück, bis Mitte der sechziger Jahre mit nur noch 65 000 der Tiefstand erreicht war<sup>19</sup>. Durch manipulative Wahlverfahren und direkte Eingriffe in die Personalpolitik sicherten SED wie Besatzungsmacht das politische Überleben der mit ihnen kooperierenden Politiker, auch wenn diese keinen Rückhalt mehr an der Parteibasis hatten.

Die politische Kluft zwischen angepaßter Führung und SED-kritischer Mitgliedschaft war typisch für die innerparteiliche Situation der folgenden Jahre, insbesondere bis zum Bau der Mauer. Nach der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952, auf der der „Übergang zum Aufbau des Sozialismus“ verkündet worden war, erkannte die LDPD den Führungsanspruch der SED offiziell und auf Dauer an und übernahm nun ähnliche Transmissionsfunktionen wie die Massenorganisationen.

Eine eigenständige Programmatik war nun verzichtbar und wurde von der SED nicht mehr

18 Arno Esch war zum Tode, Wolfgang Natonek zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Vgl. dazu ausführlich Ulrich Mählert, *Liberales Jugendarbeit in der SBZ und DDR von 1945 bis 1952*, in: Tom Steinborn/Ivo Klante (Hrsg.), *Liberales Jugend in Ostdeutschland*, Dresden 1994, S. 24 f.

19 Seitdem stiegen die Mitgliederzahlen wieder kontinuierlich an. 1989 hatte die LDPD 112 238 Mitglieder. Vgl. Gerhard Papke, *Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien – Die LDPD*, in: *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“*, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band II, 4, S. 2399–2463, hier S. 2457; R. Henkel (Anm. 2), S. 173.

geduldet. Hatte sich die LDP in ihrem Eisenacher Programm im Februar 1949 noch selbstbewußt als „Partei des ganzen Volkes“ definiert, der Klassenkampf-Ideologie ebenso eine Absage erteilt wie dem „Einparteiensystem“<sup>20</sup>, so hatte sie sich von nun an auf den Versuch zu beschränken, bestimmte Bevölkerungsgruppen, zu denen die SED keinen Zugang fand, für den Sozialismus zu gewinnen. Dazu gehörten die noch verbliebenen Selbständigen in der DDR und solche Angestellte bzw. Angehörige der Intelligenz, die bürgerlicher Herkunft waren.

Mit dem Wandel zur Transmissionsorganisation übernahm auch ein neuer Funktionärstypus nach und nach die Parteileitung. Dieser fühlte sich in erster Linie den Erwartungen der SED, nicht der Mitgliedschaft verpflichtet.

Ein solcher Vertreter der neuen Führungselite war der Jurist Hans Loch, früher DDP. Durch einen Verfahrenstrick war er auf dem 4. Parteitag 1951 gemeinsam mit Karl Hamann zum Vorsitzenden gewählt worden. Nach der Inhaftierung des Ministers für Handel und Versorgung unter dem fadenscheinigen Vorwurf der „Sabotage“ im Dezember 1952 war Loch alleiniger Vorsitzender und blieb es bis zu seinem Tode 1960. Er verhielt sich gegenüber der SED devot bis zur Unterwürfigkeit, verärgerte zuweilen die Kontrolleure im ZK-Apparat, wenn er selbst banale Redebeiträge zur Vorzensur einreichte, und war von seinen Aufgaben als Finanzminister derart überfordert, daß er 1955 in diesem Amt abgelöst werden mußte. Loch war bereit, das Eintreten der Liberaldemokraten für die zentrale Planwirtschaft der DDR als „neugeordneten Liberalismus“ ideologisch zu untermauern und drohte, „volksverbundene Kämpfer“ in der Partei würden „den nur noch parasitär in der LDP lebenden Liberalisten den Garaus machen“<sup>21</sup>. Spätere Legitimationsversuche kamen weniger grobschlächtig daher. Als liberal wurden nur noch die historischen Wurzeln der Partei definiert, nicht das aktuelle Handeln.

Die Partei sehe sich nicht als „Nachfolgerin einer bürgerlichen Partei der Weimarer Republik“<sup>22</sup>,

20 Vgl. zum Wortlaut des Programms: Brigitte Itzerott, *Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDPD)*, in: H. Weber (Anm. 4), S. 202–205.

21 Zit. nach Theo Rütten, *Der deutsche Liberalismus 1945 bis 1955. Deutschland- und Gesellschaftspolitik der ost- und westdeutschen Liberalen in der Entstehungsphase der beiden deutschen Staaten*, Baden-Baden 1984, S. 337.

22 *Liberaldemokraten im Sozialismus. Die Wahrheit über den Weg der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands in der Deutschen Demokratischen Republik*, Berlin (Ost) o. J. (1970), S. 55.

hieß es in einer 1970 erschienenen Rechtfertigungsschrift. Liberal wurde als „eine dem gesellschaftlichen Fortschritt und der Humanität dienende geistig-politische Haltung“<sup>23</sup> definiert – eine Zielsetzung, die sich am besten „an der Seite der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei“<sup>24</sup> verwirklichen lasse, denn die „Grundinteressen“ der Bevölkerungsschichten, die der LDPD nahestünden, stimmten „mit denen der Arbeiterklasse“ überein<sup>25</sup>.

Die Geschicke der Partei wurden primär von der für die „befreundeten Parteien“ – so der Terminus seit den siebziger Jahren – zuständigen ZK-Abteilung gelenkt. Sie lud regelmäßig einzelne Führungsmitglieder gleichsam zum Rapport, machte mit Veränderungen der SED-Linie vertraut, prüfte den Wortlaut wichtiger Reden und Beschlüsse vorab und überwachte die Personalpolitik. Der spätere Vorsitzende Manfred Gerlach kam in seiner 1991 erschienenen Autobiographie rückblickend zu dem Ergebnis, das Politbüro der SED habe über die ZK-Abteilung die Arbeit der LDPD „lückenlos“ kontrolliert<sup>26</sup>. Die SED-Funktionäre arbeiteten dabei eng mit dem Staatssicherheitsdienst zusammen und erteilten zuweilen konkrete Aufträge. Bestreben des Ministeriums für Staatssicherheit war es, die Blockparteien – insbesondere deren Führungen – stets „umfassend zu sichern“, so daß es zu keinen überraschenden Entwicklungen kommen konnte. Dieses Überwachungssystem funktionierte bis zum Schluß.

Der Funktion der Blockparteien als Transmissionsorganisationen der SED entsprach ihre Alimentierung durch die Abteilung Finanzen und Parteibetriebe des ZK, die diese Gelder wiederum aus dem Staatshaushalt der DDR bezog. Manfred Gerlach beschrieb, wie er mehrmals im Jahr mit einem Koffer voller Banknoten durch Berlin fuhr und Millionenbeträge in die eigene Parteizentrale transportierte. Für „viele Jahre“ sei dies die „wichtigste“ Finanzquelle der LDPD gewesen<sup>27</sup>.

SED-Nähe dokumentierte sich auch im Organisatorischen: Parteiaufbau und Arbeitsweise entsprachen weithin dem der Einheitspartei, wenn auch die Bezeichnungen andere waren. So hieß das Politbüro bei den Liberaldemokraten Politischer Ausschuß, und statt eines Zentralkomitees gab es den Zentralvorstand, der, wie das SED-Pendant,

zweimal jährlich zusammentrat. Anders als bei der Einheitspartei waren die Ortsverbände die wichtigsten Grundorganisationen. Die Betriebsgruppen waren 1953 auf Veranlassung der SED aufgelöst worden. Am Staatsapparat der DDR hatten die Liberaldemokraten einen Ämteranteil, der z. T. genau festgelegt war. So stellten sie zum Schluß 52 der 500 Volkskammerabgeordneten sowie einen der acht Stellvertreter des Staatsratsvorsitzenden. Nur sehr schwach war die LDPD im zuletzt 45köpfigen Ministerrat vertreten. Aus ihren Reihen stammte lediglich der Justizminister, der zugleich als einer der stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates fungierte.

Ähnlich waren die Anteile am Staatsapparat auf Bezirks- und Kreisebene. Da die Partei in längst nicht allen Gemeinden über Grundorganisationen verfügte, blieb ihre Repräsentanz in den Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen mit 3,4 Prozent gering<sup>28</sup>. Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) war hier mit 8 Prozent der Mandate wesentlich stärker vertreten.

In den Ausschüssen der Nationalen Front dagegen arbeiteten Mitte der achtziger Jahre über 35 000 Liberaldemokraten, also nahezu jedes dritte ihrer Mitglieder. Hier überflügelte sie die zahlenmäßig stärkere Bauernpartei, aus deren Reihen sich nur 32 000 in diesen Ausschüssen engagierten<sup>29</sup>.

---

## Zur Entwicklungsgeschichte seit 1952

---

Die Umwandlung der LDPD zu einer Transmissionsorganisation der SED gestaltete sich weitaus schwieriger, als es die offiziellen Verlautbarungen vermuten lassen. Wie man den überlieferten Archivalien der für die Blockparteien zuständigen ZK-Abteilung entnehmen kann, hatte zwar die Führung, nicht dagegen die Mehrheit der Mitgliedschaft die zuge dachte Funktion angenommen. Abgelehnt wurden vor allem die Unterordnung unter die SED, die Orientierung am Vorbild Sowjetunion, die staatliche Planwirtschaft und die auf den Erhalt der DDR zielende unnachgiebige Deutschlandpolitik.

Der Führungsanspruch der SED setzte sich unter den Liberaldemokraten „am schwächsten

23 Ebd.

24 Ebd., S. 32.

25 Ebd., S. 29

26 Manfred Gerlach, Mitverantwortlich. Als Liberaler im SED-Staat, Berlin 1991, S. 80.

27 Ebd., S. 89.

28 Vgl. Peter Joachim Lapp, Die „befreundeten Parteien“ der SED. DDR-Blockparteien heute, Köln 1988, S. 82.

29 Vgl. ebd., S. 83

durch<sup>30</sup>, befanden die ZK-Funktionäre Anfang 1958. Sie leisteten „die schwächste Mitarbeit“ in der Nationalen Front. Vielerorts befand sich die LDPD in Auflösung. Die wenigen Zuverlässigen erschienen den ZK-Kontrolleuren vor Ort manchmal wie „Offiziere ohne Armee“. Gerade in den Monaten des „Tauwetters“ nach dem XX. Parteitag der KPdSU im Januar 1956 artikuliert sich heftigere Kritik am Kurs der Parteileitung. Im Mai 1956 hätten selbst auf Kreiskonferenzen der LDPD die „meisten Sprecher“ die Führungsrolle der SED und den Aufbau des Sozialismus abgelehnt. „Oft“ sei dort die Forderung erhoben worden, „wieder stärker ‚liberales Gedankengut‘ in der LDP zu verbreiten“. Die „positiv auftretenden Kräfte“ seien den „feindlichen Argumenten meist nicht gewachsen“ gewesen.

Ermutigt wurde die Widerspruchsbereitschaft durch die Gesprächskontakte zwischen FDP und LDPD im Oktober 1956. „Etwa 50 Prozent der Mitglieder“, so schätzte die ZK-Abteilung, erhofften sich als Ergebnis der Gespräche „eine neue Orientierung in Richtung Eigenständigkeit“. Wenn das Ostbüro der FDP diesen Gesprächen auch skeptisch gegenüberstand<sup>31</sup>, so wird aus den LDPD-internen Berichten doch deutlich, daß gerade die weithin westorientierte Mitgliedschaft daran große Hoffnungen knüpfte und viele wieder in die Ortsgruppenversammlungen kamen, die sich bereits resignierend zurückgezogen hatten. Die Gesprächskontakte zwischen beiden Parteien rissen auch in den folgenden Jahren nicht ganz ab und stellten eine Besonderheit in den Beziehungen zwischen west- und ostdeutschen Parteien dar<sup>32</sup>.

Ende der fünfziger Jahre hatten die Kontrolleure im ZK-Apparat offenbar die Hoffnung aufgegeben, die Liberaldemokraten würden sich kurzfri-

30 Siegfried Suckut, Widerspruch und abweichendes Verhalten in der LDP(D), in: Materialien der Enquete-Kommission (Anm. 19), Band VII, 2, S. 1492–1653, hier S. 1501 f. (auch für die folgenden Zitate).

31 Das bestätigt der frühere stellv. Leiter des Ostbüros, Wolfgang Schollwer. Vgl. ders., Die DDR-Staatssicherheit und das Ostbüro der FDP, in: Deutschland Archiv, 29 (1996) 1, S. 100–106.

32 Vgl. zu den Gesprächen 1956: Siegfried Suckut, Die Gespräche zwischen FDP und LDPD im Jahre 1956. Vorgeschichte, Verlauf, DDR-interne Erwartungen und Reaktionen, in: Jahrbuch zur Liberalismusforschung, 4 (1992), S. 85–141, und zu den Kontakten zwischen LDPD und FDP generell: Roger Engelmann, Brüchige Verbindungen. Die Beziehungen zwischen FDP und LDPD 1956–1966, in: ders./Paul Erker, Annäherung und Abgrenzung. Aspekte deutsch-deutscher Beziehungen 1956–1969, München 1993, S. 13 ff.

stig zu Verbündeten wandeln, die den Sozialismus aus Überzeugung mittrugen. Sie setzten nun darauf, daß es mit der Vollendung des Sozialismus eine Partei dieses Typs bald nicht mehr geben würde, denn dann wären die sozialen Schichten verschwunden, aus denen sie sich vorrangig rekrutierte.

Tatsächlich sank der Anteil von Angehörigen der Mittelschichten unter der Mitgliedschaft von 30,3 Prozent im Jahre 1950 auf 15,9 Prozent im Jahre 1970 und rangierte damit nach den Staatsangestellten, der Intelligenz und den Rentnern an vierter Stelle<sup>33</sup>. Zudem hatte sich die berufsspezifische Zusammensetzung der Mittelschichten erheblich verändert. Viele gehörten dem neuen „sozialistischen“ Mittelstand an, waren Einzelhändler oder Gastwirte mit Kommissionsverträgen, Mitglieder von Handwerks- oder landwirtschaftlichen Genossenschaften oder Unternehmer in Betrieben mit staatlicher Beteiligung. Rein quantitativ gesehen, wurde die LDPD zu einer „Partei der Staatsangestellten städtisch-kultureller Prägung“<sup>34</sup>. In den Ortsgruppen aber – so ist den Archivalien von SED und LDPD zu entnehmen – dominierten dennoch bis in die achtziger Jahre die alten Mittelschichten. Das lag vermutlich zum einen daran, daß viele Staatsangestellte das Mitgliedsbuch lediglich als karriereförderlichen formalen Ausweis von Staatsloyalität benötigten, am Parteileben aber wenig interessiert waren. Zu bedenken ist zum anderen, daß es sich bei den „neuen“ Mittelschichten personell weithin um die alten handelte: Der ehemals selbständige Unternehmer wurde zum Komplementär eines Betriebes mit staatlicher Beteiligung und, nachdem diese 1972 in Volkseigene Betriebe (VEB) umgewandelt worden waren, schließlich zum Angestellten, wenn er – nunmehr als leitender Mitarbeiter – dem Betrieb treu geblieben war. So behielt die LDPD in der DDR-Bevölkerung das Image einer „Wirtschaftspartei“. Dazu trug sicher auch bei, daß von den verbliebenen privaten Handwerkern und Gewerbetreibenden viele in der LDPD organisiert waren – sie stellten 1988 immerhin wieder 20,2 Prozent der Mitgliedschaft<sup>35</sup> – und sie die Dienstleistungen erbrachten, um die die Alltagssorgen der „Bürger“ kreisten: Reparaturen und kleinere Bauarbeiten. Aber auch für die Versorgung mit Nah-

33 Vgl. Horst Dähn, Die LDPD – Schein und Wirklichkeit einer Partei in den sechziger Jahren. Empirische Befunde zur Mitgliederstruktur und zu parteiinternen Konflikten, in: Klaus Schönhoven/Dietrich Staritz (Hrsg.), Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag, Köln 1993, S. 436–450, hier S. 444.

34 Ebd., S. 445.

35 Vgl. G. Papke (Anm. 19), S. 2458.

rungsmitteln und gastronomischen Dienstleistungen besserer Qualität standen die verbliebenen Privaten.

Fragen der Versorgung, der stete Ärger mit dem zu knappen Angebot auch gerade an Industriewaren, durchzogen die Diskussionen an der LDPD-Parteibasis, orientiert man sich an den monatlichen Stimmungsberichten. Offenbar ging es in den Ortsgruppen-Versammlungen tatsächlich relativ „liberal“ zu. Diskutiert wurde weniger über die große Politik als über praktische Fragen, etwa die Möglichkeiten gegenseitiger Hilfe unter den Bedingungen des permanenten Mangels. Zwischen dem geforderten und dem tatsächlichen politischen Bewußtsein klaffte eine eklatante Lücke.

Trotz der steten Kritik gerade an den ökonomischen Verhältnissen in der DDR scheinen die Mitglieder mit ihrer Parteiführung noch relativ zufrieden gewesen zu sein. Manfred Gerlachs Ansehen innerhalb der Partei war ohne Frage größer als das Gerald Göttings in der CDU oder Heinrich Homanns in der NDPD. Ungeachtet seiner absoluten SED-Loyalität hatte er sich weitaus widerspruchsbereiter verhalten als die Vorsitzenden der anderen Blockparteien, was freilich erst seit der Öffnung der Archive detailliert nachzulesen ist. Er hielt offenbar bis zum Schluß engen Kontakt zur KPdSU und trat gerade in „Tauwetter“-Perioden mit zwar systemimmanenten, für die SED aber oft lästigen Forderungen hervor. Sie betrafen etwa die Aufwertung der Volkskammer, die Verankerung des „sozialistischen Mehrparteiensystems“ in der Verfassung, mehr Ministerämter und ein größeres außenpolitisches Betätigungsfeld für die LDPD<sup>36</sup>.

Mitte der achtziger Jahre gehörte Gerlach zu den Anhängern sowjetischer Reformpolitik und versuchte, in der DDR entsprechende Prozesse in Gang zu bringen. Der Staatssicherheitsdienst hielt fest, was der LDPD-Vorsitzende anstrebte (und informierte die SED-Spitze):

- die offene Diskussion gesellschaftlicher Probleme unter Tolerierung von Meinungsunterschieden;
- eine wirklichkeitsnahe Berichterstattung der Medien;
- die stärkere Beachtung des Leistungsprinzips in der Wirtschaft und die Entbürokratisierung der Planwirtschaft;

- die politische Aufwertung der Volksvertretungen, des Blocks und der Nationalen Front zu entscheidenden bzw. mitentscheidenden Gremien;
- die stärkere Profilierung der LDPD als nicht-marxistische Partei und
- die Entwicklung eigener Jugendarbeit in Anbetracht der Schwächen der Freien Deutschen Jugend (FDJ)<sup>37</sup>.

Viele dieser Punkte dürften den etwa 12 Prozent der Parteimitglieder, die die Diskussionen vor 1952 noch aus eigenem Erleben kannten, vertraut vorgekommen sein<sup>38</sup>. Manche dieser Forderungen wurden im „Morgen“, dem Zentralorgan der Partei, veröffentlicht und erregten auch außerhalb der LDPD-Mitgliederschaft Aufsehen. Etwa die unter dem Eindruck der anschwellenden Protestbewegung vorgetragene Forderung Gerlachs, „Querdenker“ zu schätzen, sie nicht „auszugrenzen“, ihnen im Gegenteil eine „politische Heimstatt“ zu gewähren<sup>39</sup>, oder seine Aufforderung zu mehr Toleranz: „Widerrede“ sei „nicht Widerstand“<sup>40</sup>.

Was Gerlach forderte, war im Grunde mehr Liberalität – ein Begriff, den er freilich nach wie vor mied. Er erreichte mit diesen wenigen veröffentlichten Sätzen, was ihm in den Jahrzehnten loyaler Arbeit für die Ziele der SED-Bündnispolitik nie gelungen war: Er wurde im Herbst 1989 zum – oft auch so bezeichneten – „Hoffnungsträger“, nicht nur in der LDPD, zugleich in der übrigen Bevölkerung<sup>41</sup>, konnte dieser Rolle aber nicht gerecht werden, da ihm nur an systemimmanenten Veränderungen gelegen war. An der „führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei“ wollte er festhalten, denn sie galt ihm als „allgemeingültige Gesetzmäßigkeit“, die man nicht in Frage stellen dürfe, nur „weil sie in bestimmten Punkten in der Geschichte schlecht ausgeübt wurde“<sup>42</sup>.

Was von der friedlichen Revolution durchgesetzt wurde, ging schon bald über das weit hinaus, was die LDPD-Spitze gefordert hatte. Letztlich führte das massive Drängen der FDP dazu, daß auch die

37 Vgl. Information über einige beachtenswerte Aspekte der politisch-ideologischen Situation in der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD) vom 14. April 1989, Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdiensts (BStU), Zentralarchiv (ZA), ZAIG 3759, S. 6.

38 Gerhard Papke beziffert den Anteil dieser Mitglieder für 1988 auf 12,7 Prozent, vgl. ders. (Anm. 19), S. 2451.

39 „Der Morgen“ vom 17./18. Juni 1989.

40 „Der Morgen“ vom 30. September 1989.

41 Vgl. dazu ausführlich S. Suckut (Anm. 30), S. 1517–1623.

42 Interview mit der „Jungen Welt“, „Der Morgen“ vom 1. November 1989.

36 Vgl. S. Suckut (Anm. 30), S. 1503 f.

Liberaldemokraten auf ihrem Parteitag im Februar 1990 doch noch einen personellen Neubeginn wagten. Gerlach wurde von den Delegierten mit Ovationen verabschiedet, der noch wenig bekannte Rostocker Kreisvorsitzende Rainer Ortleb wurde zu seinem Nachfolger gewählt.

Zu den Volkskammerwahlen im März 1990 traten die Liberaldemokraten, die ihren Parteinamen

nun wieder mit LDP abkürzten, in einem Wahlbündnis mit der Deutschen Forum-Partei und der F.D.P. der DDR an. Verglichen mit den 10,4 Prozent der Mandate, die der Blockpartei bei den früheren Einheitslistenwahlen pauschal zugestanden worden waren, fiel das Ergebnis mit 5,28 Prozent mager aus. Immerhin bestätigte es, daß auch nach vierzig Jahren Blockpolitik der politische Liberalismus im Osten eine Chance hatte.

## **Hermann Weber: Herausbildung und Entwicklung des Parteiensystems der SBZ/DDR**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16–17/96, S. 3–11

Die sowjetische Besatzung ließ 1945 in der SBZ vier Parteien zu (KPD, SPD, CDU, LDP), die zunächst die Tradition des deutschen Parteiensystems fortführten. Durch die Schaffung des „Blocks“ 1945, die Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD zur SED und damit die Ausschaltung der SPD 1946 sowie die Gleichschaltung von CDU und LDP entstand das sogenannte sozialistische Mehrparteiensystem. Darin waren auch die „Massenorganisationen“ (FDGB, FDJ, DFD usw.) einbezogen und somit ein kommunistisches Regime nach dem Vorbild der Sowjetunion aufgebaut. In diesem „Parteiensystem“ hat die zentralistisch organisierte SED ihre absolute Herrschaft ausgeübt – propagandistisch verschleiert durch die widersinnige Formel vom „demokratischen Zentralismus“. Sie wurde dabei von Blockparteien und Massenorganisationen unterstützt, die kritiklos Alibifunktionen, eine angeblich gesamtdeutsche Rolle sowie Mobilisierungs- bzw. Transmissionsfunktionen übernommen hatten.

Heute ist unumstritten, daß die Blockparteien unselbständige, von der SED abhängige Organisationen waren. Umstritten ist der Grad ihrer Mitverantwortung für die SED-Diktatur. Die notwendige Aufarbeitung der DDR-Geschichte setzt auch eine Auseinandersetzung mit dem „Block“ voraus; weil davon einige Parteien inzwischen im heutigen deutschen Parteiensystem aufgegangen sind.

## **Werner Müller: Die Gründung der SED. Zwangsvereinigung, Demokratieprinzip und gesamtdeutscher Anspruch**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16–17/96, S. 12–21

Die Vorgeschichte der SED-Gründung wurde in der Bundesrepublik in der Regel als „Zwangsvereinigung“ von SPD und KPD beschrieben. Dieser Begriff wurde und wird aus verschiedenen Richtungen in Frage gestellt. Die historische Analyse zeigt, daß weder von einer Offenheit noch von Freiwilligkeit auf sozialdemokratischer Seite gesprochen werden kann, sondern daß die Kommunisten vielmehr noch zu Mitteln von List, Täuschung und dem mehrfachen Bruch von Zusagen greifen mußten, um mit Hilfe der Besatzungsmacht die zwangsweise Fusion beider Parteien durchsetzen zu können.

Die KPD bekannte sich 1945 nachdrücklich zur Demokratie. Das erleichterte ihr die erstrebte Integration in das sich neu formierende politische Spektrum als Basis für eine unanfechtbare Hegemonie. Erst langsam wurde deutlich, daß sie sich nicht zur Demokratie im „klassischen“ Wortsinn durchgerungen hatte, zugleich blieb sie eine hierarchische und stalinistische Apparatpartei.

Nachdem die KPD-Bemühungen zu scheitern drohten, aus eigener Kraft mit Unterstützung der Besatzungsmacht eine „führende Rolle“ ohne Wahlen zu erringen, setzte die KPD mit aller Macht auf die Vereinigung von KPD und SPD. Dieser reale Prozeß der „Zwangsvereinigung“ machte den immer wieder erhobenen Anspruch zunichte, die SED auch im Westen Deutschlands zu bilden. Dazu bedurfte es nicht einmal der Verbote durch die Westalliierten. Die Gründung der SED spaltete auf Dauer unüberbrückbar das bis dahin in den Grundzügen einheitliche deutsche Parteiensystem.

## **Stephan Zeidler: Entstehung und Entwicklung der Ost-CDU 1945–1989. Zum Wandlungs- und Gleichschaltungsprozeß einer Blockpartei**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16–17/96, S. 22–30

Der Beitrag beschreibt die Entwicklungsgeschichte der CDU in Ostdeutschland seit ihrer Gründung 1945. Dabei werden vor allem die Jahre bis 1953 in den Vordergrund gestellt, weil dies der Zeitraum ist, in dem sich die Partei von einer demokratischen Organisation zu einer weitgehenden Funktionärspartei gewandelt hat. Dies geschah jedoch weniger aus einem internen Antrieb, sondern war eher Reaktion auf den von seiten der SED und der sowjetischen Militärbehörden ausgeübten Druck. Dabei wurden fast alle demokratischen Politiker der Gründungszeit ausgeschaltet und durch prokommunistische Funktionäre ersetzt. Diese gewannen die Oberhand in der CDU und konnten somit fast unbeschränkt die Partei beherrschen und nach den Wünschen der SED – aber auch nach eigenen Vorstellungen – umformen. Schließlich unterwarf sich diese Gruppe vollends dem Führungsanspruch der SED und begab sich damit in eine totale Abhängigkeit.

Dieser Zustand blieb so fast bis zum Ende der DDR. Trotzdem finden sich in der Geschichte der Partei immer wieder Momente, die zeigen, daß es nicht gelang, alle Mitglieder bedingungslos auf den Kurs der Führung einzuschwören. Unterhalb der Funktionärschicht gab es durchaus noch ein kritisches Mitgliederpotential. Erst sehr spät konnten sich innerparteiliche Oppositionen bilden, denen dann im Verlauf der Wende 1989 sehr schnell die Ablösung der alten Führungsriege gelang. Damit war der Untergang der alten, undemokratischen Ost-CDU besiegelt, und neue demokratische Formen bahnten sich ihren Weg zur Erneuerung der Partei.

## **Siegfried Suckut: Die LDP(D) in der DDR. Eine zeitgeschichtliche Skizze**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16-17/96, S. 31-38

Der Befehl Nr. 2 der Sowjetischen Militäradministration vom 10. Juni 1945 erlaubte schon wenige Wochen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Gründung der „Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands“ (LDP) in Berlin. Sie entwickelte sich rasch zu einer mitgliederstarken Organisation mit Volksparteicharakter und erreichte bei den Landtagswahlen 1946 mit 24,6 Prozent der Stimmen nach der SED das beste Resultat.

Im Zuge der Umformung der Besatzungszone zu einem Staat sowjetischen Typs war der LDP von den Machträgern die Funktion einer Transmissionsorganisation der SED zugedacht worden. Die Mitgliedschaft trug den Wandel mehrheitlich nicht mit. Gerade die Selbständigen unter den Liberaldemokraten standen dem DDR-Sozialismus weithin distanziert gegenüber.

Im Jahre 1989 profilierte sich die Partei als systemimmanente Kritikerin bestimmter Mängel des bestehenden Systems. Der Vorsitzende Manfred Gerlach wurde im Herbst 1989 für viele zum „Hoffnungsträger“, blieb aber schon bald in seinen Forderungen hinter dem zurück, was die friedliche Revolution bereits verwirklicht hatte. Auf Drängen der westdeutschen Liberalen versuchte die Partei im Februar 1990 doch noch einen personellen Neuanfang, erhielt bei den ersten freien Volkskammerwahlen allerdings nur noch 5,28 Prozent der Stimmen.